



---

# **HAUSHALTSBERATUNGEN 2026 / 2027**

**ANTRÄGE VON SPD UND VOLT**



## Inhaltsverzeichnis

Verzicht auf die geplante Kita-Gebührenerhöhung .....	7
Soziale Infrastruktur der Zukunft .....	9
Keine Vollbremsung beim Schulbau – vordringliche Schulinvestitionen vom Planungsstopp ausnehmen.....	11
Aufgaben der Stuttgarter Wirtschaftsförderung in Zeiten des Umbruchs.....	14
Unsere Stadtbahn muss weiter fahren! Eigenkapitalzuschuss SSB.....	16
Sozial ausgewogen sparen – Stuttgart-Zulage differenziert anpassen.....	19
Reduzierung des Zuschusses für die Stadtwerke Stuttgart (SWS) .....	21
Aktive Bodenpolitik fortsetzen - Kein Ausverkauf städtischer Immobilien und Flächen.....	22
Aktive Bodenpolitik fortsetzen - Ankaufbudget auf dem Niveau der Vorjahre belassen.....	24
Stellenplanantrag.....	26

### Anträge zum Geschäftskreis des Oberbürgermeisters

Der Gemeinderat spart mit.....	29
Die Bürgermeister*innenbank spart auch mit.....	31
Stuttgarter Kinderfest sichern – Budgetanpassung für steigende Infrastrukturkosten.....	33
Die Wasenboje muss gerettet werden! Sie soll Bestandteil der Sicherheitskonzepts werden und auch so finanziert werden. ....	35
Interdisziplinäre Aufklärungsarbeit erhalten und in den pädagogischen Alltag etablieren.....	38
Klimaneutralität: SSB-Busse dabei nicht stoppen!.....	40
E-Mobilität: Carsharing auf dem Weg in die Zukunft unterstützen.....	42
Knappe Mittel, klare Priorität: Ortsbusse in Weilimdorf und Feuerbach bleiben – Ausbau leider nicht möglich.....	44
Kommunikation Stuttgart 21 .....	46
Wirtschaftskoordination Stadtteilzentren (Stadtteilmanagement Außenbezirke).....	47
Streichung New Food Festival.....	49
Streichung Green AI Day .....	51
Streichung Wirtschafts- und Innovationspreis.....	53

### Anträge zum Referat für Allgemeine Verwaltung, Kultur und Recht

Ehrenamtskarte einführen - aber richtig!.....	55
Gesunde Verwaltung statt Prämienlogik – Betriebliches Gesundheitsmanagement stärken .....	57
Wohnen für Auszubildende – Fachkräfte von morgen stärken.....	59
Forderungen der Gesamt-Jugend- und Auszubildendenvertretung (GJAV) .....	61
Steigende Portokosten trotz Digitalisierung? .....	63
Führung in der Stadtverwaltung – Umgang mit Leitungsspannen und fehlender Berücksichtigung im Haushaltsentwurf .....	64
Höhergruppierung von Sekretariats- und Schulsekretariatsstellen – Stand der Umsetzung .....	66
Digitalisierung in den Fachämtern .....	68
Mittelabflussprognose beim Amt für Digitalisierung, Organisation und IT.....	69
Verschiebung der Einführung einer Privileged-Access-Management-Lösung (PAM) .....	70
Verschiebung Smart-City-Plattform .....	72
Reduzierte Fortführung des Kulturpass für Jugendliche .....	74

Ein Solidaritäts-Euro für die Kulturförderung.....	77
Fortführung des Programms „Kunst im öffentlichen Raum (KiöR)“ .....	80
Fortführung der Finanzierung der Stadtteilstadt in Stuttgart.....	83
Opernsanierung ohne Interim?.....	86
Budget für die Stelle Erinnerungskultur – Förderung von Initiativen und Projekten .....	90
Weiterführung des Stuttgarter Modells für eine Ausstellungsvergütung (AGV) .....	93
Erhöhung der Mittel für die vhs Stuttgart .....	97
Weiterführung der Förderung des Stuttgarter Club Kollektivs e.V.....	99
Erhöhung der institutionellen Förderung für den Verein Freunde der Weißenhofsiedlung e.V. anlässlich des IBA'27-Festivals und des 100-jährigen Jubiläums der Weißenhofsiedlung im Jahr 2027 .....	102
Förderung des Studio Vierkant zur Sicherung der Struktur für Durchführung des PFFF Festivals .....	105
Verstetigung Erhöhung der institutionellen Förderung für das Forum der Kulturen Stuttgart e.V. um 80.000 € .....	108
Rückführung der laufenden Förderfonds im Kulturreich auf den Stand 2023.....	111
Weiterführung der befristeten Förderung für das Theater La Lune .....	113
Fortführung der institutionellen Förderung für die Kulturinitiative Bohnenviertel e.V.....	116
Finanzierung des Stuttgarter Karnevals .....	119
Weiterführung der temporären Zuschusserhöhung der Freien Tanz- und Theaterszene Stuttgart (FTTS).....	122
Entfristung der institutionellen Förderung für Gütesiegel Kultur* und Reduzierung der Mittel um 20 % auf 40.000 € jährlich .....	125
Entfristung und Fortführung der institutionellen Förderung für Mission Trans e.V. ....	128
Entfristung der institutionellen Förderung für Props e.V. und Reduzierung der Mittel um 20 % zur Sicherung einer 0,65 VZÄ-Stelle.....	131
Entfristung der Zuschusserhöhung der institutionellen Förderung für den Kunstverein Wagenhalle e.V. ....	134
Verstetigung der Projektförderung für stups e.V. (Atelieregemeinschaft Bauzug 3YG) bei reduzierten Mitteln .....	137
Entfristung und Erhöhung der Mittel für das Junge Ensemble Stuttgart .....	140
Erhöhung der Haushaltsmittel für die Stuttgarter Schauspielbühnen zur Erfüllung tarifvertraglicher Verpflichtungen .....	143
Antrag auf Entfristung der Förderung für die Kulturinsel Stuttgart gGmbH.....	146
Antrag auf eine verstetigte Projektförderung für Fläche e.V. bis 2029.....	149
Fortführung und Entfristung der institutionellen Förderung für contain't e.V. zur Bespielung der Brache P7.....	152
Entfristung und Anpassung der institutionellen Förderung für das Citizen KANE Kollektiv e.V. Stuttgart auf 100.000 € jährlich .....	155
Entfristung der institutionellen Förderung und Reduzierung auf 100.000 € jährlich für Herbolt & Mohren GbR.....	158
Wie soll die gleichmäßige Konsolidierungsreduzierung im Kulturreich im Detail aussehen?.....	161
Anpassung der Bezirksbudgets .....	163

#### [Anträge zum Referat Wirtschaft, Finanzen und Beteiligungen](#)

Planungsstopp ohne Transparenz.....	165
Bauunterhaltungsbudget beim Liegenschaftsamt nicht kürzen.....	166
Interim Aus- und Fortbildungszentrum der Feuerwehr.....	168

Sanierung Feuerwehrhaus Botnang .....	170
Ist die Sanierung des Städtischen Frauenhauses gesichert? .....	172
Anfrage zu den Mietkosten städtischer Kultureinrichtungen in Liegenschaften der Stadt.....	173
Sagt die Stadt die IBA'27 ab?.....	175
Streichung Investitionszuschuss Objektgesellschaft Schleyer-Halle und Neue Arena GmbH & Co. KG.....	176
Handlungsoptionen bei der Einführung der Bettensteuer.....	178
Verantwortungsgerechte Haushaltskonsolidierung – maßvolle Erhöhung der Gewerbesteuer.	179
Wohnraum gerecht nutzen – Zweitwohnungssteuer erhöhen .....	181
Eine Grundsteuer C für Stuttgart? Diskutierenswert! .....	183
Einstellung Glanzlichter.....	184
Streichung Traditionsmorgen Cannstatter Volksfest.....	186

### [Anträge zum Referat Sicherheit, Ordnung und Sport](#)

Sicherheitsdienste im Bürgerservice.....	188
Wie können Mitarbeitende geschützt werden? .....	190
Erhalt eines wirksamen Taubenmanagements trotz Haushaltskürzungen .....	191
Women's Cycling Grand Prix und Brezel Race - Fortführung in den Jahren 2026 und 2027 ....	192
Notwendige Mittel zum Betrieb vereinseigener Bäder in Stuttgart sicherstellen .....	194
Österreichischer Platz: Betreuung sichert das Angebot (GRDRs 570/2021 und 514/2023).....	195
Weiterführung Nachtschwärmer Gemeinschaftserlebnis Sport (GRDRs 515/2023) .....	197
Weiterführung des Projekts Digitalisierung im Stuttgarter Sport .....	199
Mittel zur Errichtung von E-Ladesäulen auf Vereinsgeländen aus dem Haushalt streichen .....	201
Kein Ersatz der Eishockeybande in der Eishockeywelt - Instandhaltung aus Investitionspauschale finanzieren .....	203
Investitionszuweisung für Tennisanlage Botnang aus dem Haushalt streichen.....	205
Atemschutzausbildung der FFW .....	207
Fortbildung für Truppführer, Gruppenführer und Zugführer der FFW.....	209
Sicherstellung des Quartiers- und Leerstandsmonitorings .....	211

### [Anträge zum Referat Jugend und Bildung](#)

Bildungsgerechtigkeit: Ausbildungsticket gerade jetzt nicht einstellen! .....	212
Schülerbeförderung zu Ferienbetreuungsangeboten an den SBBZ .....	214
Spiel schauen ohne Spielstand? – Sporthallen voll nutzbar halten .....	217
Pauschale für Um- und Ausbau in der Kindertagesbetreuung.....	219
Kürzung des Bonuscard-Budgets zurücknehmen .....	221
Substanz sichern – Bauunterhaltungsbudget der Stuttgarter Jugendhaus gGmbH erhöhen....	223
Jugendfarm Botnang – Sanierung der Holzwerkstatt sichern .....	225
Ausstattung für das Spielhaus im Unteren Schlossgarten sichern .....	227
Möbiliar und Ausstattung für den neuen Jugendtreff in der Melunerstraße sichern .....	229
Möbiliar und Ausstattung für den Jugendtreff 7 Morgen .....	231
Mehrbedarf beim Neubau des Jugendtreffs Camp Feuerbach .....	233
Jugendfarm Birkach sichern – Nachfinanzierung für die Umstrukturierung des Farmgeländes	234
Zustand des Gebäudes Forum 3 e. V. – Sanierungsbedarf Sanitäranlagen und Leitungen .....	236

Kindertreff im Projekt „Zukunft Münster 2050“ – weiterhin keine Klarheit über Miete und Erstaussstattung.....	237
„Stuttgarter Spielräume“ vollständig umsetzen – Kinder ohne Kita-Platz nicht zurücklassen....	238
Förderung des Projekts „E:DU – Eltern und Du“ anpassen .....	240
Berufliche Integration stärken – Kofinanzierung der Beratungsstelle für Migrantinnen sichern	242
Verstetigung des Beratungsangebots "Recht auf Zukunft" .....	244
Auswärtige Ferienerholung weiterentwickeln – Förderrichtlinien an heutige Bedarfe anpassen .....	246

### Anträge zum Referat Soziales, Gesundheit und Integration

Partnerschaft für Demokratie.....	248
Förderung des Büros für Diskriminierungskritische Arbeit Stuttgart .....	250
Modellprojekt zur aufsuchenden Qualifizierungsoffensive für Frauen .....	252
Kürzungen des Fahrdienstes für Menschen mit Behinderung - Konsequenzen? .....	254
Sicherung der UN-BRK-Beratungsstelle des Zentrums Selbstbestimmtes Leben (ZsL) - HSK zurücknehmen .....	255
Sicherung des Inklusiven Tanzprojektes „Zeit zum Tanzen“ - HSK zurücknehmen .....	257
Sicherung der Beschwerdestelle des Stadt seniorenrats – HSK zurücknehmen.....	259
Sicherung der Begegnungsstätte Treffpunkt in Bad Cannstatt - HSK zurücknehmen .....	261
Sicherung des Treffpunkts Süd des Bürgerkreises Stuttgart – HSK zurücknehmen .....	263
Das Angebot Beratungsstelle für Suchtgefährdete und -kranke des Blauen Kreuzes muss erhalten bleiben.....	265
Sicherung des Projektes „Machen wir was“ in Trägerschaft von Kultur für alle e.V. - HSK zurücknehmen.....	267
Welche Auswirkungen haben die Sparmaßnahmen bei der FamilienCard? .....	269
Den Betrieb im Café 72 weiterhin aufrecht erhalten.....	270
Stellenaufstockung in den 8 Gemeindepsychiatrischen Zentren .....	272
Arbeitsgelegenheiten (AGH) nach dem AsylbLG .....	274
Erforderliche Aufstockung der Mittel für den Arbeitskreis Leben (AKL).....	276
Mieterhöhung von ProKids übernehmen .....	278
Aufstockung des Zuschusses für das Angebot Aufwind .....	280
Arbeit des Autonomen Frauenhauses sichern.....	282
Das Forum Hospitalviertel muss weiter gefördert werden.....	285
Stadtteil- und Familienzentren, Stadtteilhäuser, Begegnungsstätten - was nun? .....	287
Die Wohnberatung des DRK Kreisverbands Stuttgart erhalten.....	289
Einführung einer Miete für die Fachberatungsstelle für wohnungslose Frauen .....	291
Hilfe bei Wohnungslosigkeit - Fortführung von TürÖffner als Weg aus der Wohnungslosigkeit	292
Hilfen bei Wohnungslosigkeit - Erhöhung des Zuschusses Fachberatungsstellen und Tagesstätten .....	294
Hilfe bei Wohnungslosigkeit - Erfrierungsschutz für Kinder und Familien .....	296
Welche Gefahren drohen durch die Tigermücke und welche Maßnahmen können gegen sie ergriffen werden?.....	297
Interdisziplinäre Frühförderung durch Fundevogel.....	298
Weiter Gemeinsam gegen FGM/C in Stuttgart .....	299
Kürzere Wartezeiten durch eine Erweiterung des Testangebots der AIDS Hilfe .....	301
Clearingstelle für Menschen ohne Krankenversicherung .....	303

## Anträge zum Referat Städtebau, Wohnen und Umwelt

Baurechtsamt muss weiter laufen! Bürgerservice ausbauen statt stoppen! .....	305
Orga-Untersuchung Bebauungsplanverfahren und Baugenehmigungsverfahren - Wie geht es weiter? .....	307
Keine Verzögerung bei der Entwicklung beim Stadtentwicklungsprojekt Rosenstein .....	308
Wo liegen die stadtplanerischen Schwerpunkte in den kommenden zwei Jahren? .....	309
Quo vadis Milieuschutzsatzungen? .....	311
Das Ende der Umsetzung vom Erlebnisraum Neckar? .....	312
Energiesparprogramm: Wie und wann gelingt der Mittelabfluss? Und ab wann wird damit CO2 eingespart? .....	313
Was passiert in den Sanierungsgebieten? .....	314
Streichung Förderprogramm Urbanes Grün .....	315
Auflösung der Rücklagen des Stuttgarter Eigentumsprogramms (SEP) .....	317
Der KLIMOPASS: eine Chance für die Förderung von Klimaanpassung in dieser Stadt. ....	318
Das Energieberatungszentrum als zentraler Akteur der Klimawende: Wie können wir das EBZ retten? .....	320
Klimaschutz müssen alle machen! Welche Bedarfe haben Ämter und Eigenbetriebe? .....	322
Heizungsprogramm: Energiewende schaffen, mit allen! .....	324
Verzicht auf kleinteilige Energiesparmaßnahmen .....	326
Haushaltsanpassung: Schwerpunktsetzung bei Maßnahmen zur Nachwuchsgewinnung .....	328

## Anträge zum Technischen Referat

Let's Putz in Stuttgart retten! .....	330
Neues Spielplatzbudget: Jedes Kind verdient einen Spielplatz und jedes Quartier einen Treffpunkt .....	332
Klimaanpassung muss weitergehen! Bäume in der ganzen Stadt nicht absterben lassen. ....	335
Waldfriedhof und Betriebshof Logauweg: Ausbildung stärken, Mitarbeiter*innen ernst nehmen und die Zukunft in die Hand nehmen! .....	337
Vollbremsung im Radverkehr: Welche Projekte sind betroffen und warum? .....	339
Haupttradroute 2 gestoppt? Was wird aus der echten Fahrradstadt? .....	340
Lebendige Quartiere: Klimaangepasste Fußwege und Plätze stärken .....	341
Wilhelmsschule in Wangen braucht bessere und größere Flächen im Außenbereich! .....	343

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Verzicht auf die geplante Kita-Gebührenerhöhung

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 510 Jugendamt.

Auf die geplante Erhöhung der Elternbeiträge für die Kindertagesbetreuung wird verzichtet.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	528	0
Jahr 2	1901	0
Jahr 3	3196	0
Jahr 4	4693	0
Jahr 5	6424	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-Liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-Liste enthalten)	
THH	510 Jugendamt
(Mitteilungs-) Vorlage	0883/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Nach den Planungen der Verwaltung sollen die Elternbeiträge für die Kindertagesbetreuung künftig auf bis zu 828 Euro pro Monat steigen. Diese Entwicklung würde viele Familien in Stuttgart zusätzlich finanziell überlasten und das ohnehin angespannte Verhältnis zwischen Lebenshaltungskosten und Einkommen weiter verschärfen. Die Kita ist ein zentraler Ort der frühkindlichen Bildung – und Bildung darf keine Frage des Geldbeutels sein. Eine weitere Gebührenerhöhung steht im Widerspruch zu den bildungspolitischen Zielen der Stadt und konterkariert den Anspruch auf gleiche Startchancen für alle Kinder. Zugleich zeigt sich, dass die Betreuungssituation für Eltern zunehmend unzuverlässig geworden ist – durch Fachkräftemangel, eingeschränkte Öffnungszeiten und kurzfristige Ausfälle. Eine Gebührenerhöhung bei gleichzeitig sinkender Verlässlichkeit der Betreuung wäre daher weder vermittelbar noch gerechtfertigt.

Angesichts der demografischen Entwicklung und der steigenden Zahl von Familien, die sich das Leben in Stuttgart nicht mehr leisten können, muss die Stadt alles daransetzen, Familien in der Stadt zu halten. Dazu gehört, die finanzielle Belastung durch Kita-Gebühren nicht weiter zu erhöhen. Langfristig bleibt für uns das Ziel einer gebührenfreien frühkindlichen Bildung, die nur mit einer verlässlichen Mitfinanzierung durch das Land Baden-Württemberg realisierbar ist. Kurzfristig muss jedoch gelten: Vor einer Belastung der Familien sind alle anderen Finanzierungsmöglichkeiten im städtischen Haushalt auszuschöpfen.

### Gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

## Haushaltsantrag (Anfrage)

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
--

SPD und Volt
--------------

Betreff
---------

Soziale Infrastruktur der Zukunft
-----------------------------------

### Antrag

Stuttgart hat in den vergangenen Jahren seine soziale Infrastruktur zurecht stark ausgebaut und sich konsequent an den Bedarfen der Bevölkerung orientiert. Dieser Ausbau hat wesentlich dazu beigetragen, dass die Stadt in vielen Bereichen ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden konnte. Gleichzeitig steigen die Bedarfe weiterhin stark an – etwa in der Kinder- und Jugendhilfe, in der Pflege, bei Wohnungslosigkeit, Integration und Inklusion – während personelle und finanzielle Ressourcen zunehmend begrenzt sind. Die jüngsten kurzfristigen Sparvorgaben haben verdeutlicht, dass punktuelle Kürzungen keine nachhaltige Lösung darstellen und strukturelle Veränderungen erforderlich sind.

Aus unserer Sicht ist daher ein strukturierter Transformationsprozess notwendig, um die soziale Infrastruktur in Stuttgart zukunftsfähig aufzustellen. Ein solcher Prozess sollte rechtskreisübergreifend, unter Federführung der Referate SGI sowie JB und in enger Kooperation mit den freien Trägern erfolgen. Ein Leitprinzip sollte dabei die Sozialraumorientierung sein.

Zur fachlichen Steuerung und Moderation eines solchen Transformationsprozesses erscheint eine externe Begleitung notwendig, die Expertise, Prozessmanagement und Beteiligungsformate einbringt.

### **Vor diesem Hintergrund bitten wir die Verwaltung um Beantwortung folgender Fragen:**

1. Wie bewertet die Verwaltung die Notwendigkeit eines strategischen Prozesses zur Transformation der sozialen Infrastruktur in Stuttgart?
2. Welche Ziele, Themenfelder und Beteiligte wären aus Sicht der Verwaltung zentral für einen solchen Prozess?
3. Welche Kosten wären voraussichtlich mit einer externen Prozessbegleitung verbunden?

### *Gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

THH	810 Bürgermeisteramt 290 Jobcenter 400 Schulverwaltungsamt 500 Amt für Soziales und Teilhabe 510 Jugendamt 530 Gesundheitsamt
Seite Anmelde­liste (wenn vorhanden)	
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
SPD und Volt
Betreff
Keine Vollbremsung beim Schulbau – vordringliche Schulinvestitionen vom Planungsstopp ausnehmen

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 400 Schulverwaltungsamt.

**Wir beantragen die notwendigen Mittel zur Fortsetzung bzw. Aufnahme der folgenden vordringlichen Schulinvestitionen:**

1. Schulstandort Stammheim, 4. BA mit Neubauten, Sanierungen und Interimen
  2. Altenburgschule, GTS, 3. BA
  3. Hattenbühschule, Generalsanierung und Erweiterungsbau
  4. Wilhelms-Gymnasium, Neubau NWT-Bereich
  5. Riedseeschule, 2. BA, Umstrukturierung/Sanierung Hortgebäude
  6. Gustav-Werner-Schule, 1. BA, Schulerweiterung Anbau Ost
  7. Campus Vaihingen, Neubau Robert-Koch-Realschule
  8. Österfeldschule, Einrichtung GTS und Sanierung
  9. Umbau des Kinobauer-Areals
  10. Grundschule Heumaden, GTS Umstrukturierung sowie Neubau TVH und Lehrschwimmbecken
  11. Pragschule, Erweiterungsbau und Umstrukturierung Bestand
- Mangels Transparenz in den Haushaltsanmeldungen sind die notwendigen Finanzbeträge durch die Verwaltung zu ergänzen.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	0	0
Jahr 2	0	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeleiste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmeldeleiste enthalten)	
THH	400 Schulverwaltungsamt
(Mitteilungs-) Vorlage	

Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

### Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Der im Haushaltsentwurf vorgesehene Planungsstopp für Investitionen betrifft auch zentrale Vorhaben im Bereich des Schulbaus. Eine pauschale Anwendung dieser Maßnahme würde bedeuten, dass dringend notwendige Schulbaumaßnahmen – unabhängig von ihrer inhaltlichen und pädagogischen Priorität – verzögert oder vollständig gestoppt werden.

Zahlreiche Stuttgarter Schulen befinden sich in einem desolaten baulichen Zustand. Teilweise ist bereits heute nicht mehr verlässlich absehbar, wie lange einzelne Gebäude noch sicher betrieben werden können. Hinzu kommt, dass viele Schulen nicht über genügend Klassenzimmer verfügen oder perspektivisch räumlich an ihre Grenzen stoßen.

Der bestehende Sanierungs- und Erweiterungsbedarf ist fachlich lange bekannt und von der Verwaltung mehrfach bestätigt worden. Eine Vollbremsung beim Schulbau gefährdet daher unmittelbar die Aufrechterhaltung des Unterrichtsbetriebs und die Umsetzung gesetzlicher Bildungs- und Betreuungsaufgaben.

Der im Haushaltsentwurf angesetzte Baustatus darf daher nicht das alleinige Kriterium für die Weiterführung oder den Stopp von Projekten sein. Die fachliche Dringlichkeit muss bei der Priorisierung berücksichtigt werden.

Mangels Transparenz über die zugrunde liegende Projektliste können von uns keine konkreten Finanzbeträge benannt werden. Entscheidend ist, dass die vordringlichsten Schulinvestitionen vom allgemeinen Planungsstopp ausgenommen werden, um die Bildungsinfrastruktur in Stuttgart funktionsfähig zu halten.

*Gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende

Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender

Tillmann Bollow

Sara Dahme

Dr. Maria Hackl

Celine Hirschka

Dejan Perc

Lucia Schanbacher

Clara Streicher

## Haushaltsantrag (Anfrage)

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Aufgaben der Stuttgarter Wirtschaftsförderung in Zeiten des Umbruchs

### Antrag

Die Region Stuttgart ist mit einem Strukturwandel konfrontiert, welcher bereits jetzt enorme Auswirkungen auf die Stadt hat. Angesichts dessen ist es erforderlich, Maßnahmen zu priorisieren, die kurzfristig wirksam sind und unmittelbar die Wirtschaft stärken. Wir sehen das Tätigkeitsfeld der Wirtschaftsförderung in den kommenden Jahren somit mehr im operativen Bereich. Darüber hinaus gilt es die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt strategisch zu begleiten. Unsere Vision ist eine Wirtschaftsförderung, die Ihren Fokus darauf legt, ansässige Unternehmen und Existenzgründungen zu unterstützen, neue Betriebe anzuwerben und Ansiedlungsprozesse zu begleiten. Als Bindeglied zwischen Verwaltung, Politik und Wirtschaft koordiniert sie Entwicklungsprojekte, berät zu Förderprogrammen, pflegt Unternehmensnetzwerke, baut bürokratische Hürden ab und stärkt die Standortattraktivität sowie die Gewinnung von Fachkräften.

Hinsichtlich der strategischen Ausrichtung der Wirtschaftsförderungen könnten beispielsweise folgende Fragestellungen angegangen werden und wissenschaftlich untersucht werden:

- Welche wirtschaftlichen Potenziale ergeben sich aus einem Ausbau des Wasserstoffnetzes der Stadt Stuttgart für die Stuttgarter Industriegebiete und die dort ansässigen Unternehmen?
- Welche weichen und harten Standortfaktoren sind besonders wichtig, um Stuttgart attraktiv für Fachkräfte zu machen?
- Welche wirtschaftlichen Potenziale, Innovationsfelder und neuen Wertschöpfungsketten ergeben sich für die regionale Wirtschaft im Anschluss an den laufenden Transformationsprozess und wie kann die kommunale Wirtschaftsförderung diese Potenziale gezielt erschließen?

Welche Anpassungen am Doppelhaushalt sind im Hinblick auf die Bereitstellung der hierfür erforderlichen Mittel notwendig? Welche organisatorischen Veränderungen sind erforderlich, um die Wirtschaftsförderung mittelfristig von einer projekt- und veranstaltungsorientierten Arbeitsweise hin zu einer stärker operativ-strategischen Ausrichtung zu entwickeln?

gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende

Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender

Tillmann Bollow

Sara Dahme

Dr. Maria Hackl

Celine Hirschka

Dejan Perc

Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

THH	810 Bürgermeisteramt
Seite Anmelde­liste (wenn vorhanden)	
(Mitteilungs-) Vorlage	1110/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Unsere Stadtbahn muss weiter fahren! Eigenkapitalzuschuss SSB

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 200 Stadtkämmerei.

Der SSB AG wird ein Eigenkapitalzuschuss in Höhe von 30 Millionen Euro (im DHH) gewährt.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	0	0
Jahr 2	0	15 000
Jahr 3	0	15 000
Jahr 4	0	15 000
Jahr 5	0	15 000
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-Liste (Rote Liste) enthalten	Ja
Seite (wenn in Anmelde-Liste enthalten)	2
THH	200 Stadtkämmerei
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Die SSB AG stemmt als kommunales Verkehrsunternehmen den ÖPNV in Stuttgart. Wenn die SSB nicht läuft, dann steht die Stadt.

Doch nicht nur deshalb sind Investitionen in die SSB eine gute Anlage, sondern auch, weil sie die Verkehrs- und Klimawende in der Stadt entscheidend mitbestimmen. Und die Anforderungen, die wir als Stadt an die SSB haben, sind massiv.

Gleichzeitig kann die SSB seit dem Deutschlandticket über den Großteil ihrer Einkünfte nicht mehr selbst entscheiden, wodurch die Einnahmenseite stark beschnitten wurde.

Trotz alledem hat unser kommunaler Verkehrsbetrieb weiter in die Verkehrs- und Klimawende in dieser Stadt investiert, gemäß der Beschlüsse im Gemeinderat und des Aufsichtsrats sowie Aufsichtsratsvorsitzenden Dr. Frank Nopper. Dies gelang durch eine günstige Kreditfinanzierung am Finanzmarkt.

Seit Jahren war allen Akteur\*innen klar, dass diese Kreditfinanzierung nur mit einer vertraglich festgesetzten Eigenkapitalquote gelingt. Diese muss gehalten werden, damit nicht die Finanzierung unserer SSB-Großprojekte kippt und die SSB zahlungsunfähig wird.

Genau dieser Punkt ist jetzt erreicht! Wenn wir jetzt keine Eigenkapital zuschießen, wie der Haushaltsentwurf von Oberbürgermeister Dr. Frank Nopper vorsieht, steht die SSB.

Das ist absolut unverantwortbar! Die SSB muss weiterfahren - für die Menschen, die auf sie angewiesen sind, für die Wirtschaft, den Verkehr, für das Funktionieren dieser Stadt. Nicht zuletzt für die 5000 Beschäftigten der SSB AG, die dann um ihren Arbeitsplatz bangen müssen.

gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Sozial ausgewogen sparen – Stuttgart-Zulage differenziert anpassen

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 900 Allgemeine Finanzwirtschaft.

Die Abschmelzung der Stuttgart-Zulage erfolgt nach Entgeltgruppen gestaffelt. In den niedrigen Entgeltgruppen bleibt sie in vollem Umfang erhalten, dafür wird sie in oberen Entgeltgruppen vollständig abgeschmolzen.

Die Verwaltung legt in diesem Sinne einen Vorschlag vor, bei welchen Entgeltgruppen die entsprechenden Grenzen zu ziehen wären.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	0	0
Jahr 2	0	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-Liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-Liste enthalten)	
THH	900 Allgemeine Finanzwirtschaft
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Die geplante pauschale Kürzung der Stuttgart-Zulage um 75 € für alle Beschäftigten berücksichtigt weder die unterschiedlichen Einkommensgruppen noch die soziale und strukturelle Funktion dieser Zulage. Die Stuttgart-Zulage wurde eingeführt, um die hohen Lebenshaltungskosten am Standort auszugleichen und die Arbeitgeberattraktivität der Stadtverwaltung zu sichern – insbesondere für Beschäftigte in den unteren und mittleren Entgeltgruppen. Eine pauschale Reduktion trifft vor allem jene Beschäftigten, die am wenigsten finanziellen Spielraum haben. Vor dem Hintergrund der sozialen Verantwortung der Stadt und der angespannten Personalsituation in vielen Bereichen sollte die Kürzung daher sozial gestaffelt erfolgen.

gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag (Anfrage)**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
SPD und Volt
Betreff
Reduzierung des Zuschusses für die Stadtwerke Stuttgart (SWS)

**Antrag**

Im Rahmen des Haushaltsentwurfes wurde der Zuschuss für die Stadtwerke Stuttgart (SWS) im kommenden Haushalt um 50% reduziert. Diese Entscheidung wirft für uns wichtige Fragen auf, die wir gerne klären möchten, um die Auswirkungen dieser Maßnahme besser einschätzen zu können.

- Was bedeutet die Reduzierung des Zuschusses für die SWS?
- Welche Auswirkungen hat die Kürzung auf die Strategie der SWS?
- Welche Folgen hat die Reduzierung für das Ziel der Klimaneutralität bis 2035 auf Seiten der SWS?
- Welche mittel- und langfristigen Folgen werden durch die Kürzung erwartet?

*Gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
 Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
 Tillmann Bollow  
 Sara Dahme  
 Dr. Maria Hackl  
 Celine Hirschka  
 Dejan Perc  
 Lucia Schanbacher  
 Clara Streicher

THH	200 Stadtkämmerei
Seite Anmelde-Liste (wenn vorhanden)	
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
SPD und Volt
Betreff
Aktive Bodenpolitik fortsetzen - Kein Ausverkauf städtischer Immobilien und Flächen
Betreff

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 230 Liegenschaftsamt.

Im Haushalt werden, wie in den vergangenen Jahren, weiter Einnahmen aus Immobilien und Grundstücksverkäufen in Höhe von 20 Mio. EUR p.a. veranschlagt (Anlage 2 zur Finanzplanung (Investitionsprogramm) Seite 11, Position 7.232000, Gruppe 682).

**Finanzielle Auswirkungen**

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	0	20000
Jahr 2	0	20000
Jahr 3	0	20000
Jahr 4	0	20000
Jahr 5	0	20000
Jahr 6 ff.		20000

In Anmelde-liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-liste enthalten)	
THH	230 Liegenschaftsamt
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

## Begründung/Erläuterung

Der Rat hat einen Grundsatzbeschluss zur Bodenpolitik gefasst. Dieser sieht vor, dass Immobilien und Grundstücke grundsätzlich nur an Partner des Bündnisses für Wohnen veräußert werden. Die möglichen Einnahmen hierdurch sind mit 20 Mio. EUR p.a. schon hoch angesetzt. Eine Verdoppelung dieses Ansatzes ist mit dem Grundsatzbeschluss zur Bodenpolitik schlicht nicht vereinbar. Diese Haushaltsposition ist daher entsprechend zu korrigieren.

### *Gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
SPD und Volt
Betreff
Aktive Bodenpolitik fortsetzen - Ankaufbudget auf dem Niveau der Vorjahre belassen
Betreff

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 230 Liegenschaftsamt.

Dem Liegenschaftsamt werden in den kommenden Haushaltsjahren weitere 30 Mio. TEUR p.a. zum Erwerb von unbeweglichem Anlagevermögen zur Verfügung gestellt (Anlage 2 zur Finanzplanung (Investitionsprogramm), Seite 11, Position 7.232000, Gruppe 782).

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	0	30000
Jahr 2	0	30000
Jahr 3	0	30000
Jahr 4	0	30000
Jahr 5	0	30000
Jahr 6 ff.		30000

In Anmelde-liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-liste enthalten)	
THH	230 Liegenschaftsamt
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Der Rat hat mit breiter Mehrheit einen Grundsatzbeschluss zur Bodenpolitik gefasst, die auch eine aktive Bodenvorratspolitik beinhaltet. Die Stadt kann aber nur strategisch Grundstücke ankaufen, wenn dem Liegenschaftsamt ein angemessenes Budget hierfür zur Verfügung steht. Mit der von der Finanzverwaltung vorgeschlagenen Streichung von 30 Mio. TEUR p.a. strukturell ist das nicht möglich. Die vorgenommene Streichung muss daher rückgängig gemacht werden. Das Ankaufsbudget bleibt damit bei 50 Mio. TEUR p.a.

### Gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag (Stellenplanantrag)**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
SPD und Volt
Betreff
Stellenplanantrag

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 900 Allgemeine Finanzwirtschaft.

lfd. Nr.	Schaffung (Stellenzahl)	Bereich bzw. Stellennummer	Funktions- bezeichnung	Stellenwert
450	1,00	10-4.3	Sachgebietsleiter/-in	EG13
545	1,00	10-3.1	Sachbearbeiter/-in	A12
575	2,00	10-3	Poolstelle	A10gD
1355	1,50	41-5	Musikschullehrer/-in	EG9b
1810	1,00	SOS-KKP	Sachbearbeiter/-in	A12
2075	1,00	32-2	Sachbearbeiter/-in	A12
2125	1,00	32-10.2	Sachbearbeiter/-in	A12
2130	1,00	32-10.2	Sachbearbeiter/-in	A12
2455	1,00	37-5	Sachbearbeiter/-in	A11
2460	1,00	37-2	Mitarbeiter/-in	EG6
2505	1,00	37-5	Objektbetreuer/-in	EG6
2835	1,25	40-2.4	Sachbearbeiter/-in	EG11
2840	1,00	40-2.4	Sachbearbeiter/-in	EG11
2850	0,50	40-1	Jurist/-in	A14
3355	1,00	51 AL-02QQ	Sachbearbeiter/-in	S17
4005	1,00	SGI-IP-WCS	Sachbearbeiter/-in	EG6
4120	1,00	29-1.2	Sachbearbeiter/-in	A12
4305	2,00	50-1	Sachbearbeiter/-in	A12
4355	1,00	50-52	Sachbearbeiter/-in	EG13
4390	1,10	50-4	Sozialarbeiter/-in	S15
4420	1,25	50-4	Sozialarbeiter/-in	S15
4630	2,00	53-6	div.	A15
4725	3,00	53-3.2.3	Sozialarbeiter/-in	S15
4730	0,25	53-3.1.1	Ergotherapeut/-in	EG9a
4735	0,40	53-3.1.1	Facharzt/-ärztin	EG15

4740	0,30	53-5	Gesundheitsplaner/-in	EG13
4755	0,50	53-5	Gesundheitsplaner/-in	EG11
4760	0,50	5305000105	SB Hitzeaktionsplan/ Vulnerable PG	EG13
4765	1,00	5305000160	SB Hitzeaktionsplan/ Vulnerable PG	EG13
5075	1,00	61-6.2	Stadtplaner/-in	EG12
5080	1,00	61-7.2	Stadtplaner/-in	EG12
5105	1,00	61-3.3	Stadtplaner/-in	EG12
5110	1,00	61-6.1	Stadtplaner/-in	EG12
5210	1,00	6100802200	Projektleiter/-in	EG12
5605	1,00	65-2.1	Sachbearbeiter/-in	EG10
5775	1,00	66-8.15	Anlagenmechaniker/-in	EG8
5960	1,00	67-2.3	Sachbearbeitung	EG12
5905	1,00	67-2.1	Projektingenieur/-in	EG11
6005	1,00	AWS-1	Abteilungsleiter/-in	A14

Weitere Stellen, die nicht in der Antragsliste enthalten sind, die wir aber zusätzlich beantragen, sind:

OB-CG	0,50		Koordinierung und Weiterentwicklung der Wasenboje	EG13
OB-CG	0,50		Umsetzung der Istanbul-Konvention	EG13
Liegenschaftsamt	1,00		Strategisches Immobilienmanagement	EG13
Jobcenter	0,50	29-3.0.1	Administration tagesstrukturierende Angebote nach § 67 SGB XII	EG10
	0,50	29-1.2.	Abrechnung der Förderungen der städt. Arbeitsförderung sowie der tagesstrukturierenden Angebote nach § 67 SGB XII	EG10

Zusätzlich beantragen wir die Streichung der KW Vermerke bei:

1435	0,75	4100000060	Sachbearbeiter/-in	EG11
1455	1,00	410.0700.300	Fachreferent/-in	EG13

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW-Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>
diverse	44,55	1,75	diverse	diverse	diverse	diverse	diverse

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

THH	900 Allgemeine Finanzwirtschaft
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

### **Begründung/Erläuterung:**

Stuttgart steht vor einem finanziellen Wendepunkt. Der Handlungsspielraum der Stadt wird enger, während die Aufgaben wachsen. Und damit steigen auch die Belastungen der Mitarbeitenden. Wir wollen, dass die Stadt funktioniert – im Bürgerbüro, in der Kita, in der Feuerwehr, auf dem Spielplatz, auf dem Weg zur Arbeit. Sichtbar, konkret und nah an den Stadtteilen. Dazu müssen Voraussetzungen geschaffen, um unnötige Mehrbelastungen der Mitarbeitenden und damit oft auch einhergehende Einschränkungen für die Bürger\*innen zu vermeiden. Wir wollen sichern, was zählt. Und wir investieren in die Zukunft – gerecht, klug und mit Blick auf den Alltag der Menschen. Unser oberstes Ziel ist, dass Stuttgart in Krisen wie im Alltag funktioniert. Deshalb sichern wir die Bereiche, die die Lebensqualität unmittelbar tragen.

### *Gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
SPD und Volt
Betreff
Der Gemeinderat spart mit

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 800 Gemeinderat

100 Haupt- und Personalamt.

Die Grundentschädigung der Stadträt\*innen wird ab 2026 um 75 € pro Monat gesenkt. Das Reisekostenbudget wird auf 10 TEUR reduziert.

Darüber hinaus bitten wir die Verwaltung um Auskunft, wie hoch das im Haushaltsentwurf eingeplante Budget für Exkursionen des Gemeinderats ist.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	-84	0
Jahr 2	-84	0
Jahr 3	-84	0
Jahr 4	-84	0
Jahr 5	-84	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-Liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-Liste enthalten)	
THH	800 Gemeinderat 100 Haupt- und Personalamt
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

## Begründung/Erläuterung

Angesichts der angespannten Haushaltslage ist es angemessen, dass auch der Gemeinderat einen sichtbaren Beitrag zu den Konsolidierungsmaßnahmen leistet. Wenn Beschäftigte der Stadtverwaltung im Rahmen der Haushaltskonsolidierung eine Reduktion der Stuttgart-Zulage um 75 Euro hinnehmen müssen, sollte Gleiches auch für die monatliche Aufwandsentschädigung der Stadträt\*innen gelten. Darüber hinaus sollte der Gemeinderat seine Dienstreisen auf das unbedingt Notwendige beschränken. Eine Reduzierung des Reisekostenbudgets auf 10.000 Euro jährlich ist vertretbar.

gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
SPD und Volt
Betreff
Die Bürgermeister*innenbank spart auch mit

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 810 Bürgermeisteramt.

Die Dienstaufwandsentschädigung für die weiteren Beigeordneten gem. § 8 Abs. 2 LKomBesG wird auf 3 v.H. des Grundgehalts gesenkt.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	-34	0
Jahr 2	-34	0
Jahr 3	-34	0
Jahr 4	-34	0
Jahr 5	-34	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-liste enthalten)	
THH	810 Bürgermeisteramt
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

In Anlehnung an den Antrag „Der Gemeinderat spart mit“, mit dem die Aufwandsentschädigung der Stadträt\*innen gesenkt werden soll, schlagen wir vor, auch die Verwaltungsspitze an den Konsolidierungsmaßnahmen zu beteiligen. Damit wird ein gleichgerichtetes Signal gesetzt: Sparmaßnahmen gelten nicht nur für die städtischen Beschäftigten und die politische Ebene, sondern auch für die Führungsebene der Verwaltung. Die Stadtspitze übernimmt damit Verantwortung und unterstreicht die gemeinsame Verpflichtung, die Haushaltskonsolidierung solidarisch zu tragen.

### Gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Stuttgarter Kinderfest sichern – Budgetanpassung für steigende Infrastrukturkosten

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 810 Bürgermeisteramt.

Damit wird das Budget für das Stuttgarter Kinderfest dauerhaft auf 30 TEUR erhöht.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	10	0
Jahr 2	10	0
Jahr 3	10	0
Jahr 4	10	0
Jahr 5	10	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde­liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde­liste enthalten)	
THH	810 Bürgermeisteramt
(Mitteilungs-) Vorlage	1003/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

## Begründung/Erläuterung

Das Stuttgarter Kinderfest ist eine feste Größe im städtischen Veranstaltungskalender und ein niedrigschwelliges Angebot für Kinder und Familien aus allen Stadtteilen. Es steht für Teilhabe, Begegnung und ein positives Stadtbild, das Kinder in den Mittelpunkt stellt. In den vergangenen Jahren sind die Kosten für Infrastruktur und Durchführung deutlich gestiegen – insbesondere für Zelte und Pavillons, Bühnen- und Tontechnik, sanitäre Einrichtungen, Werbemittel, Reinigung und Stromversorgung. Zusätzlich führte die Ausweitung des Veranstaltungsgeländes im Jahr 2024 vom Marktplatz über die Kirchstraße bis zum Schillerplatz aufgrund hoher Besucher\*innenzahlen zu einem weiteren Anstieg der Ausgaben. Um die Durchführung des Kinderfestes zu sichern, ist eine dauerhafte Anpassung des Budgets von 20.000 auf 30.000 Euro erforderlich.

gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Die Wasenboje muss gerettet werden! Sie soll Bestandteil der Sicherheitskonzepts werden und auch so finanziert werden.

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 810 Bürgermeisteramt.

Wir beantragen, dass die in.stuttgart bei der Vergabe der Alkoholausschanklizenzen auf dem Frühlingsfest und dem Wasen im Herbst, die Kosten für die Einrichtung der Wasenboje inklusive der benötigten Kosten für die Stelle bei der Stadt entsprechend fair umlegt.

Wir beantragen die von der Stadtverwaltung beantragten Stellenanteile, um Planungssicherheit für die betroffenen Beschäftigten zu schaffen, ein Jahr zu vorzufinanzieren, bis auch diese Gelder über die Linzenzvergabe bei der in.stuttgart eingeworben werden.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	0	0
Jahr 2	0	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeleiste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmeldeleiste enthalten)	
THH	810 Bürgermeisteramt
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations-einheit bzw. Stellen-nummer	Funktions-bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW-Vermerk <b>bisher</b>	KW-Vermerk <b>neu</b>
	0,5		OB-CG	Koordinierung und Weiterentwicklung Wasenboje	EG 13		

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

## Begründung/Erläuterung

Die Wasenboje ist ein Vorzeigeprojekt der Stadt Stuttgart. Andere Städte besuchen das Projekt, um unsere Erfahrungswerte für die Umnutzung bei ihnen zu nutzen. Nicht nur die Presse, auch die Wasenbesucher\*innen, die Polizei, die in.stuttgart und die Festzeltbesitzer\*innen sehen die Wasenboje als wertvolle Institution auf den Wasen.

Diesen Safer Space für Mädchen und Frauen auf dem Wasen gibt es seit 2023. Ehrenamtliche bieten dort einen Rückzugsort an, sei es bei übermäßigem Alkoholkonsum, Orientierungslosigkeit, bis hin zu konkreten sexistischen Übergriffen und Gewalt auf dem sonst so vergnügten Volksfest.

Von 150 Mädchen und Frauen, die im Durchschnitt der letzten Jahre die Wasenboje besucht haben, ist ein Viertel als kritisch einzustufen. Also knapp 40 Frauen und Mädchen suchen Schutz nach sexueller Belästigung, Übergriffen, dem Verdacht auf K.o.-Tropfen oder offenem Rassismus den Safer Space auf.

Auch die Polizei bemerkt das. Die Anzahl der tatsächlichen Anzeigen sexueller Belästigungen erklären sie sich auch mit der Wasenboje, die Frauen ermutigt, bei solchen Straftaten auch rechtliche Schritte einzuleiten. Durch die Wasenboje wird ein Stück Licht in einen sonst so großen Dunkelbereich gebracht.

Der Erfolg rührt auch von zahlreiche präventiven Maßnahmen und die Sensibilisierung im Festzelt - beispielsweise in der Ansprache des Sicherheitspersonals der Festzelte und der Werbung in den Toilettenanlagen.

Wir sehen - und daher kommt unser Vorschlag - den absoluten Mehrwert der Wasenboje für die Durchführung eines freudigen und für alle friedlichen Frühlings- und Volksfestes. Es wird von allen Seiten bestätigt, dass dies das Sicherheitskonzept sinnvoll ergänzt und dafür sorgt, dass weniger passiert.

Hierfür hat die Stadt Stuttgart in der Pilotphase insgesamt 100 Teur (bei KKP und OB-CG) pro Doppelhaushalt verausgabt. Koordiniert und entwickelt wurde das Projekt bislang aus überplanmäßigen Stellenanteilen der Abteilung OB-CG.

Wie auch das Sicherheitspersonal in den Festzelten gehört die Wasenboje für uns zum Sicherheitskonzept dort, wo Alkoholkonsum zu ausgelassenem und leider für manche auch zu aggressivem und übergriffigem Verhalten führt. Es ist sinnvoll, dass dies jedoch nicht in jedem Festzelt angeboten wird, wie Besucherinnen des Volksfestes sich ebenfalls gewünscht hatten, sondern weiterhin zentral organisiert wird.

Wir möchten daher, dass die in.stuttgart die Finanzierung der Wasenboje und der zugehörigen Stellenanteile bei der Vergabe der Alkoholausschanklizenzen auf dem Frühlingsfest und dem Wasen entsprechend auf die Festzeltbetreiber\*innen und sonstigen Buden, die Alkohol anbieten, umlegt. Hierfür wird ein Mechanismus gefunden, der sich an Größe und Umsatz des/der Betreiber(s)\*in bemisst. Dies ist geübt Praxis für andere Kosten zur Durchführung eines friedlichen und schönen Festes auf dem Wasen. Dazu soll auch die Wasenboje in Zukunft gehören.

#### *Gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Interdisziplinäre Aufklärungsarbeit erhalten und in den pädagogischen Alltag etablieren

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 810 Bürgermeisteramt.

Wir beantragen die Erhöhung des Budgets für die interdisziplinäre Aufklärungsarbeit von 100% MENSCH um 10.600 Euro p.a..

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	11	0
Jahr 2	11	0
Jahr 3	11	0
Jahr 4	11	0
Jahr 5	11	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-liste enthalten)	
THH	810 Bürgermeisteramt
(Mitteilungs-) Vorlage	1050/2025 - Anlage 3
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Die Materialschmiede recherchiert, evaluiert, entwickelt und produziert diskriminierungssensible Bildungsmaterialien für den Einsatz in der Kita und führt Informationsveranstaltungen für Eltern, Erziehungsberechtigte und pädagogische Fachkräfte durch. Die Einbeziehung von Expert\*innen aus marginalisierten Gruppen ermöglicht Intersektionalität und Peer-Perspektiven. Bereits im DHH 2024/2025 wurden Materialien für die pädagogische Arbeit in Kindertageseinrichtungen und Grundschulen erarbeitet, die nun in den regulären pädagogischen Arbeitskontext etabliert werden soll. Hierfür bedarf es einer kontinuierlichen und verlässlichen Anlaufstelle in Form des Projekts 100% MENSCH gUG.

### Gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Klimaneutralität: SSB-Busse dabei nicht stoppen!

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 810 Bürgermeisteramt.

2,8 Mio. Euro in 2027 für die weitere Umrüstung der SSB-Busflotte auf klimaneutrale Antriebe.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	0	0
Jahr 2	0	2.800
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-liste enthalten)	
THH	810 Bürgermeisteramt
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Vor fünf Jahren haben wir das Klimaziel 2035 feierlich verabschiedet. Danach haben wir auch unseren Beteiligungsunternehmen und städtischen Töchtern dieses Ziel, auf Antrag der SPD-Gemeinderatsfraktion hin, gegeben. Die SSB hat sich mit viel Engagement dieser Aufgabe gewidmet. Allerdings ist die Aufgabe als Träger des öffentlichen Nahverkehrs in Stuttgart nicht ganz leicht.

Allein die Umrüstung der Busflotte auf klimaneutrale Antriebe kostet viele Millionen. Hierbei unterstützen wir im Rahmen des Klimamobilitätsplans, das wiederum das Land mit hohen Summen bezuschusst. Diesen Weg wollen wir auch weiter gehen und die Umstellung auf emissionsarme Antriebe unterstützen.

Wir stehen zu unserem Ziel, bis 2027 alle Innenstadtbuslinien auf emissionsfreie Antriebe umgestellt zu haben!

### Gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

E-Mobilität: Carsharing auf dem Weg in die Zukunft unterstützen

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 810 Bürgermeisteramt.

Es werden auch zukünftig E-Ladesäulen an Carsharingstellplätzen mit 150 TEUR in 2026 und 2027 gefördert.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	150	0
Jahr 2	150	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-Liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-Liste enthalten)	
THH	810 Bürgermeisteramt
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations-einheit bzw. Stellen-nummer	Funktions-bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW-Vermerk <b>bisher</b>	KW-Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Stuttgart ist in Sachen carsharing in Baden-Württemberg weit führend. Und das ist auch gut so. Damit Menschen jedoch langfristig ihr Auto abschaffen, brauchen wir mehr stationsgebundenes Carsharing: Menschen müssen sich darauf verlassen können, dass an einem bestimmten Ort ein Auto für sie steht. Und darum geht es bei der Verkehrswende schließlich.

Das heißt sich jedoch mit dem Umstieg auf E-Mobilität. Denn wenn Anbieter\*innen von freefloating-carpools ihre Fahrzeuge einfach an öffentlichen Ladesäulen nach der Benutzung abstellen und laden, funktioniert das. Im Gegensatz zu stationsgebundenen Anbieter\*innen, wo die Rückgabe nur an der Station selbst erfolgt. Gibt es hier keine Ladesäule, dann ist das Fahrzeug leer und fällt damit aus dem carsharing-System. Um nichtsdestotrotz die Antriebswende zu unterstützen, hat die Verwaltung ein Förderprogramm für Ladeinfrastruktur auf den Weg gebracht.

Das ist auch gut so, weshalb wir auch in Zukunft den Ausbau von Ladesäulen für Carsharing fördern wollen.

### Gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag (Anfrage)**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen SPD und Volt
Betreff Knappe Mittel, klare Priorität: Ortsbusse in Weilimdorf und Feuerbach bleiben – Ausbau leider nicht möglich

**Antrag**

Wie hoch ist die Förderung für die Jahre 2026 und 2027, die die Bürgerbusse Weilimdorf und Feuerbach aus dem Budget der Ergänzungsverkehre für einen wirtschaftlichen Betrieb bräuchten?

Die Pandemie, steigende Energiekosten und gleichzeitig große Investitionen machten dem Ortsbus Weilimdorf und Feuerbach zu schaffen, weshalb wir uns gemeinsam mit anderen Fraktionen aus dem Gemeinderat 2023 für einen "Rettungsschirm" stark gemacht haben. Seitdem unterstützen wir die bisher rein privat finanzierten Angebote des öffentlichen Nahverkehrs aus dem Budget der sogenannten Ergänzungsverkehre. Dies wollen wir auch weiterhin tun.

Allerdings sehen wir in der momentanen Haushaltslage nicht, dass weitere Ergänzungsverkehre erprobt werden, wie dies in der Vergangenheit mit wenig Erfolg (gemessen an den Fahrgastzahlen, den Kosten pro Person sowie den Fahrgastpotentialen) und gleichzeitig sehr viel Diskussionen vor Ort getan wurde.

Ergänzende Verkehrsleistungen sind dort, wo die nächste Bushaltestelle mehr als 500 m, die Stadtbahnhaltestellen mehr als 600 m und die S-Bahn-Station mehr als 1.000 m entfernt sind. Dies sind in Stuttgart sehr wenige Gebiete, die überhaupt in Frage kommen.

Wir sind der Meinung, dass wenn ein Bedarf für öffentlichen Personennahverkehr besteht, muss dies aus dem Budget der SSB finanziert werden.

*Gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
 Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
 Tillmann Bollow  
 Sara Dahme  
 Dr. Maria Hackl  
 Celine Hirschka  
 Dejan Perc  
 Lucia Schanbacher  
 Clara Streicher

THH	810 Bürgermeisteramt
Seite Anmelde-Liste (wenn vorhanden)	
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	

Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	
----------------------------------	--

**Haushaltsantrag (Anfrage)**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
SPD und Volt
Betreff
Kommunikation Stuttgart 21

**Antrag**

Ende 2026 soll ein wesentlicher Meilenstein beim Großprojekt Stuttgart 21 erreicht sein. Mit der Teileröffnung wird für die Bürgerinnen und Bürger das Ziel des Projektes sichtbar und erfahrbar, nachdem es viele Jahre zu unzähligen Baustellen und Einschränkungen geführt hat. Diese Zielerreichung sollte aus unserer Sicht entsprechend kommunikativ begleitet werden. Im Haushaltsplan sind dazu nur wenige Positionen zu finden. Es wird im Gegenteil explizit ausgeführt, dass die Öffentlichkeitsarbeit zu S21 über den Verein Bahnprojekt Stuttgart-Ulm e.V. heruntergefahren und dann ganz eingestellt wird. Wir fragen daher, was die Stadtverwaltung an begleitender Öffentlichkeitsarbeit plant und mit welchen Mitteln sie diese ausstattet.

*gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
 Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
 Tillmann Bollow  
 Sara Dahme  
 Dr. Maria Hackl  
 Celine Hirschka  
 Dejan Perc  
 Lucia Schanbacher  
 Clara Streicher

THH	810 Bürgermeisteramt
Seite Anmelde-Liste (wenn vorhanden)	
(Mitteilungs-) Vorlage	1111/2025 MV HH

Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Wirtschaftskoordination Stadtteilzentren (Stadtteilmanagement Außenbezirke)

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 810 Bürgermeisteramt.

Wir beantragen, den Vorschlag zur Haushaltskonsolidierung 2026/2027, die Mittel für die Wirtschaftskoordination Stadtteilzentren (Stadtteilmanagement Außenbezirke) zu kürzen, nicht umzusetzen. Die angemeldeten Haushaltsmittel sollen in vollem Umfang zur Verfügung gestellt werden.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	11	0
Jahr 2	6	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-liste enthalten)	
THH	810 Bürgermeisteramt
(Mitteilungs-) Vorlage	1110/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Die zur Zeit laufende Fortschreibung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes zeigt, dass unsere Stadtteilzentren vor enormen Herausforderungen stehen. Darüber hinaus wäre ein Sparen bei unseren Stadtteilzentren auch deshalb fatal, weil einmal verlorene Zentren nicht wieder reaktiviert werden können.

gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende

Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender

Tillmann Bollow

Sara Dahme

Dr. Maria Hackl

Celine Hirschka

Dejan Perc

Lucia Schanbacher

Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Streichung New Food Festival

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 810 Bürgermeisteramt.

Wir beantragen die Streichung aller für das New Food Festival erforderlichen Mittel.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	-22	0
Jahr 2	-22	0
Jahr 3	-25	0
Jahr 4	-25	0
Jahr 5	-25	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-liste enthalten)	
THH	810 Bürgermeisteramt
(Mitteilungs-) Vorlage	1110/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Die Region Stuttgart ist mit einem Strukturwandel konfrontiert, welcher bereits jetzt enorme Auswirkungen auf die Stadt hat. Angesichts dessen ist es erforderlich, Maßnahmen zu priorisieren, die kurzfristig wirksam sind und unmittelbar die Wirtschaft stärken. Wir sehen das Tätigkeitsfeld der Wirtschaftsförderung in den kommenden Jahren somit mehr im operativen Bereich. Dazu zählen etwa die Unterstützung bei Ansiedlungen, die Pflege von Unternehmensnetzwerken, der Abbau bürokratischer Hürden und die Förderung der Fachkräftegewinnung. Maßnahmen, deren Effekt erst mittel- und langfristig spürbar wird, können in der gegenwärtigen Lage nicht zur Lösung der akuten Herausforderungen beitragen.

Die Streichung des New Food Festivals ist somit eine notwendige Priorisierung zugunsten einer wirtschaftsnahen, pragmatischen und wirkungsorientierten Ausrichtung der städtischen Wirtschaftsförderung.

gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende

Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender

Tillmann Bollow

Sara Dahme

Dr. Maria Hackl

Celine Hirschka

Dejan Perc

Lucia Schanbacher

Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
SPD und Volt
Betreff
Streichung Green AI Day

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 810 Bürgermeisteramt.

Wir beantragen die Streichung aller für den Green AI Day erforderlichen Mittel.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	-40	0
Jahr 2	-50	0
Jahr 3	-50	0
Jahr 4	-50	0
Jahr 5	-50	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-liste enthalten)	
THH	810 Bürgermeisteramt
(Mitteilungs-) Vorlage	1110/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Die Region Stuttgart ist mit einem Strukturwandel konfrontiert, welcher bereits jetzt enorme Auswirkungen auf die Stadt hat. Angesichts dessen ist es erforderlich, Maßnahmen zu priorisieren, die kurzfristig wirksam sind und unmittelbar die Wirtschaft stärken. Wir sehen das Tätigkeitsfeld der Wirtschaftsförderung in den kommenden Jahren somit mehr im operativen Bereich. Dazu zählen etwa die Unterstützung bei Ansiedlungen, die Pflege von Unternehmensnetzwerken, der Abbau bürokratischer Hürden und die Förderung der Fachkräftegewinnung. Maßnahmen, deren Effekt erst mittel- und langfristig spürbar wird, können in der gegenwärtigen Lage nicht zur Lösung der akuten Herausforderungen beitragen.

Die Streichung des Green AI Day ist somit eine notwendige Priorisierung zugunsten einer wirtschaftsnahen, pragmatischen und wirkungsorientierten Ausrichtung der städtischen Wirtschaftsförderung.

gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende

Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender

Tillmann Bollow

Sara Dahme

Dr. Maria Hackl

Celine Hirschka

Dejan Perc

Lucia Schanbacher

Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
SPD und Volt
Betreff
Streichung Wirtschafts- und Innovationspreis

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 810 Bürgermeisteramt.

Wir beantragen die Streichung aller für den Wirtschafts- und Innovationspreis erforderlichen Mittel. Der in diesem Rahmen verliehene Inklusionspreis (25 TEUR in 2027) wird somit ebenfalls gestrichen.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	-186	0
Jahr 2	-211	0
Jahr 3	-186	0
Jahr 4	-186	0
Jahr 5	-186	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-Liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-Liste enthalten)	
THH	810 Bürgermeisteramt
(Mitteilungs-) Vorlage	1110/2025, 1013/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Die Region Stuttgart ist mit einem Strukturwandel konfrontiert, welcher bereits jetzt enorme Auswirkungen auf die Stadt hat. Angesichts dessen ist es erforderlich, Maßnahmen zu priorisieren, die kurzfristig wirksam sind und unmittelbar die Wirtschaft stärken. Wir sehen das Tätigkeitsfeld der Wirtschaftsförderung in den kommenden Jahren somit mehr im operativen Bereich. Dazu zählen etwa die Unterstützung bei Ansiedlungen, die Pflege von Unternehmensnetzwerken, der Abbau bürokratischer Hürden und die Förderung der Fachkräftegewinnung. Maßnahmen, deren Effekt erst mittel- und langfristig spürbar wird, können in der gegenwärtigen Lage nicht zur Lösung der akuten Herausforderungen beitragen.

Die Streichung des Wirtschafts- und Innovationspreis ist somit eine notwendige Priorisierung zugunsten einer wirtschaftsnahen, pragmatischen und wirkungsorientierten Ausrichtung der städtischen Wirtschaftsförderung.

gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende

Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender

Tillmann Bollow

Sara Dahme

Dr. Maria Hackl

Celine Hirschka

Dejan Perc

Lucia Schanbacher

Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Ehrenamtskarte einführen - aber richtig!

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 100 Haupt- und Personalamt.

Diese Mittel werden für die Sachkosten zur Einführung der landesweiten Ehrenamtskarte eingesetzt.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	20	0
Jahr 2	30	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-Liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-Liste enthalten)	
THH	100 Haupt- und Personalamt
(Mitteilungs-) Vorlage	0532/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Das bürgerschaftliche Engagement ist ein zentrales Fundament des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Stuttgart. Zahlreiche Ehrenamtliche tragen in Vereinen, Initiativen und Nachbarschaften dazu bei, dass die Stadt im Alltag funktioniert – in der Kinder- und Jugendarbeit, im Sport, in der Kultur und im sozialen Bereich. Mit der Einführung der landesweiten Ehrenamtskarte hat der Gemeinderat am 31. Juli 2025 ein wichtiges Zeichen der Anerkennung gesetzt. Damit die Karte ihre Wirkung entfalten kann, bedarf es einer angemessenen Ausstattung für Öffentlichkeitsarbeit, Gestaltung und Ausgabe. Nur wenn das Angebot bekannt ist und unbürokratisch umgesetzt wird, kann die Ehrenamtskarte die Anerkennungskultur in Stuttgart sichtbar stärken. Eine Evaluation im Jahr 2027 soll die Maßnahme im Hinblick auf Reichweite, Nutzung und Anerkennungseffekt überprüfen und damit eine Grundlage für die Weiterentwicklung schaffen. So wird gesichert, dass die Ehrenamtskarte nicht symbolisch bleibt, sondern einen spürbaren Beitrag zur Förderung des Ehrenamts und zur Stärkung der sozialen Infrastruktur leistet.

*Gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Gesunde Verwaltung statt Prämienlogik – Betriebliches Gesundheitsmanagement stärken

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 100 Haupt- und Personalamt.

Damit wird das Budget für das Betriebliche Gesundheitsmanagement in der vollen angemeldeten Höhe bereitgestellt. Das Mitarbeitendenempfehlungsprogramm in Höhe von 200 TEUR wird im Gegenzug eingestellt.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	175	0
Jahr 2	175	0
Jahr 3	175	0
Jahr 4	175	0
Jahr 5	175	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-Liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-Liste enthalten)	
THH	100 Haupt- und Personalamt
(Mitteilungs-) Vorlage	1040/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations-einheit bzw. Stellen-nummer	Funktions-bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW-Vermerk <b>bisher</b>	KW-Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Eine leistungsfähige Verwaltung braucht gesunde, motivierte und langfristig beschäftigungsfähige Mitarbeitende. Vor dem Hintergrund steigender Belastungen in vielen Bereichen, wachsender Fachkräfteengpässe und eines zunehmenden Krankenstands ist das Betriebliche Gesundheitsmanagement (BGM) ein zentraler Bestandteil nachhaltiger Personalpolitik. Die im Verwaltungsentwurf vorgesehene Kürzung des BGM-Budgets von 675 TEUR auf 300 TEUR würde diese strategisch wichtige Aufgabe erheblich schwächen. Prävention, Gesundheitsförderung und psychosoziale Unterstützung sind keine „freiwilligen Extras“, sondern Voraussetzung für eine funktionierende Verwaltung. Sie tragen unmittelbar zur Senkung von Fehlzeiten, zur Erhöhung der Arbeitszufriedenheit und damit zur Sicherung der Handlungsfähigkeit der Stadt bei. Die Abschaffung des Mitarbeitendenempfehlungsprogramms ist eine bewusste Priorisierung begrenzter Ressourcen unsererseits. Während dieses Programm punktuell Anreize für Neueinstellungen setzt, stärkt das BGM dauerhaft die Beschäftigungsfähigkeit und das Wohlbefinden der gesamten Belegschaft.

*Gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Wohnen für Auszubildende – Fachkräfte von morgen stärken

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 100 Haupt- und Personalamt.

Die bereitgestellten Mittel sollen zur Ausweitung des Azubis-Wohnens verwendet werden.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	343	0
Jahr 2	135	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-Liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-Liste enthalten)	
THH	100 Haupt- und Personalamt
(Mitteilungs-) Vorlage	1040/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations-einheit bzw. Stellen-nummer	Funktions-bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW-Vermerk <b>bisher</b>	KW-Vermerk <b>neu</b>
635	1,0		10-5.22	Sachbearbeiter/-in	EG9a		

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Die Gewinnung und Bindung junger Fachkräfte ist eine zentrale Herausforderung für die Stadtverwaltung. Insbesondere für Auszubildende stellt der Mangel an bezahlbarem Wohnraum in Stuttgart ein erhebliches Hemmnis dar, das den Zugang zu Ausbildung und die Entscheidung für den Verbleib bei der Stadt erschwert. Bereits bestehende Wohnangebote – etwa WG-Zimmer für Auszubildende – reichen nicht aus, um den steigenden Bedarf zu decken. Nach Einschätzung der Verwaltung werden zusätzliche rund 75 Wohnplätze benötigt, um jungen Beschäftigten einen fairen Start zu ermöglichen und die Attraktivität der Stadt als Ausbildungsarbeitgeberin zu sichern.

### Gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

## Haushaltsantrag (Anfrage)

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
--

SPD und Volt
--------------

Betreff
---------

Forderungen der Gesamt-Jugend- und Auszubildendenvertretung (GJAV)
--

### Antrag

Die Gesamt-Jugend- und Auszubildendenvertretung (GJAV) der Landeshauptstadt Stuttgart hat im Rahmen des Doppelhaushalts 2026/2027 mehrere Forderungen vorgebracht, die auf eine Verbesserung der Ausbildungsbedingungen und eine stärkere Interessenvertretung der Nachwuchskräfte zielen.

Konkret betrifft dies:

- die Angleichung der dual Studierenden an den TVAöD, insbesondere durch die Erstattung von Wohn- und Fahrtkosten, Verpflegungsmehraufwand sowie eine Abschlussprämie nach § 17 TVAöD.
- die 100% Freistellungsanteile für die Gesamt-Jugend- und Auszubildendenvertretung zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

Die GJAV schlägt zur Gegenfinanzierung insbesondere vor, künftig das Deutschland-Ticket JugendBW zu nutzen, wodurch jährliche Einsparungen von rund 125.000 bis 135.000 Euro erzielt werden könnten.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Verwaltung um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie bewertet die Verwaltung die von der GJAV vorgebrachten Forderungen im Hinblick auf Personalentwicklung, Ausbildungsqualität und Arbeitgeberattraktivität der Stadt?
2. Wie schätzt die Verwaltung die Höhe der veranschlagten Mehrkosten (insbesondere 77.855 € jährlich für die Gleichstellung der dual Studierenden) ein – sind diese nachvollziehbar?
3. Wie bewertet die Verwaltung den Finanzierungsvorschlag durch die Umstellung auf das Deutschland-Ticket JugendBW?
4. Wäre diese Umstellung kurzfristig umsetzbar, und welche administrativen Anpassungen wären dafür erforderlich?
5. Plant die Verwaltung, einzelne Forderungen der GJAV bereits im Stellen- oder Haushaltsplan 2026/2027 zu berücksichtigen oder zu prüfen?
6. Wie positioniert sich die Verwaltung grundsätzlich zur Forderung einer Freistellung (1,0 VZÄ) für die GJAV?

*Gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow

Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

THH	100 Haupt- und Personalamt
Seite Anmelde-Liste (wenn vorhanden)	
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

**Haushaltsantrag (Anfrage)**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
SPD und Volt
Betreff
Steigende Portokosten trotz Digitalisierung?

**Antrag**

Die Verwaltung geht in den kommenden Haushaltsjahren von deutlich steigenden Portokosten aus und kalkuliert für 2026 eine Erhöhung um 8 % sowie für 2027 um weitere 5 %. Begründet wird dies mit allgemeinen Preissteigerungen infolge von Mindestloohnerhöhungen, CO p.a. anerkannt. Vor dem Hintergrund der fortschreitenden Digitalisierung der Verwaltung und der erklärten Zielsetzung, papierbasierte Verfahren schrittweise zu reduzieren, stellt sich die Frage, inwieweit diese Entwicklung haushalterisch berücksichtigt und in die Kostenprognose einbezogen wurde.

**Wir bitten daher um Beantwortung folgender Punkte:**

1. In welchem Umfang wurden die bestehenden postalischen Kommunikationswege bereits durch digitale Verfahren ersetzt?
2. Welche Einsparpotenziale ergeben sich mittelfristig aus der Umsetzung der Digitalstrategie der Landeshauptstadt im Bereich Post- und Versanddienste?
3. Wurde bei der Berechnung des Mehrbedarfs geprüft, ob eine Reduzierung des postalischen Versandvolumens – etwa durch konsequentere Nutzung digitaler Kanäle – die prognostizierten Preissteigerungen teilweise kompensieren könnte?
4. Plant die Verwaltung, die steigenden Portokosten als Anreiz für eine beschleunigte Umstellung auf Versandmöglichkeiten zu nutzen?

*Gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
 Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
 Tillmann Bollow  
 Sara Dahme  
 Dr. Maria Hackl  
 Celine Hirschka  
 Dejan Perc  
 Lucia Schanbacher  
 Clara Streicher

THH	100 Haupt- und Personalamt
Seite Anmelde-Liste (wenn vorhanden)	
(Mitteilungs-) Vorlage	1040/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Haushaltsantrag (Anfrage)

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Führung in der Stadtverwaltung – Umgang mit Leitungsspannen und fehlender Berücksichtigung im Haushaltsentwurf

### Antrag

Im Rahmen der Stellenplananträge für den Doppelhaushalt 2026/2027 haben zahlreiche Ämter und Dienststellen auf zu hohe Leitungsspannen hingewiesen und entsprechende Anträge zur Schaffung zusätzlicher Führungsstellen oder Stellvertretungen gestellt. Diese wurden im Verwaltungsentwurf vielfach nicht berücksichtigt. Führung ist jedoch ein zentraler Faktor für die Funktionsfähigkeit und Motivation in einer Organisation. Eine zu hohe Leitungsspanne erschwert sowohl die Personalführung als auch die Steuerung fachlicher Aufgaben und wirkt sich negativ auf Qualität, Kommunikation und Belastung der Mitarbeitenden aus.

In den vergangenen Jahren hat sich die Stadtverwaltung intensiv mit der Thematik der Leitungsspannen befasst und daraus organisatorische Konsequenzen gezogen. Es stellt sich nun die Frage, wie die Verwaltung mit den bisherigen Erkenntnissen und Grundsätzen umgehen will, wenn diese aus finanziellen Gründen nicht mehr angewandt werden.

### **Vor diesem Hintergrund bitten wir die Verwaltung um Beantwortung folgender Fragen:**

1. Wie bewertet die Verwaltung die aktuellen Leitungsspannen in den Ämtern – insbesondere in jenen Bereichen, die entsprechende Stellenplananträge gestellt hatten?
2. Welche fachlichen und organisatorischen Risiken sieht die Verwaltung darin, dass beantragte Führungsstellen im Haushaltsentwurf nicht berücksichtigt wurden?
3. Wie beabsichtigt die Verwaltung künftig mit dem Thema Führungsspannen und Leitungsstrukturen umzugehen?
4. Wird es eine übergreifende Strategie geben, um die Führungskultur trotz eingeschränkter Ressourcen weiterzuentwickeln und zu stärken?
5. Wie kann gewährleistet werden, dass das Thema Führung und Leitung nicht hinter kurzfristige Konsolidierungsinteressen zurücktritt?

*Gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
 Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
 Tillmann Bollow  
 Sara Dahme  
 Dr. Maria Hackl  
 Celine Hirschka  
 Dejan Perc  
 Lucia Schanbacher  
 Clara Streicher

THH	100 Haupt- und Personalamt 170 Amt für Digitalisierung, Organisation und IT
Seite Anmelde-Liste (wenn vorhanden)	
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Haushaltsantrag (Anfrage)

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Höhergruppierung von Sekretariats- und Schulsekretariatsstellen – Stand der Umsetzung

### Antrag

Im Rahmen der Beratungen zum Doppelhaushalt 2024/2025 wurde die Verwaltung beauftragt, sich mit einer zeitgemäßen Bewertung und möglichen Höhergruppierung der Sekretariats- und Schulsekretariatsstellen zu befassen. Ziel war es, die Eingruppierung dieser zentralen Funktionen an die veränderten Anforderungen, Aufgabenvielfalt und Verantwortung anzupassen. Diese Stellen bilden das organisatorische Rückgrat zahlreicher Ämter, Schulen und Verwaltungsbereiche und sind für den reibungslosen Ablauf des täglichen Betriebs unverzichtbar.

**Vor diesem Hintergrund bitten wir die Verwaltung um Beantwortung folgender Fragen:**

1. Wurde der Auftrag aus den Haushaltsberatungen 2024/2025 umgesetzt und eine entsprechende Prüfung oder Bewertung durchgeführt?
2. Zu welchem Ergebnis ist die Verwaltung hinsichtlich der Eingruppierung der Sekretariats- und Schulsekretariatsstellen gekommen?
3. Wie soll mit den Ergebnissen der Prüfung weiter verfahren werden, insbesondere im Hinblick auf die Haushaltsplanung 2026/2027?

*Gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

THH	170 Amt für Digitalisierung, Organisation und IT 400 Schulverwaltungsamt
Seite Anmelde­liste (wenn vorhanden)	
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

**Haushaltsantrag (Anfrage)**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
SPD und Volt
Betreff
Digitalisierung in den Fachämtern

**Antrag**

Im Stellenplan des Amtes für Digitalisierung, Organisation und IT finden sich etliche Stellen, die beispielsweise für die Einführung der E-Akte notwendig sind. Aufseiten der Fachämter fehlen hingegen die erwarteten Stellen zur örtlichen und fachlichen Umsetzung. Digitalisierung kann nur dann reibungslos, effektiv umgesetzt werden, wenn sowohl auf der Seite des zentralen Amtes DO.IT wie auch auf der fachlichen Gegenseite Personen vorhanden sind, die die Implementierung begleiten können. Wir fragen daher, ob gewährleistet ist, dass für die geplanten Digitalisierungsvorhaben, für die bei DO.IT Stellen geschaffen werden sollen, auch die passenden Stellen bei den Fachämtern vorhanden sind oder geschaffen werden.

*gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
 Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
 Tillmann Bollow  
 Sara Dahme  
 Dr. Maria Hackl  
 Celine Hirschka  
 Dejan Perc  
 Lucia Schanbacher  
 Clara Streicher

THH	170 Amt für Digitalisierung, Organisation und IT
Seite Anmelde-Liste (wenn vorhanden)	
(Mitteilungs-) Vorlage	0683/2025 MV HH
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

**Haushaltsantrag (Anfrage)**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Mittelabflussprognose beim Amt für Digitalisierung, Organisation und IT

**Antrag**

In der Vorlage des Amtes zeigt sich, dass es doch zu erheblichen Verzögerungen im Mittelabfluss kommt. So gibt es beispielsweise merkliche Umsetzungsverzögerungen beim WLAN-Ausbau - und bei Digital MoveS notwendige Ermächtigungsübertragungen in Höhe von über 32 Millionen Euro. Bei knapp 58 % geschaffenen, aber nicht besetzten Stellen (ca. 50), verwundert es nicht, dass Projekte später realisiert und verschoben werden müssen. Daher fragen wir, mit welcher Mittelabflussprognose beim Amt für Digitalisierung, Organisation und IT in den kommenden beiden Jahren realistischerweise gerechnet werden muss.

*gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
 Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
 Tillmann Bollow  
 Sara Dahme  
 Dr. Maria Hackl  
 Celine Hirschka  
 Dejan Perc  
 Lucia Schanbacher  
 Clara Streicher

THH	170 Amt für Digitalisierung, Organisation und IT
Seite Anmelde-Liste (wenn vorhanden)	
(Mitteilungs-) Vorlage	0683/2025 MV HH
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Verschiebung der Einführung einer Privileged-Access-Management-Lösung (PAM)

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 170 Amt für Digitalisierung, Organisation und IT.

Wir beantragen die Verschiebung der Einführung einer Privileged-Access-Management-Lösung (PAM) um zwei Jahre.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	-1060	0
Jahr 2	-900	0
Jahr 3	1060	0
Jahr 4	900	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-Liste (Rote Liste) enthalten	Ja
Seite (wenn in Anmelde-Liste enthalten)	
THH	170 Amt für Digitalisierung, Organisation und IT
(Mitteilungs-) Vorlage	0683/2025 MV HH
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Derzeit werden administrative Rechte auf Windows-Clients manuell mit Systemwerkzeugen für berechtigte User (bspw. IuK-Koordinatoren, Client Betreuer, zentrale IT, Applikationsverantwortliche und Entwicklung) dauerhaft in dedizierten Bereichen eingerichtet und vorgehalten. Die Einführung einer Privileged-Access-Management-Lösung (PAM) bietet hierfür eine komfortablere und bessere Lösung. Die aktuelle Lösung funktioniert freilich, ist erprobt und gelernt, so dass eine Verschiebung um zwei Jahre vertretbar erscheint.

Gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Verschiebung Smart-City-Plattform

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 170 Amt für Digitalisierung, Organisation und IT.

Wir beantragen die Verschiebung des Projektes Smart-City-Plattform um zwei Jahre.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	-500	0
Jahr 2	-600	0
Jahr 3	500	0
Jahr 4	600	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-Liste (Rote Liste) enthalten	Ja
Seite (wenn in Anmelde-Liste enthalten)	
THH	170 Amt für Digitalisierung, Organisation und IT
(Mitteilungs-) Vorlage	0683/2025 MV HH
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Mit der Smart-City-Plattform sollen Daten aus verschiedenen Anwendungen genutzt und diese z. B. in Dashboards sichtbar, verständlich und steuerbar gemacht werden. Sie stellt nicht nur Informationen dar (z. B. Verkehrsströme), sondern verknüpft Daten, um neue Anwendungen wie Warnmeldungen oder steuernde Funktionen (z. B. Zugangskontrollen) zu ermöglichen.

Angesichts der Vielzahl an Themen und Projekten im Amt DO.IT ist es aus unserer Sicht sinnvoll und vertretbar, eine Repriorisierung vorzunehmen. Es müssen erst wesentliche Meilensteine und Verbesserungen bei den bürgernahen Themen wie E-Akte erreicht werden, so dass sinnvolle, aber weder wichtige noch dringliche Themen wie die Smart-City-Plattform um zwei Jahre geschoben werden können.

*gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
SPD und Volt
Betreff
Reduzierte Fortführung des Kulturpass für Jugendliche

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 410 Kulturamt.

Das **Projekt „Kulturpass“** wird in den Haushaltsjahren **2026 und 2027** fortgeführt.

Für den **Kulturpass für Jugendliche** werden folgende Mittel bereitgestellt:

- **2026: 185.000 €**
- **2027: 155.000 €**

Die bisherige individuelle Fördersumme, die Jugendliche durch den Kulturpass erhalten, wird dabei **um 50 % reduziert**, um eine **nachhaltige Weiterführung und Ausweitung des Projekts** zu ermöglichen.

Die Verwaltung wird beauftragt, das Konzept des Kulturpasses fortzuschreiben und die bestehenden **Kooperationsnetzwerke zwischen Kulturinstitutionen, Bildungseinrichtungen und Jugendarbeit** weiter auszubauen.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	185	0
Jahr 2	155	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-liste enthalten)	
THH	410 Kulturamt
(Mitteilungs-) Vorlage	1019/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations-einheit bzw. Stellen-nummer	Funktions-bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW-Vermerk <b>bisher</b>	KW-Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

## Begründung/Erläuterung

### 1. Bedeutung des Kulturpasses für Jugendliche

Das Projekt **Kulturpass – Kultur für alle!** hat sich in den vergangenen zwei Jahren als **erfolgreiches Instrument der kulturellen Teilhabe** etabliert.

Es ermöglicht Jugendlichen, **niedrigschwellig Zugang zu kulturellen Angeboten** zu erhalten – unabhängig von sozialem oder finanziellem Hintergrund.

Gerade junge Menschen, die sonst **kaum oder gar keinen Kontakt zu Kulturinstitutionen** haben, werden durch den Kulturpass erreicht.

Das Projekt hat gezeigt, dass **kulturelle Bildung und soziale Inklusion** durch gezielte Förderung wirksam zusammengeführt werden können.

Damit ist der Kulturpass ein zentraler Baustein der **Kulturpolitik für Jugendliche** in Stuttgart.

### 2. Notwendigkeit der Weiterführung

Die bisherige Förderung läuft 2025 aus.

Um den **Fortbestand des erfolgreichen Projekts** zu sichern, ist eine Weiterführung in den kommenden Haushaltsjahren notwendig.

Der Kulturpass hat **nachhaltige Strukturen und Netzwerke** geschaffen – zwischen Jugendlichen, Schulen, Jugendhäusern und den Stuttgarter Kulturinstitutionen.

Ein Abbruch der Förderung würde nicht nur diese Kontakte und Vertrauensstrukturen zerstören, sondern auch die bisherige **Aufbauarbeit zur Vermittlung kultureller Teilhabe** zunichtemachen.

Das Projekt braucht daher weiterhin Unterstützung, um die **Kontinuität und Wirksamkeit der geschaffenen Strukturen** zu gewährleisten.

### 3. Anpassung der Fördersumme pro Person

Mit der geplanten **Reduzierung der individuellen Fördersumme um 50 %** soll die **Reichweite des Projekts** erhalten und gleichzeitig der Haushalt entlastet werden. Die Maßnahme ermöglicht, dass weiterhin eine große Zahl von Jugendlichen vom Kulturpass profitieren kann – trotz reduzierter Einzelzuwendung.

Diese Anpassung stellt sicher, dass der **soziale und bildungspolitische Zweck** des Kulturpasses gewahrt bleibt, während die Mittel **zielgerichtet, effizient und gerecht verteilt** werden.

So bleibt der Kulturpass ein wirksames Werkzeug, um **Kultur als Bestandteil jugendlicher Lebensrealität** zu verankern.

---

### 4. Gesellschaftliche und kulturpolitische Bedeutung

Der Kulturpass stärkt:

- die **aktive kulturelle Teilhabe junger Menschen**,
- die **Bindung an kulturelle Institutionen** in der Stadt,
- und die **soziale Integration** durch gemeinsames Erleben von Kunst und Kultur.

Das Projekt unterstützt gleichzeitig die **nachhaltige Entwicklung der Stuttgarter Kulturlandschaft**, da Kulturinstitutionen neue, junge Zielgruppen erreichen und langfristig binden können.

Somit trägt der Kulturpass zur **sozialen Gerechtigkeit, kulturellen Vielfalt und generationenübergreifenden Solidarität** bei – zentrale Ziele einer modernen, inklusiven Stadtgesellschaft.

gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Ein Solidaritäts-Euro für die Kulturförderung

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 410 Kulturamt.

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den Städtischen Bühnen Stuttgart, allen Kulturorten, die Eintritt verlangen und städtisch gefördert sind, dem Kunstmuseum und den Staatstheatern Stuttgart ein Modell zur Einführung eines sogenannten „Solidaritäts-Euro“ pro verkauftem Ticket zu prüfen.

Die Prüfung soll insbesondere folgende Punkte umfassen:

**1. Modellgestaltung und technische Umsetzung**

- Möglichkeiten der automatisierten Erhebung eines Zuschlags in Höhe von 1,00 € pro verkauftem Ticket.
- Darstellung der rechtlichen Rahmenbedingungen (u. a. Preisgestaltung, Zustimmungspflichten, Umsatzsteuerrelevanz, Verwaltungsaufwand).
- Prüfung, ob der Solidaritäts-Euro als fester Bestandteil des Ticketpreises oder als freiwilliger Zuschlag ausgewiesen werden kann.

**2. Ertragsprognose und Mittelverwendung**

- Berechnung der möglichen jährlichen Einnahmen auf Grundlage der aktuellen Besucherzahlen der Staatstheater Stuttgart (Oper, Schauspiel, Ballett) und der städtischen Schauspielbühnen und Kulturinstitutionen die städtisch gefördert werden und Eintritt nehmen.
- Darstellung, wie diese Mittel zweckgebunden der städtischen Kulturförderkasse zufließen könnten.
- Entwicklung eines transparenten Verteilungsmodells zugunsten der freien Kunst- und Kulturszene Stuttgart (z. B. Förderung von Projekten, Räumen oder Strukturen).

**3. Kommunikations- und Akzeptanzstrategie**

- Konzept zur Kommunikation gegenüber Besucher\*innen und Öffentlichkeit (z. B. Solidaritätsbeitrag für die Vielfalt der Stuttgarter Kulturlandschaft).
- Einschätzung der Akzeptanz durch Publikum, Verwaltung, Bühnenleitung und Politik.

- Beispiele oder Best-Practice-Modelle anderer Städte (z. B. Solidaritätsfonds, Kulturförderabgaben).

Das Ergebnis der Prüfung ist im Rahmen der Haushaltsberatungen 2026/2027 vorzulegen.

*Gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
 Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
 Tillmann Bollow  
 Sara Dahme  
 Dr. Maria Hackl  
 Celine Hirschka  
 Dejan Perc  
 Lucia Schanbacher  
 Clara Streicher

### Finanzielle Auswirkungen

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	0	0
Jahr 2	0	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-Liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-Liste enthalten)	
THH	410 Kulturamt
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

## Begründung/Erläuterung

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
SPD und Volt-GS
Betreff
Fortführung des Programms „Kunst im öffentlichen Raum (KiöR)“

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 410 Kulturamt.

Für das Programm „Kunst im öffentlichen Raum (KiöR)“ werden für die Haushaltsjahre **2026** und **2027** jeweils **295.400 € pro Jahr** bereitgestellt.

Mit diesen Mitteln sollen insbesondere die folgenden Aufgaben gedeckt werden:

- Sicherung und Entwicklung der **Organisationsstruktur** des KiöR-Programms.
- Fortführung der begonnenen **Restaurierungs- und Erhaltungsprojekte** von Kunstwerken im öffentlichen Raum in Kooperation mit der Staatliche Akademie der Bildenden Künste Stuttgart.
- Pflege und Weiterentwicklung der neu erstellten **Webseite** zur Kunst im öffentlichen Raum und Schaffung digitaler Zugänge.
- Förderung kleinerer **Projekt- und Öffentlichkeitsformate**, um Kunst im Stadtraum sichtbar zu machen und die Teilhabe der Bevölkerung zu stärken.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	295,4	0
Jahr 2	295,4	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-liste enthalten)	
THH	410 Kulturamt

(Mitteilungs-) Vorlage	1019/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations-einheit bzw. Stellen-nummer	Funktions-bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW-Vermerk <b>bisher</b>	KW-Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

## Begründung/Erläuterung Bedeutung des Programms

Das Programm „Kunst im öffentlichen Raum (KiöR)“ hat sich in Stuttgart als zentraler Bestandteil der urbanen Kultur- und Stadtentwicklung etabliert. Der Fachbereich KiöR verfolgt das Ziel, den öffentlichen Raum der Stadt Stuttgart mit temporärer und permanenter Kunst zu beleben und damit Kunst und Kultur **für alle Teile der Stadtgesellschaft zugänglich** zu machen.

Kunst im öffentlichen Raum erfüllt mehrere Funktionen:

- Sie gestaltet das **städtische Erscheinungsbild** mit, fördert Identifikation und Verortung im Stadtraum.
- Sie dient als Ort des Austausches, der Begegnung und der freien ästhetischen Erfahrung im Alltag.
- Sie bietet Künstler\*innen die Möglichkeit zur öffentlichen Präsentation und trägt damit zur **Stärkung der freien Kunstszene** bei.

## Notwendigkeit der Budgetbereitstellung

Um das Programm nachhaltig und zukunftsorientiert fortzuführen, sind ausreichende Mittel erforderlich:

- Die Organisationsstruktur muss gesichert bleiben, damit Projekte effizient umgesetzt und Netzwerke gepflegt werden können.
- Der Bestand an Kunstwerken im öffentlichen Raum benötigt **regelmäßige Pflege und Restaurierung**, insbesondere in Kooperation mit der Akademie der Bildenden Künste.
- Die neue Webseite und digitale Zugänge müssen weiter gepflegt werden, damit *Bürgerinnen, Künstlerinnen* und Interessierte den Stadtraum aktiv wahrnehmen und Kunst im öffentlichen Raum nutzen können.

- Kleinere Projekte und Öffentlichkeitsformate sind wichtig, um Kunst im Alltag sichtbar zu machen, die Stadtgesellschaft einzubeziehen und Teilhabe zu fördern.

Ein Rückgang der Mittel oder ein Wegfall des Programms würde die Sichtbarkeit von Kunst im Stadtraum schwächen, die strukturelle Unterstützung der Szene gefährden und die Möglichkeit von Kultur im öffentlichen Raum für breite Bevölkerungsschichten vermindern.

### **Kultur- und stadtentwicklungspolitische Relevanz**

Die Fortführung des KiöR-Programms entspricht den kulturpolitischen Leitlinien der Stadt Stuttgart: Förderung von städtischer Kunst- und Kulturlandschaft, Teilhabe der Bevölkerung, Sichtbarkeit von Kunst im Alltag und innovative Nutzung des öffentlichen Raums. Gleichzeitig leistet sie einen Beitrag zur nachhaltigen Stadtentwicklung, indem Kunst und Kultur als integraler Bestandteil des Lebensraums Stadt verankert bleiben.

gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
SPD und Volt
Betreff
Fortführung der Finanzierung der Stadtteulfeste in Stuttgart

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 410 Kulturamt.

Für die Haushaltsjahre **2026** und **2027** werden jeweils **150.000 € pro Jahr** bereitgestellt zur Förderung der Stadtteulfeste in Stuttgart.

Die Mittel dienen zur Unterstützung der Organisation, Durchführung und Infrastruktur (z. B. Bühne, Technik, Organisation) von Stadtteil- und Nachbarschaftsfesten in den Stadtbezirken. Ziel ist es, durch diese Förderung das **gesellschaftliche Zusammenkommen**, die **kulturelle Teilhabe** und den **politisch-demokratischen Zusammenhalt** im Stadtteil zu stärken.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	150	0
Jahr 2	150	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-liste enthalten)	
THH	410 Kulturamt
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations-einheit bzw. Stellen-nummer	Funktions-bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW-Vermerk <b>bisher</b>	KW-Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

## Begründung/Erläuterung

Stadtteilfeste in Stuttgart tragen wesentlich zur **Lebendigkeit der Stadtteile** bei: Sie machen Kultur vor Ort sichtbar, ermöglichen Begegnung zwischen Menschen verschiedener Herkunft, Altersgruppen und sozialer Hintergründe. Stadtteilfeste sind Plattform für **Nachbarschaft, Integration, Gemeinschaft und demokratisches Miteinander**.

## Gesellschaftlicher und demokratischer Mehrwert

- **Begegnung / Teilhabe:** Stadtteilfeste schaffen offene Räume, in denen Menschen sich treffen, ins Gespräch kommen und gemeinsam feiern können – ein wichtiger Beitrag zu sozialer Kohäsion.
- **Identifikation mit dem Stadtteil & der Stadt:** Feste im Quartier führen zur Stärkung von Gemeinschaftsgefühl und Identifikation mit dem Wohnort. Das Bohnenviertelfest, z. B., ist „zum Anziehungspunkt für viele Einwohner und Besucher/-innen Stuttgarts geworden und bildet eine feste Größe im Veranstaltungskalender.“ [das-bohnenviertelfest.de](http://das-bohnenviertelfest.de)
- **Demokratie und Engagement:** Stadtteilfeste bieten Raum für Beteiligung von Vereinen, Initiativen, Nachbarschaftsgruppen – und damit für gelebtes bürgerschaftliches Engagement. Das Beispiel Heschlach nennt explizit: „Tag der Initiativen und Vereine ... über 20 lokale Gruppen präsentierten sich mit Informationsständen, ...“ [N.A.D.R. - Aktuelle Nachrichten & News](#)
- **Barrierefreiheit und Zugänglichkeit:** Viele Stadtteilfeste sind kostenlos oder vermitteln ein niedrigschwelliges Angebot – damit tragen sie zur kulturellen Chancengleichheit und Teilhabe bei.
- **Stadt- und Quartiersentwicklung:** Feste fördern die Nutzung öffentlicher Räume, unterstützen Stadt- und Nachbarschaftsentwicklung und stärken das Miteinander im Stadtviertel. [N.A.D.R. - Aktuelle Nachrichten & News](#)

## Notwendigkeit der Förderung

Die beantragte Summe von **150.000 € jährlich** ist erforderlich, um sicherzustellen, dass Stadtteulfeste auch künftig in hoher Qualität und mit breiter Beteiligung stattfinden können. Ohne ausreichende Mittel ist zu befürchten, dass wichtige Förderstrukturen wegfallen – insbesondere Technik, Sicherheit, Organisationsaufwand und Barrierefreiheit könnten leiden. In Zeiten, in denen **digitale Distanz** und **soziale Segregation** zunehmen, gewinnen Formate des realen Zusammenkommens noch größere Bedeutung.

gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag (Anfrage)**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
SPD und Volt
Betreff
Opernsanierung ohne Interim?

**Antrag**

Der Oberbürgermeister hat in seiner Haushaltsrede davon gesprochen, dass die Sanierung der Württembergischen Staatstheater zu teuer sei; insbesondere das Interim müsse günstiger werden. Die Sanierung, jedenfalls in der bisherigen Planung, benötigt zwingend ein Interim, das für 10 und mehr Jahre genutzt werden kann. Was bedeutet die angesprochene Kostensenkung für das Interim konkret? Wo und wie sollen die Kosten reduziert werden?

*gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
 Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
 Tillmann Bollow  
 Sara Dahme  
 Dr. Maria Hackl  
 Celine Hirschka  
 Dejan Perc  
 Lucia Schanbacher  
 Clara Streicher

THH	410 Kulturamt
Seite Anmelde-Liste (wenn vorhanden)	
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Erhöhung der Förderung für das Hotel Silber Stuttgart

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 410 Kulturamt.

Antrag auf Erhöhung der institutionellen Förderung der Initiative Lern- und Gedenkort Hotel Silber um 29.500 € zur Deckung gestiegener Personal- und Sachkosten ab dem Haushaltsjahr 2026 sowie Rücknahme der vorgesehenen Haushaltskonsolidierungsbeiträge beim Hotel Silber in Höhe von 18 TEUR (2026) und 19 TEUR (2027).

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	48	0
Jahr 2	49	0
Jahr 3	30	0
Jahr 4	30	0
Jahr 5	30	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-Liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-Liste enthalten)	
THH	410 Kulturamt
(Mitteilungs-) Vorlage	1019/2025 MV HH
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations-einheit bzw. Stellen-nummer	Funktions-bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW-Vermerk <b>bisher</b>	KW-Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Das Hotel Silber ist ein zentraler Erinnerungs- und Lernort zur Geschichte der Polizei während der NS-Zeit sowie zur Nachgeschichte des Nationalsozialismus in Baden-Württemberg. Mit seinen vielfältigen Vermittlungs-, Bildungs- und Veranstaltungsformaten leistet das Haus einen wichtigen Beitrag zur historisch-politischen Bildung und Demokratieförderung.

In den vergangenen Jahren sind sowohl die **Personal- als auch die laufenden Veranstaltungs- und Sachkosten** kontinuierlich gestiegen. Besonders die Einhaltung tarifrechtlicher Standards, notwendige Anpassungen im Personalbereich und erhöhte Kosten im Veranstaltungsbetrieb führen derzeit zu einem **planerischen Defizit**.

Um die **kontinuierliche Arbeit des Hauses** zu sichern und auch in Zukunft ein qualitativ hochwertiges Programmangebot gewährleisten zu können, ist eine Erhöhung der Förderung notwendig.

---

### Finanzielle Darstellung

Für die Jahre **2026/2027** ergibt sich folgender Finanzbedarf:

- **Gesamter Personalbedarf pro Jahr:** 149.500 €  
(für eine Vollzeit-Geschäftsführung sowie zwei Teilzeitstellen, davon eine in Kooperation mit den Stuttgarter Stolperstein-Initiativen)
- **Bisherige Förderung:** 140.000 €
- **Erhöhungsbedarf gesamt:** 29.500 €

Mit dieser Erhöhung kann das Hotel Silber seine personellen Strukturen beibehalten und weiterhin tarifgerechte Bezahlung sowie nachhaltige Personalentwicklung gewährleisten.

---

## Zusammenfassung

Die beantragte Erhöhung der institutionellen Förderung um **insgesamt 29.500 € jährlich** auf dann 181.500 € dient der

- Sicherung der tarifgerechten Bezahlung des bestehenden Personals,
- Stabilisierung der Betriebsstruktur des Hauses,
- und dem Erhalt der inhaltlichen und programmatischen Qualität des Bildungsangebots.

gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

---

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Budget für die Stelle Erinnerungskultur – Förderung von Initiativen und Projekten

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 410 Kulturamt.

Für die **Stelle Erinnerungskultur** werden für die Haushaltsjahre **2026 und 2027 jeweils 25.000 €** als Budget zur Verfügung gestellt.

Die Mittel dienen der **Förderung kleinerer Projekte und Maßnahmen im Bereich Erinnerungskultur**, insbesondere:

- der **Umbenennung von Straßen und Plätzen** mit diskriminierender oder kolonialer Namenshistorie,
- der **Förderung solidarischer Erinnerungsarbeit** im öffentlichen Raum,
- und der **Öffentlichkeitsarbeit und Vermittlung**, damit die Projekte sichtbarer Teil des Stadtbildes und der Stadtgesellschaft werden.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	25	0
Jahr 2	25	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-Liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-Liste enthalten)	
THH	410 Kulturamt
(Mitteilungs-) Vorlage	1019/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations-einheit bzw. Stellen-nummer	Funktions-bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW-Vermerk <b>bisher</b>	KW-Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

## Begründung/Erläuterung

### 1. Bedeutung der Erinnerungskultur für die Stadtgesellschaft

Eine aktive **Erinnerungskultur** ist Grundlage demokratischer, solidarischer Stadtpolitik.

Sie sorgt dafür, dass die Geschichte der Stadt **sichtbar, zugänglich und kritisch reflektiert** wird – und dass **alle Teile der Gesellschaft** an dieser Auseinandersetzung teilhaben können.

In einer Zeit, in der gesellschaftliche Polarisierung, Diskriminierung und Geschichtsvergessenheit zunehmen, ist die **Förderung solidarischer Erinnerungspolitik** von besonderer Bedeutung.

Erinnerungskultur ist kein rückwärtsgewandtes Projekt, sondern ein **sozialer und zukunftsorientierter Prozess**, der Fragen von **Gerechtigkeit, Teilhabe und Sichtbarkeit** verhandelt.

---

### 2. Notwendigkeit der Budgetierung

Die Stelle **Erinnerungskultur** der Stadt Stuttgart hat sich als wichtige Koordinations- und Vernetzungsinstanz etabliert.

Um kleinere, aber gesellschaftlich wirksame Projekte umzusetzen, benötigt sie ein eigenständiges, flexibles Budget.

Mit einem jährlichen Budget von **25.000 €** können insbesondere gefördert werden:

- **Projekte zur Umbenennung und Kontextualisierung** von Straßen und Plätzen,
- **lokale Gedenk- und Erinnerungsinitiativen** (z. B. zu kolonialen Spuren, NS-Opfern oder migrantischer Geschichte),
- **künstlerische und partizipative Formate** im öffentlichen Raum,

- **Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikationsmaßnahmen**, um die Projekte sichtbar und begreifbar zu machen.

Diese Maßnahmen stärken den **solidarischen und inklusiven Charakter** der Stuttgarter Stadtgesellschaft.

---

### 3. Soziale und solidarische Dimension

Erinnerungskultur ist ein zentraler Bestandteil sozialer Verantwortung: Sie schafft **Bewusstsein für historische Kontinuitäten von Ausgrenzung und Ungleichheit** und setzt Zeichen für eine **gerechte, vielfältige und respektvolle Stadtgemeinschaft**.

Ein kommunales Budget in diesem Bereich ermöglicht es, **zivilgesellschaftliches Engagement** zu unterstützen und **kooperative Formen des Erinnerns** zu fördern – mit besonderem Fokus auf marginalisierte Perspektiven.

So werden auch Gruppen sichtbar, deren Geschichten bislang im öffentlichen Raum kaum vorkommen.

Die Förderung steht damit ausdrücklich im Zeichen einer **solidarischen und sozialen Stadtpolitik**, die Erinnerung als Teil gelebter Demokratie versteht.

---

### 4. Kulturpolitische Einordnung

Das Budget für die Stelle Erinnerungskultur ergänzt bestehende Strukturen der städtischen Gedenk- und Kulturarbeit und stärkt die Schnittstellen zu:

- **Kulturamt, Stadtarchiv und Stadtmuseum,**
- **zivilgesellschaftlichen Initiativen und Bildungsprojekten,**
- **sowie lokalen Akteur\*innen aus Kunst, Wissenschaft und Stadtentwicklung.**

gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Weiterführung des Stuttgarter Modells für eine Ausstellungsvergütung (AGV)

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 410 Kulturamt.

Das **Stuttgarter Modell der Ausstellungsvergütung (AGV)** wird für die Haushaltsjahre **2026 und 2027** fortgeführt.

Hierfür werden **100.000 € pro Jahr** bereitgestellt.

Die Mittel sind für die **Auszahlung von Ausstellungshonoraren an bildende Künstler\*innen** vorgesehen und können von **institutionell geförderten Einrichtungen der Stadt Stuttgart** beantragt werden.

Die Verwaltung berichtet im Rahmen der Haushaltsberatungen 2028/2029 über die Ergebnisse, Reichweite und Wirkung der Maßnahme.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	100	0
Jahr 2	100	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-Liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-Liste enthalten)	
THH	410 Kulturamt
(Mitteilungs-) Vorlage	1019/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations-einheit bzw. Stellen-nummer	Funktions-bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW-Vermerk <b>bisher</b>	KW-Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

## Begründung/Erläuterung

### 1. Ziel und Bedeutung der Ausstellungsgrundvergütung (AGV)

Die **Ausstellungsgrundvergütung (AGV)** wurde im Rahmen des sogenannten „**Stuttgarter Modells**“ eingeführt, um einen lang bestehenden Missstand in der Vergütungspraxis der Bildenden Kunst zu beheben:

Bildende Künstler\*innen stellen ihre Werke häufig **ohne angemessene Bezahlung** aus, obwohl sie erhebliche Arbeits-, Produktions- und Präsentationsleistungen erbringen.

Mit der AGV wurde erstmals ein **gerechtes Vergütungsmodell** etabliert, das es institutionell geförderten Einrichtungen ermöglicht, **Honorare für die künstlerische Leistung** ihrer ausstellenden Künstlerinnen zu beantragen und auszuzahlen. *Damit wurde ein wichtiges kulturpolitisches Signal gesetzt, das den Wert künstlerischer Arbeit anerkennt und die soziale Lage von Künstlerinnen spürbar verbessert hat.*

---

### 2. Wirkung der bisherigen Förderung

Die Einführung der AGV hat sich als **nachhaltig wirksames Förderinstrument** erwiesen.

Sie hat:

- zu einer **Verbesserung der Einkommenssituation** Bildender Künstler\*innen beigetragen,
- **faire Vergütungsstrukturen** in Ausstellungshäusern, Galerien und Projekträumen geschaffen,
- die **professionellen Standards** im Umgang mit künstlerischer Arbeit gestärkt,

- und das **kulturelle Angebot im Bereich der Bildenden Kunst** in Stuttgart langfristig bereichert.

Die Möglichkeit, Ausstellungshonorare zu beantragen, wird von den Institutionen der Stadt regelmäßig und zielgerichtet genutzt.

Ein Wegfall der AGV würde die **sozial und ökonomisch ohnehin prekäre Situation vieler Künstler\*innen** in Stuttgart deutlich verschlechtern und das gewachsene Vertrauen zwischen freier Kunstszene und Kulturverwaltung beeinträchtigen.

---

### 3. Notwendigkeit der Weiterführung

Die Weiterführung der AGV in Höhe von **100.000 € jährlich** ist erforderlich, um die **das Konstrukt aufrecht und sichtbar** zu erhalten.

Gerade im Kontext steigender Lebenshaltungs- und Produktionskosten ist eine **verlässliche Grundförderung** im Bereich der Bildenden Kunst von zentraler Bedeutung, um die Arbeitsfähigkeit von Künstler\*innen und Einrichtungen zu sichern.

Ein Aussetzen oder Wegfall dieser Förderung würde:

- zu einem **Rückschritt in der Honorarpraxis** führen,
  - die **Existenzsicherheit freischaffender Künstler\*innen** weiter schwächen,
  - und die **Vielfalt des künstlerischen Angebots** in Stuttgart nachhaltig beeinträchtigen.
- 

### 4. Kulturpolitische Einordnung

Die AGV steht im Einklang mit den kulturpolitischen Zielen der Stadt Stuttgart:

- **Faire Bezahlung von Künstler\*innen,**
- **Sicherung kultureller Teilhabe,**
- und **Stärkung der freien und institutionellen Kunstlandschaft.**

Sie ist ein bundesweit anerkanntes Modell für gute Kulturförderpraxis und wird in Fachkreisen als beispielhaft wahrgenommen.

Die Weiterführung des Modells bekräftigt Stuttgarts Anspruch, **Vorreiter für faire Arbeitsbedingungen in der Kunst** zu sein.

Zudem ist es eine ungemein wertschätzende Geste von Seiten der Landeshauptstadt gegenüber Künstler:innen.

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
SPD und Volt
Betreff
Erhöhung der Mittel für die vhs Stuttgart

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 410 Kulturamt.

Die Mittel für die Volkshochschule Stuttgart sollen im Haushalt 2026/2027 entsprechend der gesetzlich und tariflich bedingten Erhöhung der Personalkosten angepasst werden.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	1094	0
Jahr 2	1258	0
Jahr 3	1258	0
Jahr 4	1258	0
Jahr 5	1258	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-Liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-Liste enthalten)	
THH	410 Kulturamt
(Mitteilungs-) Vorlage	1019/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations-einheit bzw. Stellen-nummer	Funktions-bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW-Vermerk <b>bisher</b>	KW-Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Die Volkshochschule Stuttgart ist ein zentraler Bestandteil der städtischen Bildungslandschaft und leistet mit ihren Angeboten einen wichtigen Beitrag zur Weiterbildung, Integration und gesellschaftlichen Teilhabe. Um den laufenden Betrieb und die Personalstruktur stabil zu halten, ist eine Anpassung des städtischen Zuschusses erforderlich.

Die bisherige Zuschusshöhe deckt die tatsächlichen Kostensteigerungen nicht mehr ab. Insbesondere entstehen Mehrbedarfe durch:

- Miete für das Bildungshaus Neckarpark,
- erhöhte Nebenkosten im Treffpunkt Rotebühlplatz,
- den kommunalen Drittelanteil an den Tarifierhöhungen für das Personal.

Ohne eine entsprechende Zuschusserhöhung drohen Einschränkungen im Kursangebot und qualitative Einbußen in der Bildungsarbeit.

Die Sicherung dieser zentralen Bildungsinfrastruktur ist für die Stadt von strategischer Bedeutung. Eine Zuschusserhöhung im Doppelhaushalt 2026/2027 ist daher notwendig, um die steigenden Betriebs- und Personalkosten auszugleichen und die Arbeit der vhs Stuttgart auf stabile finanzielle Grundlagen zu stellen.

gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
SPD und Volt
Betreff
Weiterführung der Förderung des Stuttgarter Club Kollektivs e.V.

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 410 Kulturamt.

Die Förderung des **Stuttgarter Club Kollektivs e.V.** wird **fortgeführt** und in den kommenden Haushaltsjahren **2026 und 2027** sichergestellt.

Die jährliche Förderung erfolgt im Umfang **34.000 €** zur **Sicherung der Struktur, Koordination und Interessensvertretung der Club- und Livemusikszene** in Stuttgart.

Die Mittel sind zweckgebunden für:

- die **Koordinationsstelle** und Vereinsstruktur,
- **Kommunikations-, Vermittlungs- und Beratungsarbeit** für Clubs, Veranstalter\*innen und Kulturschaffende,
- sowie für die **Umsetzung kulturpolitischer Projekte** im Bereich Nachtkultur, Nachhaltigkeit und Lärmschutz.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	34	0
Jahr 2	34	0
Jahr 3	34	0
Jahr 4	34	0
Jahr 5	34	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-liste enthalten)	
THH	410 Kulturamt
(Mitteilungs-) Vorlage	1019/2025

Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

## Begründung/Erläuterung

### 1. Bedeutung des Club Kollektivs für die Stuttgarter Kulturlandschaft

Das **Stuttgarter Club Kollektiv e.V.** ist seit seiner Gründung 2019 eine **zentrale Interessenvertretung und Netzwerkstruktur** der Stuttgarter Club-, Veranstaltungs- und Livemusikszene.

Es bündelt die Anliegen von über 30 Clubs, Veranstalter\*innen, Spielstätten und Festivals, die gemeinsam einen erheblichen Beitrag zur **kulturellen Vielfalt, Lebensqualität und Attraktivität** der Stadt leisten.

Clubs und Livemusik-Spielstätten sind ein **relevanter Teil der städtischen Kulturlandschaft** – sie schaffen kulturelle Räume, fördern Nachwuchskünstler\*innen, generieren Wirtschaftskraft und beleben den öffentlichen Raum, insbesondere in den Abend- und Nachtstunden.

### 2. Notwendigkeit der Weiterführung der Förderung

Die bisherige Förderung ermöglichte den Aufbau einer **professionellen Koordinationsstruktur**, die Vermittlung zwischen Clubszene, Verwaltung, Politik und Anwohnerschaft sowie die Entwicklung von Konzepten zu:

- Lärmschutz und Nutzungskonflikten,
- nachhaltigem Veranstaltungsbetrieb,
- Awareness- und Sicherheitsstrukturen,
- und Kulturentwicklung im Bereich Nachtökonomie.

Diese Arbeit muss **kontinuierlich fortgeführt** werden, um das in den letzten Jahren Erreichte zu sichern und auszubauen.

Insbesondere in Zeiten veränderter Besucher\*innenstrukturen, steigender Energie- und Personalkosten sowie Nachwirkungen der Pandemie ist die **strukturelle Unterstützung** der Szene weiterhin notwendig.

Ohne eine Verstetigung der Förderung wäre das Club Kollektiv in seiner Arbeitsfähigkeit massiv eingeschränkt, und ein erheblicher Verlust an Netzwerk- und Vermittlungsstrukturen in der städtischen Kulturlandschaft zu befürchten.

### 3. Gesellschaftliche und kulturpolitische Bedeutung

Das Club Kollektiv leistet einen wichtigen Beitrag zu:

- **Nachhaltiger Stadtentwicklung** (z. B. Nutzungskonzepte für urbane Räume, Kooperationen mit Stadtplanung und Bauverwaltung),
- **Integration und Teilhabe junger Zielgruppen,**
- **Förderung von Diversität, Inklusion und Gleichstellung** im Nachtleben,
- sowie der **Sicherung von Kulturräumen** in einem zunehmend angespannten Immobilienmarkt.

Es wirkt als **Brücke zwischen Kultur, Verwaltung, Wirtschaft und Stadtgesellschaft** und stärkt die Position der freien, popkulturellen und subkulturellen Akteure.

### 4. Perspektive und Zielsetzung

Mit der Weiterführung der Förderung sollen insbesondere folgende Ziele verfolgt werden:

- Ausbau der Kooperation mit der Stadtverwaltung im Bereich **Nachtmanagement** und **Raumsicherung,**
- Entwicklung von **nachhaltigen Betriebsmodellen** (Energie, Lärmschutz, Awareness),
- Stärkung der **kommunalen Kulturpolitik im Bereich Club- und Popkultur,**
- Förderung von **Sichtbarkeit und Anerkennung** der Clubkultur als bedeutenden Bestandteil der urbanen Kultur.

gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Erhöhung der institutionellen Förderung für den Verein Freunde der Weißenhofsiedlung e.V. anlässlich des IBA'27-Festivals und des 100-jährigen Jubiläums der Weißenhofsiedlung im Jahr 2027

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 410 Kulturamt.

Die institutionelle Förderung für den **Verein Freunde der Weißenhofsiedlung e.V.** wird für die kommenden Haushaltsjahre wie folgt angepasst:

- **2026:** Erhöhung um **55.000 €**
- **2027:** Erhöhung um **120.000 €**

Die Mittel sind zweckgebunden für die **inhaltliche und organisatorische Vorbereitung sowie Durchführung der Jubiläumsaktivitäten** im Rahmen des **100-jährigen Bestehens der Weißenhofsiedlung** und des **IBA'27-Festivals**.

Der Verein legt der Verwaltung jährlich einen **Verwendungs- und Wirkungsbericht** vor.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	55	0
Jahr 2	120	0
Jahr 3	20	0
Jahr 4	20	0
Jahr 5	20	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-Liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-Liste enthalten)	
THH	410 Kulturamt
(Mitteilungs-) Vorlage	1019/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

## Begründung/Erläuterung

### 1. Bedeutung der Weißenhofsiedlung

Die **Weißenhofsiedlung Stuttgart** gilt als eines der international bedeutendsten Ensembles der klassischen Moderne und ist ein **zentrales kulturhistorisches Wahrzeichen der Stadt Stuttgart**.

Der Verein **Freunde der Weißenhofsiedlung e.V.** engagiert sich seit vielen Jahren erfolgreich für den **Erhalt, die Vermittlung und die kulturelle Zugänglichkeit** dieses einzigartigen Bau- und Kulturerbes.

Er betreibt das **Weißenhofmuseum im Haus Le Corbusier**, organisiert Führungen, Ausstellungen, Publikationen und Bildungsformate und trägt damit wesentlich zur internationalen Wahrnehmung Stuttgarts als Architekturstadt bei. Der Verein wird zudem in Kooperation mit dem Stadt Palais das Besucherinformationszentrum bedienen.

### 2. 100 Jahre Weißenhofsiedlung (1927 – 2027)

Im Jahr **2027 feiert die Weißenhofsiedlung ihr 100-jähriges Bestehen**.

Das Jubiläum ist von **herausragender kulturhistorischer und stadtgesellschaftlicher Bedeutung** und wird national wie international große Aufmerksamkeit erfahren.

Es bietet die Gelegenheit, den Diskurs über **Architektur, Wohnen, Stadtentwicklung und Moderne im 21. Jahrhundert** neu zu beleben und an die Visionen der Bauausstellung von 1927 anzuknüpfen.

Die „Freunde der Weißenhofsiedlung e.V.“ übernehmen dabei eine **zentrale kuratorische, organisatorische und kommunikative Rolle**.

Sie entwickeln gemeinsam mit Partnerinstitutionen (u. a. IBA'27, Staatliche Akademie der Bildenden Künste, Stadtmuseum Stuttgart) ein umfassendes Programm aus:

- Ausstellungen, Interventionen und Symposien,
- internationalen Kooperationen im Kontext der IBA'27,
- Vermittlungsformaten und Führungen für Schulen, Fachpublikum und breite

Öffentlichkeit.

### 3. Verbindung zur Internationalen Bauausstellung IBA'27

Das Jubiläumsjahr fällt zusammen mit der **Internationalen Bauausstellung 2027 StadtRegion Stuttgart (IBA'27)**, die die Zukunft des Bauens, Wohnens und Zusammenlebens thematisiert.

Die Weißenhofsiedlung wird dabei als **symbolischer Ausgangspunkt und thematische Referenz** der IBA'27 eine Schlüsselrolle einnehmen.

Eine verstärkte Förderung des Vereins ist daher erforderlich, um diese Rolle adäquat auszufüllen, die internationale Sichtbarkeit zu sichern und die Kooperation mit der IBA'27 strukturell zu ermöglichen.

### 4. Notwendigkeit der Mittelerhöhung

Die Erhöhung der Förderung ist notwendig, um:

- **temporär zusätzliches Personal** (Projektkoordination, Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungsmanagement und Kulturvermittlung) einzustellen,
- **steigende Sachkosten** für Kommunikation, Vermittlung und Ausstellungstechnik zu decken,
- und die gestiegenen **Besucher- und Programmvolumina** im Jubiläums- und IBA-Jahr zu bewältigen.

Die Summe von **55.000 € für 2026** deckt die erweiterte Vorbereitungsphase ab, während die **120.000 € für 2027** die Realisierung der Jubiläumsaktivitäten und Sonderprogramme im IBA-Jahr ermöglichen.

gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Förderung des Studio Vierkant zur Sicherung der Struktur für Durchführung des PFFF Festivals

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 410 Kulturamt.

1. Das **Studio Vierkant** erhält für die Haushaltsjahre **2026 und 2027** jeweils eine Förderung in Höhe von **80.000 € pro Jahr**.
2. Die Förderung dient der **Sicherung der Struktur** der Festivalorganisation, insbesondere zur **Finanzierung einer Teilzeitstelle** für Koordination, Administration, Akquise und Kuration, sowie Projektplanung.
3. Die Mittel sind zweckgebunden für die **Organisation und Durchführung des PFFF Festivals** sowie für den strukturellen Erhalt der organisatorischen Basis von Studio Vierkant.
4. Der Verein legt der Verwaltung jährlich einen **Verwendungs- und Wirkungsbericht** vor.
5. Die Verwaltung prüft im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2028/2029, ob eine Verstetigung der Förderung möglich und kulturpolitisch angezeigt ist.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	80	0
Jahr 2	80	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde­liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde­liste enthalten)	

THH	410 Kulturamt
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations-einheit bzw. Stellen-nummer	Funktions-bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW-Vermerk <b>bisher</b>	KW-Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

## Begründung/Erläuterung

Das PFFFestival versteht sich als jährlich stattfindendes Format für **urbane Kunst im öffentlichen Raum**. Seit 2022 werden in Stuttgart großformatige Wandbilder („Murals“) realisiert, die Fassaden in verschiedenen Stadtteilen aktiv gestalten und der Stadtgesellschaft neue ästhetische Begegnungsräume eröffnen, Kultur selbstverständlich in den öffentlichen Raum stärken und die Szene sichtbar machen. Städte wie Mannheim haben bereits eigene Stadtpläne mit verzeichneten Mureals, da Mannheim diese als kulturellen Wirtschaftsstandortfaktor wertschätzt. Zudem ist dieses Format der stets zugänglichen Kunst auch für den Tourismus interessant.

- Internationale und lokale Künstler\*innen verwandeln Fassaden zu offenen Galerien im Alltag und machen Stuttgart zur „Leinwand“.
- Das Festival trägt zur **dauerhaften künstlerischen Gestaltung** des öffentlichen Raums bei – geplant und umgesetzt wurden bis 2025 über 20 große Fassadenprojekte im Stadtgebiet.
- Durch die unmittelbare Sichtbarkeit der Kunst im Stadtraum, bei freiem Zugang für alle, wird kulturelle Teilhabe erhöht und Wahrnehmung für urbane Kunstformen gestärkt.
- Das PFFFestival setzt Impulse für die **künstlerische Nachwuchsförderung**, Netzwerkarbeit und Kooperationen – beispielsweise mit dem Kunstverein Wagenhalle e.V. oder durch Ausstellungen, Publikationen und Begleitveranstaltungen.
- Es leistet zudem einen Beitrag zur **Stadtentwicklung**, da es Stadtquartiere, Fassadenräume und Nachbarschaften aktiv einbezieht, lebendiger macht und einen Beitrag zur urbanen Identität Stuttgarts leistet.

Vor diesem Hintergrund ist die beantragte Förderung von jährlich **80.000 €** für die

kommenden zwei Haushaltsjahre gerechtfertigt, um zumindest die wesentliche Struktur – insbesondere eine Teilzeitstelle zur Koordination –, aufrechtzuerhalten und die Durchführung des Festivals langfristig zu sichern.

gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

---

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
SPD und Volt
Betreff
Verstetigung Erhöhung der institutionellen Förderung für das Forum der Kulturen Stuttgart e.V. um 80.000 €

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 410 Kulturamt.

Die institutionelle Förderung für das **Forum der Kulturen Stuttgart e.V.** wird ab dem Doppelhaushalt **2026/2027** um **80.000 € jährlich** erhöht.

Die Erhöhung dient der **Anpassung der Gehälter an den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD)**, um eine **faire und tarifgerechte Bezahlung** der Beschäftigten sicherzustellen.

Die Mittel sind zweckgebunden für **Personal- und Strukturkosten** einzusetzen.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	80	0
Jahr 2	80	0
Jahr 3	80	0
Jahr 4	80	0
Jahr 5	80	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeleiste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmeldeleiste enthalten)	
THH	410 Kulturamt
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations-einheit bzw. Stellen-nummer	Funktions-bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW-Vermerk <b>bisher</b>	KW-Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

## Begründung/Erläuterung

### 1. Bedeutung des Forum der Kulturen Stuttgart e.V.

Das **Forum der Kulturen Stuttgart e.V.** ist seit vielen Jahren eine **zentrale Institution der interkulturellen und integrativen Kulturarbeit** in Stuttgart. Der Verein vernetzt über 100 migrantische Kulturvereine und Initiativen, organisiert stadtweite Projekte wie den **Sommerfestival der Kulturen**, das **Interkulturelle Forum**, Bildungsprogramme, Publikationen und Beratungsangebote für Vereine.

Er ist damit ein **Schlüsselakteur für Teilhabe, kulturelle Vielfalt und demokratische Bildung** in der Landeshauptstadt und trägt maßgeblich zur Umsetzung der städtischen Ziele im Bereich **Integration, Diversität und Kulturförderung** bei.

### 2. Notwendigkeit der Erhöhung

Die Personalkosten im Verein sind in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Aufgrund der allgemeinen Tarifentwicklung im öffentlichen Dienst (TVöD) ist eine **Anpassung der Gehälter** notwendig, um die Beschäftigten **tarifgerecht und wettbewerbsfähig** zu vergüten.

Die bisherige Förderung reicht dafür nicht mehr aus, da insbesondere **langjährig Beschäftigte in verantwortlichen Positionen** (Projektkoordination, Verwaltung, Kommunikation) nach TVöD-Einstufung deutlich höhere Personalkosten verursachen.

Ohne eine Anpassung drohen **Personalabwanderung, Arbeitsüberlastung** und eine Schwächung der gesamten Struktur des Vereins, die für die Stadtgesellschaft und die interkulturelle Arbeit von zentraler Bedeutung ist.

### 3. Kulturpolitische Relevanz

Die Arbeit des Forum der Kulturen steht in direkter Verbindung zu den kulturpolitischen Zielen der Stadt Stuttgart:

- Förderung kultureller Teilhabe und Vielfalt,
- Stärkung der freien Trägerstruktur im interkulturellen Bereich,
- Umsetzung der Strategie „Kultur für alle“ und der städtischen **Diversity-Leitlinien**.

Eine auskömmliche, tarifgerechte Finanzierung ist daher nicht nur eine Frage der Fairness, sondern auch der **Qualitätssicherung und Nachhaltigkeit** im kulturellen und gesellschaftlichen Engagement.

#### **4. Finanzielle Wirkung**

Mit einer Erhöhung um **80.000 € jährlich** kann der Verein:

- seine Personalkosten an den TVöD anpassen,
- die Kernstruktur sichern,
- weiterhin qualitativ hochwertige Programme und Veranstaltungen durchführen,
- und seine wichtige Rolle als Plattform für interkulturelle Zusammenarbeit ausfüllen.

gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

---

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Rückführung der laufenden Förderfonds im Kulturamt auf den Stand 2023

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 410 Kulturamt.

Die **laufenden Förderfonds des Kulturamts** werden auf den **Stand des Jahres 2023** zurückgeführt.

Folgende Fonds sollen zurückgesetzt werden:

Jurierter Förderfonds Bildende Kunst /  
Medienkunst

Jurierter Förderfonds Theater und Tanz

Abspiel- und Wiederaufnahmeförderung

Jurierter Förderfonds Interkultur

Innofonds Kulturelle Bildung

Jurierter Förderfonds Literatur und Philosophie

Jurierter Förderfonds Musik

Live Music Fonds Stuttgart

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	279,5	0
Jahr 2	279,5	0
Jahr 3	279,5	0
Jahr 4	279,5	0
Jahr 5	279,5	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-Liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-Liste enthalten)	
THH	410 Kulturamt
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	

**Änderung im Stellenplan**

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

**Begründung/Erläuterung**

Die Rückführung auf den Förderstand von **2023** dient der **Haushaltskonsolidierung**.

In den Jahren 2024 und 2025 wurden im Rahmen des Doppelhaushalts deutliche Erhöhungen der Förderfonds vorgenommen, um pandemiebedingte und inflationsbedingte Mehrbedarfe abzufedern.

Diese Anpassungen sollten der Stabilisierung dienen – sie sind jedoch **nicht dauerhaft tragfähig**.

Mit der Rückführung auf das 2023er-Niveau wird ein verantwortungsvoller Beitrag zur Haushaltsdisziplin geleistet, ohne das Förderprinzip grundsätzlich in Frage zu stellen.

Gleichzeitig bleibt die Flexibilität für Sonder- oder Innovationsprojekte erhalten.

gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
 Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
 Tillmann Bollow  
 Sara Dahme  
 Dr. Maria Hackl  
 Celine Hirschka  
 Dejan Perc  
 Lucia Schanbacher  
 Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
SPD und Volt
Betreff
Weiterführung der befristeten Förderung für das Theater La Lune

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 410 Kulturamt.

Für den Doppelhaushalt 2026/2027 beantragen wir die befristete Erhöhung für das **Theater La Lune Stuttgart** in Höhe von **15.000 € jährlich** fort zu führen.

Die Förderung dient der **Sicherung eines unverzichtbaren Stellenanteils** zur Aufrechterhaltung des laufenden Theaterbetriebs in den Bereichen **Spielplanorganisation, Vorstellungsbetreuung, Öffentlichkeitsarbeit und Verwaltung**.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	15	0
Jahr 2	15	0
Jahr 3	15	0
Jahr 4	15	0
Jahr 5	15	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-Liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-Liste enthalten)	
THH	410 Kulturamt
(Mitteilungs-) Vorlage	1019/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations-einheit bzw. Stellen-nummer	Funktions-bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW-Vermerk <b>bisher</b>	KW-Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

#### 1. Bedeutung des Theaters La Lune

Das **Theater La Lune** ist ein fester Bestandteil der Stuttgarter freien Theaterszene und steht für **künstlerisch anspruchsvolle Produktionen**, die sich durch Nähe zum Publikum, kreative Vielfalt, Involvierung des Quartiers und kulturelle Bildungsarbeit auszeichnen.

Mit einem kleinen, hochengagierten Team trägt das Theater zur **Stärkung der freien darstellenden Kunst** und zur **kulturellen Grundversorgung** in Stuttgart bei.

Es arbeitet regelmäßig mit Schulen, Kitas und Kulturinstitutionen zusammen und schafft damit wichtige **Zugänge zu Theater und Kultur für Kinder, Jugendliche und Erwachsene**.

---

#### 2. Hintergrund der bisherigen Förderung

Im **Doppelhaushalt 2024/2025** erhielt das Theater La Lune eine **befristete Erhöhung der Förderung in Höhe von 15.000 € pro Jahr**.

Diese Mittel sichern einen **zentralen Stellenanteil**, der für den laufenden Betrieb unverzichtbar ist.

Konkret werden damit Aufgaben in den Bereichen **Spielplanerstellung, Vorstellungsbetreuung, Öffentlichkeitsarbeit, Verwaltung und Organisation** abgedeckt.

Der Wegfall dieser Förderung würde den Fortbestand des Theaters unmittelbar gefährden, da die Personalstruktur aktuell nur **1,5 Vollzeitäquivalente (VZÄ)** umfasst – verteilt auf drei Mitarbeitende, darunter eine Minijobstelle.

Bereits geringe Mindereinnahmen würden den Theaterbetrieb unter den gegebenen Bedingungen unmöglich machen.

---

### 3. Notwendigkeit der Weiterführung

Die bisherige Förderung hat sich als **unverzichtbar zur Sicherung des laufenden Theaterbetriebs** erwiesen.

Eine Weiterführung ist daher zwingend erforderlich, um die personellen Grundlagen für Organisation, Aufführungsbetrieb und Öffentlichkeitsarbeit zu erhalten.

Mit der Förderung in Höhe von **15.000 € jährlich** wird:

- der Theaterbetrieb gesichert,
- die administrative Basis stabilisiert,
- und die kulturelle Arbeit in den Bereichen Kinder- und Erwachsenentheater ermöglicht.

Ein Aussetzen der Förderung würde den Verlust einer etablierten, kontinuierlich arbeitenden Bühne bedeuten, die insbesondere für die **freie Kinder- und Jugendtheaterszene** in Stuttgart eine wichtige Rolle spielt.

---

### 4. Kulturpolitische Bedeutung

Das Theater La Lune steht exemplarisch für die **Vielfalt und Qualität der freien Theaterarbeit** in Stuttgart.

Es leistet einen **Beitrag zur kulturellen Bildung, Teilhabe und Inklusion** und ergänzt die städtische Theaterlandschaft mit eigenständigen Formaten und experimentellen Projekten.

Mit geringen finanziellen Mitteln erzielt das Theater eine **hohe kulturelle Wirkung** und trägt zur Umsetzung der städtischen kulturpolitischen Ziele bei:

- Förderung freier kultureller Initiativen,
- Sicherung von Arbeitsstrukturen für Künstler\*innen,
- Stärkung kultureller Bildung und Teilhabe.

gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Fortführung der institutionellen Förderung für die Kulturinitiative Bohnenviertel e.V.

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 410 Kulturamt.

Die bisher **institutionelle Förderung** der **Kulturinitiative Bohnenviertel e.V.** wird für 2026 und 2027 jährlich mit **60.200 €** unterstützt und dient der Finanzierung von **Gagen, Produktions- und Sachkosten** zur Durchführung inklusiver Kulturarbeit.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	60,2	0
Jahr 2	60,2	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-Liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-Liste enthalten)	
THH	410 Kulturamt
(Mitteilungs-) Vorlage	1019
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations-einheit bzw. Stellen-nummer	Funktions-bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW-Vermerk <b>bisher</b>	KW-Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

#### 1. Bedeutung der Kulturinitiative Bohnenviertel e.V.

Die **Kulturinitiative Bohnenviertel e.V.** ist seit vielen Jahren eine **kulturell und sozial bedeutende Akteurin** im gleichnamigen Stadtviertel. Sie entwickelt und realisiert **inklusive, partizipative und sozialräumlich verankerte Kulturprojekte**, die die Vielfalt des Bohnenviertels widerspiegeln und aktiv zu einem **diversen, integrativen und lebendigen Stadtteilkulturleben** beitragen.

Mit ihren **eigenen inklusiven Theaterproduktionen** sowie einem **jährlichen inklusiven Festival** bietet die Kulturinitiative Räume für Begegnung, kulturelle Teilhabe und Sichtbarkeit von Menschen mit und ohne Behinderung. Sie verbindet dabei künstlerische Qualität mit gesellschaftlichem Engagement und trägt entscheidend zur **inklusiven Stadtgesellschaft** bei.

---

#### 2. Hintergrund zur bisherigen Förderung

Nachdem das Sozialamt signalisiert hatte, dass eine Weiterführung der dort angesiedelten Förderung nicht mehr möglich sei, wurde die **Kulturinitiative Bohnenviertel e.V.** mit einer **vierjährigen Befristung in die institutionelle Förderung des Kulturamts** aufgenommen.

Ziel dieser Maßnahme war es, die **kulturelle Arbeit inklusiver Gruppen zu stärken** und den Fortbestand der Initiative zu sichern.

Diese befristete Förderung hat sich bewährt: Die Kulturinitiative konnte ihre Projekte professionalisieren, neue Kooperationen aufbauen und eine stabile Struktur für ihre künstlerische und soziale Arbeit etablieren.

---

### 3. Struktur und Finanzierung

Das **Gesamtvolumen der Initiative** liegt bei rund **65.000 € jährlich**.

Davon sollen **4.800 €** über **Eintrittsgelder und Spenden** selbst erwirtschaftet werden.

Die beantragten **60.200 € institutionelle Förderung** werden überwiegend verwendet für:

- **Gagen und Honorare** inklusiver *Künstlerinnen und Theaterpädagoginnen*,
- **Produktionskosten** (Raum, Technik, Ausstattung, Kostüme),
- **Sach- und Verwaltungskosten**,
- sowie **Begleitmaßnahmen zur Teilhabe und Barrierefreiheit**.

Die Förderung sichert somit nicht nur die künstlerische Arbeit, sondern auch die **sozialen und organisatorischen Grundlagen** des Vereins.

---

### 4. Kultur- und gesellschaftspolitische Bedeutung

Die Arbeit der Kulturinitiative Bohnenviertel e.V. steht in direkter Übereinstimmung mit den kulturpolitischen Leitlinien der Stadt Stuttgart:

- Förderung von **Inklusion und Diversität** in der Kulturarbeit,
- Unterstützung **sozialräumlich verankerter Initiativen**,
- und **Stärkung von Teilhabe und Chancengleichheit**.

Die Initiative wirkt zudem als **Brückenbauerin zwischen Kunst, Sozialraum und Bürgergesellschaft** und trägt durch ihre kontinuierliche Präsenz im Bohnenviertel zur **Lebendigkeit und sozialen Stabilität** des Quartiers bei.

gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
SPD und Volt
Betreff
Finanzierung des Stuttgarter Karnevals

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 410 Kulturamt.

Der Stuttgarter Karnevalsumzugs wird für die Haushaltsjahre **2026** und **2027** mit jeweils **15.000 € pro Kalenderjahr** finanziell unterstützt.

Diese Mittel dienen der **Sicherung und Fortführung der karnevalistischen Kultur- und Traditionsarbeit** in Stuttgart, insbesondere mit Blick auf die **gesellschaftliche Teilhabe**, das Gemeinschaftsgefühl und die kulturelle Vielfalt.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	15	0
Jahr 2	15	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-Liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-Liste enthalten)	
THH	410 Kulturamt
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

## Begründung/Erläuterung

### 1. Bedeutung des Karnevals für kulturelle Teilhabe und Gemeinschaft

Karneval ist weit mehr als eine einzelne Veranstaltung – er ist ein **kulturelles Teilhabemoment**, das viele Menschen aktiv einbindet: Karnevalistische Gruppen, Vereine, Tanz- und Musikformationen, Nachbarschaften und Besucherinnen gestalten gemeinsam und öffentlich Teilhabe.

Die Stadt Stuttgart als kultureller Standort profitiert davon, dass Karneval traditionelle Ausdrucksformen mit zeitgenössischer Bürgerinnenteilnahme verbindet und ein lebendiges Gemeinschafts-, Begegnungs- und Freiraumerlebnis schafft.

Kulturelle Teilhabe bedeutet dabei, dass Menschen nicht nur Zuschauer\*innen sein, sondern Teilnehmende werden – sie können mitwirken, gestalten und ihre Identitäten im gemeinsamen Geschehen sichtbar machen. Der Karneval schafft genau solche Gelegenheiten: er öffnet Räume für Gemeinschaft, Mitmachen und kreative Ausdrucksformen.

### 2. Stuttgarter Karneval als Beitrag zur Vielfalt und Stadtgesellschaft

In Stuttgart leistet die Karnevalskultur einen Beitrag zur **vielfältigen Stadtgesellschaft** und zur Integration verschiedenster Bürger\*innen- und Kulturbereiche. Sie ist ein **Teil der kulturellen Infrastruktur**, die nicht nur Spaß und Unterhaltung bietet, sondern auch soziale Verbindungen stärkt und Gemeinschaftserlebnisse schafft.

Der Wegfall oder eine deutliche Kürzung der Mittel würde die Fähigkeit der Akteur\*innen erheblich einschränken, Planungssicherheit zu erhalten, Projekte durchzuführen und Menschen zu erreichen, die sonst kaum Zugang zu kulturellen Angeboten haben.

### 3. Nachhaltige Wirkung und Notwendigkeit der Förderung

Die beantragten **15.000 € jährlich** für 2026 und 2027 sind vergleichsweise moderat, ermöglichen aber eine verlässliche Unterstützung der Strukturen – insbesondere für Planung, Organisation, Öffentlichkeitsarbeit und Teilhabemöglichkeiten im Karneval. Damit wird sichergestellt, dass diese Form von Kultur nicht nur kurzfristig stattfindet, sondern dauerhaft Teil des Stuttgarter Kulturangebots bleibt.

gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Weiterführung der temporären Zuschusserhöhung der Freien Tanz- und Theaterszene Stuttgart (FTTS)

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 410 Kulturamt.

Die temporäre Zuschusserhöhung der **Freien Tanz- und Theaterszene Stuttgart (FTTS)** wird für die Haushaltsjahre **2026 und 2027** in Höhe von **insgesamt 244.600 € pro Jahr** fortgeführt.

Davon entfallen:

- **144.600 €** auf die laufenden Kosten der Geschäftsstelle (Personal, Verwaltung, Sachmittel),
- **100.000 €** auf die zweckgebundenen Mittel für die **Suche und Nutzung temporärer Spielstätten** der Freien Szene.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	244,6	0
Jahr 2	244,6	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-Liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-Liste enthalten)	
THH	410 Kulturamt
(Mitteilungs-) Vorlage	1019/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations-einheit bzw. Stellen-nummer	Funktions-bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW-Vermerk <b>bisher</b>	KW-Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

#### 1. Bedeutung der FTTS für die Stuttgarter Kulturlandschaft

Die **Freie Tanz- und Theaterszene Stuttgart (FTTS)** ist die zentrale **Interessenvertretung, Netzwerk- und Servicestelle** für die freien darstellenden Künste in Stuttgart.

Sie vertritt über 200 freie Künstler\*innen, Kompanien, Spielstätten und Produktionshäuser aus den Bereichen Tanz, Theater, Performance, Figurentheater und interdisziplinäre Bühnenkunst.

Die FTTS fördert Austausch, Professionalisierung und Sichtbarkeit und übernimmt zugleich eine **vermittelnde Funktion zwischen Kulturschaffenden, Verwaltung und Politik**.

Mit Beratungsangeboten, Weiterbildungen, Netzwerkformaten und kulturpolitischer Arbeit trägt sie wesentlich zur Stabilisierung der freien Szene und zur kulturellen Vielfalt Stuttgarts bei.

---

#### 2. Hintergrund zur bisherigen Förderung

Zum **Doppelhaushalt 2024/2025** hatte die FTTS:

- **zweckgebundene Mittel in Höhe von 100.000 € pro Jahr** (befristet auf zwei Jahre) erhalten, um den **Suchlauf nach einer dauerhaften Spielstätte** umzusetzen und die **Miete temporärer bzw. alternativer Spielorte** zu finanzieren. Da die Freie Szene **bis heute über keine eigene Spielstätte verfügt**, ist eine **Weiterführung dieser Mittel bis einschließlich 2027** notwendig.
- Darüber hinaus hatte die FTTS einen **Mehrbedarf für laufende Kosten der Geschäftsstelle in Höhe von 144.600 €** beantragt, die in der dritten Lesung des Haushalts 2024/2025 vom Gemeinderat ebenfalls **für zwei Jahre bewilligt** wurden.

Dadurch konnten die **Personal- und Stellenumfänge aufgestockt**, die **Vergütungen dem tatsächlichen Arbeitsaufwand angepasst** sowie **Sachkosten und unvorhergesehene Ausgaben** gedeckt werden.

Die nun beantragte **Weiterführung dieser Mittel** ist erforderlich, um die erreichte Struktur zu erhalten und die Arbeitsfähigkeit der FTTS mittelfristig zu sichern.

---

### 3. Kulturpolitische Bedeutung

Die FTTS ist eine **Schlüsselstruktur** der freien darstellenden Künste in Stuttgart und leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Umsetzung der kulturpolitischen Ziele der Stadt:

- Stärkung der freien Kunst- und Kulturszene,
- Förderung von Diversität, Nachwuchs und Innovation,
- Schaffung von nachhaltigen Produktions- und Präsentationsstrukturen,
- und Vermittlung zwischen Künstler\*innen, Verwaltung und Öffentlichkeit.

Die Weiterführung der Förderung trägt unmittelbar zur **Sicherung der kulturellen Infrastruktur** und zur **Qualitätssicherung freier Bühnenkunst** in Stuttgart bei.

gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Entfristung der institutionellen Förderung für Gütesiegel Kultur\* und Reduzierung der Mittel um 20 % auf 40.000 € jährlich

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 410 Kulturamt.

Die bisher befristete **institutionelle Förderung für Gütesiegel Kultur\*** wird **entfristet** und dauerhaft in die institutionelle Kulturförderung der Stadt Stuttgart aufgenommen.

Die jährliche Förderung wird ab dem Haushaltsjahr 2026 **um 20 % reduziert** und beträgt künftig **40.000 €**.

Die Mittel dienen insbesondere dem **Erhalt der Nachwuchsförderung**, der **internationalen Vernetzungsarbeit** und der **Sichtbarmachung der Figurentheaterszene in Stuttgart**.

Der Träger legt der Verwaltung und dem Kulturausschuss jährlich einen **Verwendungs- und Wirkungsbericht** vor.

Die Verwaltung berücksichtigt die Verstetigung der Förderung im Rahmen der künftigen Haushaltsplanungen dauerhaft.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	40	0
Jahr 2	40	0
Jahr 3	40	0
Jahr 4	40	0
Jahr 5	40	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-Liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-Liste enthalten)	
THH	410 Kulturamt

(Mitteilungs-) Vorlage	1019/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations-einheit bzw. Stellen-nummer	Funktions-bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW-Vermerk <b>bisher</b>	KW-Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

## Begründung/Erläuterung

### 1. Profil und Bedeutung von Gütesiegel Kultur\*

**Gütesiegel Kultur\*** ist eine **maßgebliche Plattform für zeitgenössisches Figurentheater und performative Kunstformen** in Stuttgart und weit über die Region hinaus.

Das Format verbindet künstlerische Qualität mit Nachwuchsarbeit, internationalen Kooperationen und innovativen Vermittlungsstrategien.

Zu den zentralen Arbeitsfeldern gehören:

- die **Nachwuchsförderung** durch Mentoring, Produktionsbegleitung und Residenzen,
- die **internationale Vernetzung** mit Festivals und Theatern in Europa und weltweit,
- die **Sichtbarmachung der Figurentheaterszene** durch Aufführungen, Diskurse, Publikationen und Kooperationen mit Ausbildungsstätten,
- sowie die **Entwicklung neuer Ästhetiken und Erzählformen** im Bereich des zeitgenössischen Figurentheaters.

Mit diesem Profil leistet Gütesiegel Kultur\* einen **unverzichtbaren Beitrag zur kulturellen Vielfalt und künstlerischen Innovation** in Stuttgart.

### 2. Entfristung der institutionellen Förderung

Die bisher befristete Förderung hat sich als wirksames Instrument zur Etablierung von Strukturen in der freien Szene erwiesen.

Die **Entfristung** schafft Planungssicherheit, stärkt die langfristige Existenz der Initiative und reduziert Verwaltungsaufwand durch wiederkehrende Projektanträge.

Sie entspricht den kulturpolitischen Leitlinien der Stadt Stuttgart, **nachhaltige Strukturen in der freien Szene langfristig zu sichern**, insbesondere in Sparten mit besonderem Profil wie dem Figurentheater.

### 3. Reduzierung auf 40.000 € jährlich

Die Reduzierung der bisherigen Förderung um 20 % auf **40.000 € jährlich** berücksichtigt die Haushaltslage, wahrt aber die Grundstrukturen des Vereins. Die Summe ermöglicht weiterhin:

- die **Sicherung zentraler Personal- und Betriebskosten**,
- die Fortführung der **künstlerischen und kuratorischen Basisarbeit**,
- und die **Aufrechterhaltung der überregionalen Sichtbarkeit** der Stuttgarter Figurentheaterszene.

Durch zusätzliche Landes-, Bundes- und Stiftungsgelder kann der Träger weiterhin eigenständige Projekte und Kooperationen realisieren.

So bleibt die Arbeitsfähigkeit und inhaltliche Qualität trotz reduzierter Mittel gewahrt.

### 4. Wirkung und Perspektive

Die Verstetigung der Förderung garantiert den langfristigen Erhalt eines einzigartigen Kompetenzzentrums für **zeitgenössisches Figurentheater**.

Gütesiegel Kultur\* vernetzt Künstlerinnen, Theatermacherinnen und Institutionen und fungiert als Impulsgeber für die **künstlerische Entwicklung, Nachwuchsqualifizierung und internationale Sichtbarkeit** der Stuttgarter Kulturszene.

Die dauerhafte institutionelle Förderung würdigt die bisherige Leistung, insbesondere die **Ausbildungs- und Vernetzungsarbeit**, und trägt zur **Positionierung Stuttgarts als innovativer Theater- und Kulturstandort** bei.

gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Entfristung und Fortführung der institutionellen Förderung für Mission Trans e.V.

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 410 Kulturamt.

Die bisher **befristete institutionelle Förderung für Mission Trans e.V.** wird **entfristet** und dauerhaft in die institutionelle Förderung der Stadt Stuttgart überführt.

Die Förderung dient der **Sicherung der Vereinsstruktur, der Planung und Durchführung der Trans Pride Stuttgart** sowie weiterer Projekte zur **Sichtbarkeit, Teilhabe und Unterstützung von trans und nicht-binären Menschen.**

Der Verein legt der Verwaltung jährlich einen **Wirkungs- und Verwendungsbericht** vor.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Verstetigung der Förderung im Rahmen der Haushaltsplanungen ab dem Doppelhaushalt 2026/27 dauerhaft zu berücksichtigen.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	23,8	0
Jahr 2	23,8	0
Jahr 3	23,8	0
Jahr 4	23,8	0
Jahr 5	23,8	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-Liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-Liste enthalten)	
THH	410 Kulturamt
(Mitteilungs-) Vorlage	1019/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations-einheit bzw. Stellen-nummer	Funktions-bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW-Vermerk <b>bisher</b>	KW-Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

## Begründung/Erläuterung

### 1. Bedeutung von Mission Trans e.V.

Der Verein **Mission Trans e.V.** ist der **einzige Verein in Stuttgart**, der sich explizit und kontinuierlich für die Belange von *trans, inter und nicht-binären Personen\** einsetzt.

Er verfolgt das Ziel, **Sichtbarkeit, Teilhabe und gesellschaftliche Akzeptanz** dieser Bevölkerungsgruppe zu stärken und Räume für Empowerment, Austausch und Kultur zu schaffen.

Mit der jährlichen **Trans Pride Stuttgart** hat Mission Trans e.V. ein **einzigartiges, bundesweit beachtetes Format** etabliert, das queere Sichtbarkeit im öffentlichen Raum fördert und zur **Stärkung einer marginalisierten, vulnerablen Gemeinschaft** beiträgt.

Darüber hinaus initiiert und begleitet der Verein Bildungs- und Kulturprojekte, Beratungsangebote, Netzwerkveranstaltungen und Kooperationen mit Schulen, Hochschulen und städtischen Einrichtungen.

### 2. Entfristung der institutionellen Förderung

Die bisher befristete institutionelle Förderung hat sich als **essenziell für die Struktur- und Arbeitsfähigkeit** des Vereins erwiesen.

Mission Trans e.V. arbeitet mit einem kleinen, engagierten Team, das durch ehrenamtliche und geringfügig beschäftigte Kräfte getragen wird.

Eine **Entfristung der Förderung** ist erforderlich, um:

- die **Basisstruktur und Koordinationsstelle** dauerhaft zu sichern,
- **Planungssicherheit** für Veranstaltungen und Kooperationen zu schaffen,

- und die **kontinuierliche Arbeit für trans und nicht-binäre Menschen** zu gewährleisten.

Die Verstetigung folgt dem kultur- und gesellschaftspolitischen Ziel der Stadt Stuttgart, **Diversität, Teilhabe und Gleichstellung** aktiv zu fördern.

### 3. Gesellschaftspolitische Bedeutung

Mission Trans e.V. trägt maßgeblich zur **Sichtbarkeit und Anerkennung einer vulnerablen gesellschaftlichen Gruppe** bei.

Mit Formaten wie der **Trans Pride Stuttgart**, Workshops, Ausstellungen, Diskussionsreihen und Kulturprojekten leistet der Verein **wichtige Bildungs- und Sensibilisierungsarbeit** im öffentlichen Raum.

Damit wirkt Mission Trans e.V. **diskriminierungssensibilisierend, integrativ und inklusiv** – und erfüllt Aufgaben, die auch im Rahmen der kommunalen Gleichstellungs- und Teilhabepolitik von hoher Relevanz sind.

Die Verstetigung der Förderung ist somit **nicht nur kulturpolitisch, sondern auch sozialpolitisch begründet**.

### 4. Strukturelle Perspektive

Eine dauerhafte Förderung ermöglicht:

- den **Erhalt der Koordinationsstelle** (z. B. 0,5–0,65 VZÄ),
- die **Planung und Durchführung der Trans Pride Stuttgart**,
- den **Ausbau von Bildungs- und Netzwerkformaten**,
- und die **kontinuierliche Sichtbarmachung trans und nicht-binärer Lebensrealitäten** im städtischen Kulturleben.

Mission Trans e.V. steht exemplarisch für die Verbindung von **Kultur, Aktivismus und gesellschaftlicher Verantwortung**, die ein zentrales Anliegen der Stuttgarter Kultur- und Teilhabepolitik ist.

gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
 Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
 Tillmann Bollow  
 Sara Dahme  
 Dr. Maria Hackl  
 Celine Hirschka  
 Dejan Perc  
 Lucia Schanbacher  
 Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Entfristung der institutionellen Förderung für Props e.V. und Reduzierung der Mittel um 20 % zur Sicherung einer 0,65 VZÄ-Stelle

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 410 Kulturamt.

1. Die bisher befristete **institutionelle Förderung für Props e.V.** wird **entfristet** und damit dauerhaft in die institutionelle Kulturförderung der Stadt Stuttgart aufgenommen.
2. Die bisherige jährliche Förderung in Höhe von **57.000 €** wird ab dem Haushaltsjahr 2026 um **20 % reduziert**, auf **vorerst 45.000 € jährlich**.
3. Die Mittel dienen vorrangig der **Sicherung einer 0,65 Vollzeitäquivalent-Stelle (VZÄ)** zur strukturellen und organisatorischen Aufrechterhaltung des Vereinsbetrieb

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	45	0
Jahr 2	45	0
Jahr 3	45	0
Jahr 4	45	0
Jahr 5	45	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-Liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-Liste enthalten)	
THH	410 Kulturamt
(Mitteilungs-) Vorlage	1019/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations-einheit bzw. Stellen-nummer	Funktions-bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW-Vermerk <b>bisher</b>	KW-Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

## Begründung/Erläuterung

### 1. Bedeutung und Profil von Props e.V.

**Props e.V.** ist eine bedeutende Initiative innerhalb der Stuttgarter freien Kunst- und Kulturszene.

Der Verein entwickelt und unterstützt **interdisziplinäre Projekte** an der Schnittstelle von Bildender Kunst, Performance, Medienkunst und Stadtkultur.

Er agiert als **Plattform und Netzwerk** für junge Künstler\*innen, bietet Produktionsräume und experimentelle Austauschformate und trägt damit zur Sichtbarkeit der freien Szene und Nachwuchsförderung in Stuttgart bei. Die künstlerischen Formate sprechen insbesondere Schüler:innen an und werden direkt vor Ort in Schulen aufgeführt.

Props e.V. ist ein fester Bestandteil der freien Kunstlandschaft der Stadt und steht für **niedrigschwellige Zugänge zu Kultur, kooperative Arbeitsformen und partizipative Formate.**

### 2. Entfristung der institutionellen Förderung

Die Entfristung stellt eine **Anerkennung der nachhaltigen künstlerischen Arbeit** des Vereins dar und sichert dessen strukturelle Kontinuität.

Sie schafft **Planungssicherheit** für Personal, Miete und laufende Betriebskosten und reduziert den Verwaltungsaufwand durch wiederkehrende Einzelanträge.

Damit folgt der Antrag den kulturpolitischen Zielsetzungen der Stadt Stuttgart, **institutionell verankerte Strukturen der freien Szene langfristig zu stärken.**

### 3. Reduzierung der Mittel um 20 %

Die Reduzierung der bisherigen Förderung **auf 45.000 €** spiegelt die haushaltswirtschaftliche Gesamtlage wider, ohne die Arbeitsfähigkeit des Vereins zu gefährden.

Die Kürzung erfolgt mit Augenmaß:

- Die Summe erlaubt weiterhin die **Sicherung einer zentralen 0,65 VZÄ-Stelle**, die für Verwaltung, Koordination und Strukturpflege unerlässlich ist.
- Dadurch bleibt die **Funktionsfähigkeit und Sichtbarkeit** des Vereins gewahrt.
- Künstlerische Projekte und Kooperationen können durch **ergänzende Drittmittel** (Land, Bund, Stiftungen) weiterhin finanziert werden.

Diese Kombination aus Verstetigung und maßvoller Kürzung stellt sicher, dass Props e.V. weiterhin **wirksam und verlässlich** im kulturellen Ökosystem Stuttgarts agieren kann.

#### 4. Strukturelle Wirkung

Mit der Verstetigung werden die bisherigen Investitionen in Infrastruktur, Know-how und Netzwerke langfristig gesichert.

Props e.V. bleibt damit ein **wichtiger Bestandteil der künstlerischen Nachwuchsförderung** und eine **organisatorische Schnittstelle** zwischen freier Szene, Institutionen und Stadtgesellschaft.

gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Entfristung der Zuschusserhöhung der institutionellen Förderung für den Kunstverein Wagenhalle e.V.

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 410 Kulturamt.

Die bisher **befristete Zuschusserhöhung** an den **Kunstverein Wagenhalle e.V.** wird in Höhe von **60.000 € jährlich entfristet** und in die **dauerhafte institutionelle Förderung** der Stadt Stuttgart überführt

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	60	0
Jahr 2	60	0
Jahr 3	60	0
Jahr 4	60	0
Jahr 5	60	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-liste enthalten)	
THH	410 Kulturamt
(Mitteilungs-) Vorlage	1019/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations-einheit bzw. Stellen-nummer	Funktions-bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW-Vermerk <b>bisher</b>	KW-Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

## Begründung/Erläuterung

### 1. Bedeutung des Kunstvereins Wagenhalle e.V.

Der **Kunstverein Wagenhalle e.V.** ist eine zentrale Institution der freien Kunst- und Kulturszene Stuttgarts.

Er bietet über 100 Künstlerinnen, Gestalterinnen, Architektinnen, Musikerinnen und Kollektiven **Arbeits- und Produktionsräume** und ist ein **wesentlicher Ort für experimentelle und interdisziplinäre Kunstproduktion.**

Die Wagenhalle ist zugleich **Kulturstandort und Begegnungsort** – sie verbindet Atelierarbeit, Ausstellungs- und Veranstaltungsformate sowie Kooperationen mit der Stadtgesellschaft, Schulen und Hochschulen.

Mit ihrer **offenen Struktur und gemeinwohlorientierten Nutzung** leistet sie einen herausragenden Beitrag zur **kulturellen Teilhabe, Nachwuchsförderung und urbanen Kreativwirtschaft.**

### 2. Entfristung der Förderung

Die bisher **befristete Fördererhöhung** soll in Höhe von 60.000 € weitergeführt werden.

Um den dauerhaften Erhalt dieser kulturpolitisch wichtigen Einrichtung zu gewährleisten, ist eine **Entfristung notwendig.**

Die Verstetigung sichert langfristige Planung, Kontinuität und Arbeitsfähigkeit – insbesondere in einem Umfeld steigender Fixkosten und komplexer technischer Anforderungen, insbesondere im Bereich der Koordination des Umbaus der Atelierhäuser und der Lüftungsanlagen.

### 3. Strukturelle Wirkung

Die Förderanpassung stärkt die **Dauerhaftigkeit der kulturellen Infrastruktur** in der Wagenhalle.

Sie sichert:

- den **Erhalt der Ateliers und Werkstätten,**

- den **technischen Betrieb** für Ausstellungen, Performances und Veranstaltungen,
- sowie die **Koordination und Verwaltung** des Vereins, insbesondere die Arbeitsstellen im Bereich Organisation, Technik und Kommunikation.

Damit bleibt die Wagenhalle ein zentraler Ort für **künstlerische Produktion, interdisziplinären Austausch und urbane Kulturentwicklung**.

gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Verstetigung der Projektförderung für stups e.V. (Ateliergemeinschaft Bauzug 3YG) bei reduzierten Mitteln

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 410 Kulturamt.

1. Die bisher projektbezogene Förderung für **stups e.V.**, Träger der **Ateliergemeinschaft Bauzug 3YG**, wird **verstetigt** und in eine **dauerhafte Projektförderung** überführt.
2. Die jährlichen Mittel werden auf eine Höhe reduziert, die den **Erhalt von Minijob-Stellen** und die **finanzielle Absicherung der Koordination** ermöglicht.
3. Ziel der Förderung ist die **strukturelle Bewahrung** und **kontinuierliche Betreuung** des Projekts Bauzug 3YG als wichtiger Bestandteil der freien Kunstszene in Stuttgart.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	21,3	0
Jahr 2	21,3	0
Jahr 3	21,3	0
Jahr 4	21,3	0
Jahr 5	21,3	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-liste enthalten)	
THH	410 Kulturamt
(Mitteilungs-) Vorlage	1019/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

## Begründung/Erläuterung

### 1. Hintergrund und Bedeutung von stups e.V. / Bauzug 3YG

Der **Stups e.V.** organisiert und verwaltet die **Ateliergemeinschaft Bauzug 3YG**. Der Bauzug 3YG bietet **bezahlbare Arbeitsräume für Künstler\*innen**, ermöglicht **gemeinschaftliche Nutzung von Infrastruktur, interdisziplinären Austausch** sowie **öffentliche Sichtbarkeit künstlerischer Prozesse**.

Er ist damit eine **tragende Struktur** der freien Kunstszene in Stuttgart und ein wichtiger Baustein für künstlerische Teilhabe und Nachwuchsförderung.

### 2. Notwendigkeit der Verstetigung

Bisher erfolgte die Förderung projektbezogen und in zeitlich befristeten Intervallen. Um die langfristige **Struktur des Bauzugs 3YG zu sichern**, ist eine **Verstetigung der Projektförderung** erforderlich.

Diese sichert die **grundlegende Funktionsfähigkeit** der Ateliergemeinschaft, ermöglicht die kontinuierliche Betreuung und schafft **Planungssicherheit** für die beteiligten Künstler\*innen.

### 3. Reduzierung der Mittel auf Minijobs und Koordination

Im Sinne einer haushaltsbewussten Anpassung werden die bisherigen Mittel **reduziert**, sodass ausschließlich die **notwendigen Personalaufwendungen** (Minijob-Basis) und die **Koordination der Ateliergemeinschaft** insbesondere der Betreuung der Umsiedlung der Bauzüge abgedeckt werden.

Damit kann die wesentliche Struktur erhalten bleiben, auch wenn keine umfangreichen Programm- oder Investitionsmittel mehr vorgesehen sind.

Diese Maßnahme garantiert die **Erhaltung des Ortes und der organisatorischen Basis**, auch unter reduzierten finanziellen Bedingungen.

#### 4. Kulturelle und gesellschaftliche Wirkung

Der Bauzug 3YG leistet einen zentralen Beitrag zur **Sicherung künstlerischer Produktionsräume**, die in Stuttgart stark unter Druck stehen.

Die Ateliergemeinschaft fördert **intergenerationellen Austausch**, **Niedrigschwelligkeit im Zugang zu künstlerischer Arbeit** und **Kooperationsprojekte innerhalb der freien Szene**.

Durch Ausstellungen, offene Ateliers und Kooperationen mit kulturellen Initiativen trägt sie wesentlich zur **Sichtbarkeit zeitgenössischer Kunst in der Stadtgesellschaft** bei.

Die Verstetigung der Förderung stellt sicher, dass diese Strukturen **nicht verloren gehen**, sondern auch unter veränderten finanziellen Rahmenbedingungen fortbestehen können.

gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
SPD und Volt
Betreff
Entfristung und Erhöhung der Mittel für das Junge Ensemble Stuttgart

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 410 Kulturamt.

Die Zuschussmittel für das Junge Ensemble Stuttgart (JES) werden im Haushalt 2026/2027 erhöht, um die durch den Tarifvertrag **NV Bühne** bedingten Mehrkosten beim Personal sowie die daraus resultierenden Mehraufwendungen für Gästegagen und Honorare auszugleichen.

Die beantragte Erhöhung umfasst zugleich die Fortschreibung der Dynamisierung aller in der Stuttgarter Schauspiel- und Theaterszene organisierten Häuser um **+4,6 %** auf den laufenden Zuschuss, ist jedoch **über diese Dynamisierung hinaus erforderlich**, um die tarifvertraglichen Verpflichtungen des JES zu erfüllen.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	83	0
Jahr 2	83	0
Jahr 3	83	0
Jahr 4	83	0
Jahr 5	83	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-liste enthalten)	
THH	410 Kulturamt
(Mitteilungs-) Vorlage	1019/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations-einheit bzw. Stellen-nummer	Funktions-bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW-Vermerk <b>bisher</b>	KW-Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Das Junge Ensemble Stuttgart (JES) ist eine bedeutende Institution in der Stuttgarter Kulturlandschaft. Mit seiner künstlerisch hochwertigen und gesellschaftlich relevanten Theaterarbeit für junges Publikum leistet das JES einen unverzichtbaren Beitrag zur kulturellen Bildung, Teilhabe und Nachwuchsförderung.

Aufgrund der vertraglichen Bindung an den **NV Bühne** (Normalvertrag Bühne) ergeben sich ab **September 2025** verpflichtende tarifliche Steigerungen der Personalkosten. Diese belaufen sich auf **durchschnittlich rund 300 € pro Monat und Mitarbeiter\*in** im Vergleich zum Jahr 2024. Neben dem Stammpersonal sind davon auch die Gästegagen und Honorare externer Künstler\*innen betroffen, da sich die Vergütungspraxis an den tariflichen Entwicklungen orientiert.

Die Dynamisierung der Theaterzuschüsse um 4,6 % trägt zwar zur allgemeinen Kostenentwicklung bei, reicht im Fall des JES jedoch nicht aus, um die tarifbedingten Mehrkosten vollständig aufzufangen. Eine zusätzliche Mittelaufstockung ist daher notwendig, um die **vertraglich bindenden Personalverpflichtungen** sowie die **künstlerische und qualitative Kontinuität** des Spielbetriebs sicherzustellen.

Gemäß des Vorschlags der Kulturverwaltung beantragen wir die Erhöhung des Zuschusses im Förderverhältnisses 2:1 (Stadt:Land).

### Finanzielle Auswirkung:

Erhöhung des Zuschusses an das Junge Ensemble Stuttgart um 83.000,00 € zur Deckung der tariflichen Mehrkosten und zur Sicherung des laufenden Betriebs.

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Erhöhung der Haushaltsmittel für die Stuttgarter Schauspielbühnen zur Erfüllung tarifvertraglicher Verpflichtungen

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 410 Kulturamt.

Wir beantragen, dass die Mittel im Haushalt 2026/2027 für den Titel „Zuschüsse an die Stuttgarter Schauspielbühnen“ um 37.000€ p.a. erhöht werden..

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	37	0
Jahr 2	37	0
Jahr 3	37	0
Jahr 4	37	0
Jahr 5	37	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-liste enthalten)	
THH	410 Kulturamt
(Mitteilungs-) Vorlage	1019/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations-einheit bzw. Stellen-nummer	Funktions-bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW-Vermerk <b>bisher</b>	KW-Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

## Begründung/Erläuterung

### 1. Tarifvertragliche Verpflichtung

Der NV Bühne regelt umfassend die Arbeits- und Vergütungsbedingungen für Solomitglieder, Bühnentechniker sowie Opern-Chor- und Tanzgruppenmitglieder an öffentlich getragenen Theatern.

[Buehnenverein+2vdoper.de+2](http://Buehnenverein+2vdoper.de+2)

Insbesondere sind unter anderem folgende zentrale Verpflichtungen enthalten:

- Vergütung/Gagen: §12 NV Bühne fordert eine Vergütung für die Beschäftigten.
- Zuwendung für eine Spielzeit bei mindestens 9 Monaten Beschäftigung: §14 NV Bühne.
- Arbeitszeit- und Probenregelungen: z. B. §5/§6 NV Bühne.  
Diese Verpflichtungen sind für die Schauspielbühnen nicht fakultativ, sondern gelten bindend für die Beschäftigtenverhältnisse.

### 2. Anteil der Verpflichtungen (37 %)

Gemäß Analyse des Vertragsrahmens sowie interner Kalkulationen bei den Stuttgarter Schauspielbühnen ergibt sich, dass **37 % der Personal- und Betriebskosten** durch tarifvertraglich gebundene Verpflichtungen aus dem NV Bühne direkt abgedeckt sind. Diese Zahl zeigt auf, dass ein erheblicher Teil der Kosten als **verpflichtend** zu betrachten ist – also nicht flexibel eingespart oder verschoben werden kann.

Damit ist eine entsprechende Mittelreserve oder -aufstockung erforderlich, damit die Theater ihren Verpflichtungen nachkommen können, ohne das künstlerische, technische und organisatorische Niveau zu gefährden.

### 3. Folgen einer Unterfinanzierung

Wird der erforderliche Mittelbedarf nicht gedeckt, besteht ein Risiko, dass

- tariflich vorgesehene Gagen nicht in voller Höhe bezahlt werden können,
- Proben- und Aufführungspläne beeinträchtigt werden (z. B. Kürzungen von Technik- oder Ensemblekosten),
- die künstlerische Attraktivität bzw. Wettbewerbsfähigkeit der Stuttgarter Schauspielbühnen abnimmt, was langfristig negative Auswirkungen auf Kulturstandort Stuttgart, Besucherzahlen und Stadtimage haben könnte.

#### 4. **Vorgeschlagener Betrag und Verwendung**

Es wird gemäß des Vorschlags der Kulturverwaltung zur Kostenteilung 3:1 (Stadt : Land) vorgeschlagen, den Zuschuss an die Stuttgarter Schauspielbühnen um den Betrag von **37.000,00€** p.a. zu erhöhen.

gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
 Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
 Tillmann Bollow  
 Sara Dahme  
 Dr. Maria Hackl  
 Celine Hirschka  
 Dejan Perc  
 Lucia Schanbacher  
 Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Antrag auf Entfristung der Förderung für die Kulturinsel Stuttgart gGmbH

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 410 Kulturamt.

Entfristung der Förderung der Kulturinsel Stuttgart bei gleichzeitiger Reduzierung der Mittel um 20 %.

1. Die bisher befristete Förderung der **Kulturinsel Stuttgart** wird **entfristet** und damit dauerhaft in die institutionelle Förderung der Stadt Stuttgart aufgenommen, damit weitere Landesförderungen beantragt werden können und der Erhalt gesichert ist.
2. Der jährliche Zuschuss wird **ab dem Haushaltsjahr 2026 um 20 % reduziert**.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	146,4	0
Jahr 2	146,4	0
Jahr 3	146,4	0
Jahr 4	146,4	0
Jahr 5	146,4	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-Liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-Liste enthalten)	
THH	410 Kulturamt
(Mitteilungs-) Vorlage	1019/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations-einheit bzw. Stellen-nummer	Funktions-bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW-Vermerk <b>bisher</b>	KW-Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

## Begründung/Erläuterung

### 1. Hintergrund und bisherige Förderung

Die Kulturinsel Stuttgart ist seit ihrer Gründung eine wichtige Plattform für experimentelle und soziokulturelle Projekte in Stuttgart. Sie fördert künstlerische Formate im Spannungsfeld von Stadtentwicklung, Nachhaltigkeit, Jugendkultur und freier Szene.

Die bisherige Förderung war **zeitlich befristet**, um Modellcharakter und Erprobungsphasen zu ermöglichen. Nach mehreren erfolgreichen Jahren hat sich die Kulturinsel jedoch **als fester Bestandteil der Stuttgarter Kulturlandschaft etabliert** und leistet einen messbaren Beitrag zur kulturellen Teilhabe und Standortattraktivität.

### 2. Entfristung als Ausdruck der kulturpolitischen Kontinuität

Die Entfristung der Förderung schafft **Planungssicherheit** für Träger, Künstler\*innen und Kooperationspartner.

Sie stärkt die institutionelle Stabilität, reduziert den Verwaltungsaufwand durch wiederholte Förderanträge und sichert den langfristigen Erhalt von Strukturen, die sich inhaltlich und organisatorisch bewährt haben.

Die Kulturinsel ist inzwischen auch Teil überregionaler Kooperationen und trägt zur Sichtbarkeit Stuttgarts als innovativer Kulturstandort bei.

### 3. Reduzierung der Mittel um 20 %

Gleichzeitig wird die Förderung **strukturell auf Grund der aktuellen Haushaltslage neu justiert**. Die beantragte Reduktion um 20 % berücksichtigt:

- die Konsolidierung der Haushaltsmittel im städtischen Kulturbereich,
- den abgeschlossenen Aufbauprozess der Einrichtung,
- und die Möglichkeit, dass Eigen- und Drittmittel (z. B. über Kooperationen, Vermietungen oder Projektförderungen) stärker zur Finanzierung beitragen können.

Diese Maßnahme wahrt die Grundfinanzierung, ohne die künstlerische Arbeit grundsätzlich zu gefährden, und schafft zugleich Anreize für eine effizientere Mittelverwendung.

#### 4. Wirkung und Perspektive

Die Entfristung stärkt die Kulturinsel als dauerhaftes soziokulturelles Zentrum. Die moderate Mittelkürzung zwingt zu Priorisierung und nachhaltiger Projektplanung, ohne das kulturelle Angebot substantiell zu gefährden.

Zudem signalisiert der Antrag, dass die Stadt Stuttgart **kulturelle Bestandsstrukturen langfristig sichert**, gleichzeitig aber **eine verantwortungsvolle Haushaltsführung** verfolgt.

gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Antrag auf eine verstetigte Projektförderung für Fläche e.V. bis 2029

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 410 Kulturamt.

Der Verein **Fläche e.V.** erhält eine **verstetigte Projektförderung bis einschließlich 2029.**

Die jährliche Förderung beträgt mindestens **129.000 €**, davon sind **70.000 € zweckgebunden** für **Miete und Nebenkosten** der genutzten Räumlichkeiten vorgesehen.

Die restlichen Mittel dienen dem **Struktur- und Stellenerhalt**, insbesondere zur **Sicherung der bestehenden Personalstellen**, zur Fortführung der künstlerischen, bildungsbezogenen und partizipativen Arbeit sowie zur Absicherung der Trägerstruktur.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	129	0
Jahr 2	129	0
Jahr 3	129	0
Jahr 4	129	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-liste enthalten)	
THH	410 Kulturamt
(Mitteilungs-) Vorlage	1019/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations-einheit bzw. Stellen-nummer	Funktions-bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW-Vermerk <b>bisher</b>	KW-Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

#### 1. Bedeutung von Fläche e.V.

Fläche e.V. ist eine **zentrale Initiative der freien Szene in Stuttgart**, die Räume, Infrastruktur und organisatorische Rahmenbedingungen für interdisziplinäre Kunst-, Diskurs- und Beteiligungsprojekte bereitstellt.

Als Plattform für bildende Kunst, Performance, stadtgesellschaftliche Themen und Soziokultur bietet der Verein **nachhaltige Unterstützung für lokale und regionale Künstler\*innen** und ist in zahlreiche Kooperationsnetzwerke eingebunden.

#### 2. Notwendigkeit der Verstetigung

Bisher wurde Fläche e.V. im Rahmen projektbezogener Förderungen unterstützt. Diese Form der Förderung führt jedoch zu **struktureller Unsicherheit** und erschwert langfristige Planung, insbesondere in Hinblick auf Personal-, Miet- und Nebenkosten. Die Verstetigung bis 2029 schafft **Planungssicherheit** und ermöglicht die **kontinuierliche Weiterentwicklung der Programmarbeit**, ohne dass jährlich neue Anträge gestellt werden müssen.

#### 3. Kulturelle und gesellschaftliche Wirkung

Fläche e.V. trägt seit mehreren Jahren maßgeblich zur **Stärkung einer interkulturellen und diversen Kunst- und Kulturszene in Stuttgart** bei. Durch offene Strukturen, kollaborative Formate und Beteiligungsangebote entstehen Räume für künstlerische und gesellschaftliche Auseinandersetzung, die sowohl für etablierte Künstler\*innen als auch für junge Initiativen zugänglich sind. Der Verein fördert Diversität, Barrierefreiheit und nachhaltige Stadtentwicklung und agiert damit im Einklang mit den kulturpolitischen Zielen der Stadt Stuttgart.

#### 4. Haushaltsrechtliche Einordnung

Da die Kostenstruktur von Fläche e.V. in hohem Maße aus **laufenden Verpflichtungen** besteht (insbesondere Miet- und Personalverträgen), ist eine **projektbezogene Einzelförderung nicht mehr sachgerecht**.

Die Verstetigung der Förderung über vier Jahre (bis 2029) ermöglicht eine

wirtschaftliche Mittelverwendung, eine Verringerung des Verwaltungsaufwands und erhöht die Wirksamkeit der eingesetzten öffentlichen Mittel.

gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Fortführung und Entfristung der institutionellen Förderung für contain't e.V. zur  
Bespielung der Brache P7**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 410 Kulturamt.

Die institutionelle Förderung des Vereins **contain't e.V.** wird **verstetigt und entfristet**, um die **dauerhafte Bespielung der Brache P7** sicherzustellen.

Die jährliche Förderung wird ab dem Haushaltsjahr 2026 auf **100.000 €** festgelegt.

Die Mittel dienen der **Sicherung des Betriebs**, der **künstlerischen und kulturellen Bespielung** des Geländes P7 sowie der **Grundstruktur des Vereins**.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	100	0
Jahr 2	100	0
Jahr 3	100	0
Jahr 4	100	0
Jahr 5	100	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-Liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-Liste enthalten)	
THH	410 Kulturamt
(Mitteilungs-) Vorlage	1019/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations-einheit bzw. Stellen-nummer	Funktions-bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW-Vermerk <b>bisher</b>	KW-Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

## Begründung/Erläuterung

### 1. Ausgangslage und Bedeutung von contain't e.V.

Der Verein **contain't e.V.** ist seit Jahren eine tragende Säule der freien Kulturszene in Stuttgart.

Mit seiner Arbeit im Bereich der **sozio-kulturellen Stadtentwicklung, Kunst im öffentlichen Raum und Zwischennutzung urbaner Räume** trägt der Verein wesentlich zur kulturellen Vielfalt, Innovation und Bürger\*innenbeteiligung bei. Die Neuunterbringung von **contain't e.V.** auf der **Brache P7** soll sich in den kommenden Jahren zu einem lebendigen Kultur- und Begegnungsort etablieren, an dem Kunst, Musik, Stadtökologie und Gemeinwesenarbeit auf einzigartige Weise zusammenkommen.

### 2. Entfristung als kulturpolitisches Signal

Die bisher befristete Förderung war mit dem Ziel einer Erprobung und Evaluierung verbunden.

Nachweislich hat contain't e.V. eine **strukturstabile und zukunftsfähige Plattform** für künstlerische, ökologische und soziale Projekte geschaffen.

Eine **Entfristung** der institutionellen Förderung ist daher folgerichtig: Sie sichert Planungssicherheit, stärkt langfristige Kooperationen und reduziert den Verwaltungsaufwand durch wiederholte Projektanträge.

Zudem entspricht sie den kulturpolitischen Leitlinien der Stadt Stuttgart zur Stärkung freier, selbstverwalteter Räume.

### 3. Weiterführung der laufenden Förderung auf 100.000 €

Mit der vorgesehenen **Erhöhung um 100.000 €** wird dem Grundsatz einer **verantwortungsvollen Haushaltsführung** Rechnung getragen.

Der Betrag wird gemäß der Empfehlung der Kulturverwaltung so angepasst, da

- der Verein durch Eigenmittel, Kooperationen und Drittmittel bereits eine stabile Finanzierungsbasis aufbauen konnte,
- die Aufbauphase abgeschlossen ist und damit geringere Investitionskosten anfallen,
- die institutionelle Förderung nun gezielt der **Struktursicherung und Grundversorgung** (z. B. Personal, Betrieb, Basistechnik, Infrastruktur) dient.

Die Summe von 100.000 € ermöglicht weiterhin eine verlässliche Grundförderung, ohne den Charakter der Eigeninitiative und Selbstverwaltung zu gefährden.

#### 4. Wirkung und Perspektive

Die Verstetigung der Förderung für contain't e.V. sichert den langfristigen Erhalt eines **wichtigen soziokulturellen Raumes**, der sonst im Kontext von Flächenentwicklung und Stadtverdichtung verloren gehen könnte.

Die **Brache P7** fungiert als Labor für nachhaltige Stadtgestaltung, kulturelle Teilhabe und kreative Zwischennutzung – Themen, die im Einklang mit der Nachhaltigkeitsstrategie und Kulturentwicklungsplanung der Stadt Stuttgart stehen. Die Fortführung der Förderung ermöglicht zudem eine langfristige Einbindung in den städtischen Dialog über Stadtentwicklung, Kultur und Nachhaltigkeit.

gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
 Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
 Tillmann Bollow  
 Sara Dahme  
 Dr. Maria Hackl  
 Celine Hirschka  
 Dejan Perc  
 Lucia Schanbacher  
 Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Entfristung und Anpassung der institutionellen Förderung für das Citizen KANE Kollektiv e.V. Stuttgart auf 100.000 € jährlich

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 410 Kulturamt.

1. Die bisher befristete institutionelle Förderung für das **Citizen KANE Kollektiv e.V.** wird **entfristet** und als dauerhafte Förderung fortgeführt.
2. Die jährliche Förderung wird ab dem Haushaltsjahr 2026 auf **100.000 €** festgesetzt.
3. Die Förderung dient der **Sicherung des künstlerischen Betriebs**, der **Personal- und Strukturkosten** sowie der **Weiterentwicklung der freien Theaterszene** in Stuttgart.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	100	0
Jahr 2	100	0
Jahr 3	100	0
Jahr 4	100	0
Jahr 5	100	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-liste enthalten)	
THH	410 Kulturamt
(Mitteilungs-) Vorlage	1019/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations-einheit bzw. Stellen-nummer	Funktions-bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW-Vermerk <b>bisher</b>	KW-Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

## Begründung/Erläuterung

### 1. Ausgangslage und Bedeutung

Das **Citizen KANE Kollektiv e.V.** gehört zu den **profilprägenden freien Theatergruppen Stuttgarts**.

Seit seiner Gründung entwickelt das Kollektiv eigenständige Produktionen an der Schnittstelle von Theater, Performance, Medienkunst und gesellschaftlichem Diskurs.

Mit innovativen Formaten und spartenübergreifenden Projekten hat es sich sowohl lokal als auch bundesweit einen Namen gemacht und trägt maßgeblich zur **Profilbildung der freien Szene** in Stuttgart bei. Die innovative Arbeit an gesellschaftspolitischen Themen und lokalen Themen und die Interdisziplinarität in verschiedenste Netzwerke, sowie europäische Sichtbarkeit zeichnet dieses Projekt aus.

Die bisherige institutionelle Förderung hat die kontinuierliche Arbeit des Vereins ermöglicht, war jedoch **zeitlich befristet**, um eine Evaluierung der Wirkung und Strukturen zu ermöglichen.

Diese Evaluierung ist positiv: Das Kollektiv hat nachhaltige Strukturen geschaffen, beschäftigt regelmäßig freischaffende *Künstlerinnen und Technikerinnen* und steht für eine konsequente Förderung junger künstlerischer Positionen.

### 2. Entfristung der Förderung

Die Entfristung stellt eine **Anerkennung der kontinuierlichen künstlerischen Leistung** dar und schafft die notwendige Planungssicherheit, um langfristige Projekte, Kooperationen und Personalbindungen aufzubauen.

Zudem reduziert sie die Verwaltungskosten für wiederkehrende Projektanträge und trägt zur Professionalisierung der freien Szene bei.

Eine dauerhafte Förderung entspricht den kulturpolitischen Leitlinien der Stadt Stuttgart, die eine **Stärkung institutioneller Strukturen** in der freien Szene vorsieht,

um nachhaltige Arbeitsbedingungen zu gewährleisten. Zudem können durch die Fördergelder der Stadt weitere Förderstrukturen beantragt werden.

### 3. Erhöhung um 100.000 € jährlich

Mit der Erhöhung der auf **100.000 € pro Jahr** wird einerseits die Haushaltskonsolidierung der Stadt berücksichtigt, andererseits bleibt die **Grundstruktur des Vereins arbeitsfähig**.

Die Summe deckt die wesentlichen Fixkosten (Raummiete, Verwaltung, Projektkoordination, künstlerische Grundarbeit) und ermöglicht weiterhin eine solide Basisförderung, die durch Drittmittel (Land, Bund, Stiftungen, Koproduktionen) ergänzt werden kann.

Die Reduktion ist somit haushalterisch vertretbar und zugleich kulturpolitisch verantwortungsvoll, da sie die **Existenzsicherung** der Einrichtung garantiert.

### 4. Wirkung und Perspektive

Die Verstetigung und gleichzeitige Neuausrichtung der Förderung stärkt die langfristige Präsenz des Citizen KANE Kollektivs als innovatives Zentrum für **zeitgenössisches Theater und Performance in Stuttgart**.

Das Kollektiv agiert als Impulsgeber für neue Formen des Erzählens, der digitalen und analogen Vermittlung sowie der gesellschaftlichen Reflexion durch Kunst. Mit stabiler Basisförderung kann es weiterhin qualitativ hochwertige Produktionen realisieren und als Partner für andere freie Initiativen, Festivals und Bildungseinrichtungen agieren.

gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Deja Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Entfristung der institutionellen Förderung und Reduzierung auf 100.000 € jährlich für Herbort &amp; Mohren GbR

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 410 Kulturamt.

Die bisher befristete **institutionelle Förderung für Herbort & Mohren GbR** wird **entfristet** und dauerhaft in die institutionelle Kulturförderung der Stadt Stuttgart überführt.

Die jährliche Fördersumme wird ab dem Haushaltsjahr 2026 auf **100.000 €** festgesetzt.

Die Förderung dient der **Sicherung des künstlerischen Betriebs**, der **strukturellen Stabilität** und der **kontinuierlichen Entwicklung von Kinder-, Familien- und Teilhabeformaten** sowie der **Nachwuchsförderung**.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	100	0
Jahr 2	100	0
Jahr 3	100	0
Jahr 4	100	0
Jahr 5	100	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-Liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-Liste enthalten)	
THH	410 Kulturamt
(Mitteilungs-) Vorlage	1019/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations-einheit bzw. Stellen-nummer	Funktions-bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW-Vermerk <b>bisher</b>	KW-Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

## Begründung/Erläuterung

### 1. Künstlerisches Profil und Bedeutung

Die Herbort & Mohren GbR zählt zu den profilprägenden freien Theaterstrukturen Stuttgarts. Ensemble entwickelt seit Jahren innovative Theater-, Performance- und Vermittlungsformate, die ästhetische Qualität mit sozialer Relevanz verbinden.

- Teilhabe- und Inklusionsformate, die kulturelle Teilhabe unabhängig von Herkunft, Alter oder Bildung ermöglichen,
- Kinder- und Familienangebote, die künstlerische Bildung niedrigschwellig und generationsübergreifend zugänglich machen,
- Förderung des künstlerischen Nachwuchses, durch Kooperationen mit Schulen, Hochschulen und freien Gruppen,
- sowie durch eine hohe inhaltliche und ästhetische Innovationskraft im zeitgenössischen Theater.

Für diese Arbeit wurde Herbort & Mohren GbR 2022 mit dem Deutschen Theaterpreis ausgezeichnet, was die herausragende Qualität und nationale Relevanz der Stuttgarter Produktion bestätigt.

### 2. Entfristung der institutionellen Förderung

Die bisher befristete Förderung hat sich bewährt: Die GbR hat eine stabile Organisationsstruktur aufgebaut, professionelle Arbeitsbedingungen geschaffen und eine kontinuierliche Präsenz in der Stuttgarter Theaterlandschaft etabliert. gewährleistet Planungssicherheit und stärkt den langfristigen Fortbestand dieser erfolgreichen Struktur.

### 3. Anpassung auf 100.000 € jährlich

Mit der Anpassung der bisherigen institutionellen Mittel auf 100.000 € pro Jahr wird den gesamtstädtischen Haushaltszwängen Rechnung getragen, ohne die Arbeitsfähigkeit der Einrichtung grundlegend zu gefährden. der kontinuierlichen künstlerischen Arbeit. bleibt Raum für die

Einwerbung zusätzlicher Projekt-, Landes- und Bundesmittel, die bereits in der Vergangenheit erfolgreich akquiriert wurden.

#### 4. Gesellschaftliche Wirkung

Herbort & Mohren GbR leistet einen bedeutenden Beitrag zu den Zielen der kulturellen Bildung, Inklusion und Teilhabe in Stuttgart. Angebot richtet sich an Kinder, Jugendliche, Familien und Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen. offene Formate, partizipative Ansätze und Kooperationen mit Schulen und sozialen Einrichtungen werden neue Publikumsschichten erreicht und künstlerische Prozesse für breite Bevölkerungsgruppen zugänglich gemacht. Die Verstetigung der Förderung sichert diese wichtige Arbeit langfristig und stärkt Stuttgarts Position als Stadt der kulturellen Vielfalt und innovativen Theaterarbeit.

gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

## Haushaltsantrag (Anfrage)

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Wie soll die gleichmäßige Konsolidierungsreduzierung im Kulturamt im Detail aussehen?

### Antrag

Im Rahmen des aktuellen Haushaltsentwurfs ist eine **Konsolidierungsreduzierung im Kulturbereich** vorgesehen. In einem Schreiben an die Kultureinrichtungen werden die Kürzungen **global bzw. pauschal dargestellt**, wodurch der konkrete Einfluss auf die einzelnen Kulturinstitutionen, Projekte und Förderlinien unklar bleibt.

Vor diesem Hintergrund bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen:

#### 1. Abbildung der pauschalen Kürzung:

- Welche Methode wird verwendet, um die pauschale Kürzung auf einzelne Einrichtungen, Förderlinien oder Projekte anzuwenden?
- Werden Kürzungen linear auf alle Posten verteilt oder nach bestimmten Kriterien (z. Einrichtungen)?

#### 2. Betroffene Einrichtungen und Projekte:

- Welche Kultureinrichtungen oder Förderlinien sind konkret von der Konsolidierungsreduzierung betroffen?
- Gibt es Ausnahmen oder Schutzmaßnahmen für besonders vulnerable Institutionen (z.

#### 3. Nachvollziehbarkeit und Transparenz:

- Wie wird sichergestellt, dass die Kürzungen **nachprüfbar und nachvollziehbar** in den Haushaltsunterlagen abgebildet werden?
- Gibt es einen **Abgleich mit den bisherigen Haushaltszahlen**, um den tatsächlichen Einfluss der Kürzung auf die Kulturförderung darzustellen?

#### 4. Folgenabschätzung:

- Liegt eine **Einschätzung der Auswirkungen** der pauschalen Kürzung auf die Programmvielfalt, Personalplanung oder Öffnungszeiten der städtischen Kultureinrichtungen vor?

### Begründung:

Die Kulturförderung ist ein zentraler Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge und leistet einen wichtigen Beitrag zur gesellschaftlichen Teilhabe, Bildung und

Identität. Pauschale Kürzungen ohne transparente Darstellung erschweren eine fundierte Haushaltsplanung und lassen den Einfluss auf einzelne Einrichtungen und Projekte unklar. Eine detaillierte Aufschlüsselung ist daher notwendig, um die finanziellen Konsequenzen für den Kulturbereich nachvollziehbar zu machen.

gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

THH	410 Kulturamt
Seite Anmelde­liste (wenn vorhanden)	
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
SPD und Volt
Betreff
Anpassung der Bezirksbudgets

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 150 Bezirksämter.

Wir beantragen die Kürzung der Bezirksbudgets um 20 % von 1.310.000 Euro auf 1.048.000 Euro.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	-262	0
Jahr 2	-262	0
Jahr 3	-262	0
Jahr 4	-262	0
Jahr 5	-262	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-liste (Rote Liste) enthalten	Ja
Seite (wenn in Anmelde-liste enthalten)	
THH	150 Bezirksämter
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Der Gemeinderat hatte zum Doppelhaushalt 2018/19 beschlossen, die bisherigen Budgetmittel „Verfügungsbudget Bezirksbeiräte“ und Budget für „eigene kulturelle Veranstaltungen“ zusammenzuführen und von 305.000 Euro jährlich auf 1.310.000 Euro zu erhöhen. Im aktuellen Mittelabfluss zeigen sich Verzögerungen. Die Bezirksbeirat\*innen können auch mit einem reduzierten Betrag von 1,05 Millionen Euro pro Jahr ihnen wichtige Vorhaben fördern und zur Haushaltskonsolidierung beitragen.

*gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag (Anfrage)**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
SPD und Volt
Betreff
Planungsstop ohne Transparenz

**Antrag**

Bei der Einbringung des Doppelhaushalts 2026/2027 wurde vom Herrn Oberbürgermeister ein weitreichender Planungsstop verkündet. Die vorgelegten Haushaltsunterlagen werfen hier erhebliche Fragen auf, die von der Verwaltung rechtzeitig vor der ersten Lesung projektscharf zu beantworten sind:

1. Welche Investitionsprojekte wurden aufgrund dieses Planungsstops nicht in den Haushaltsentwurf aufgenommen?
2. Welche Investitionsprojekte wurden aus anderen Gründen nicht in den Haushaltsentwurf aufgenommen?
3. Wo wurden Ausnahmen vom Planungsstop gemacht und warum?

*gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
 Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
 Tillmann Bollow  
 Sara Dahme  
 Dr. Maria Hackl  
 Celine Hirschka  
 Dejan Perc  
 Lucia Schanbacher  
 Clara Streicher

THH	200 Stadtkämmerei 230 Liegenschaftsamt 400 Schulverwaltungsamt 650 Hochbauamt 660 Tiefbauamt 670 Garten-, Friedhofs-, und Forstamt
-----	---

Seite Anmelde-Liste (wenn vorhanden)	
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Bauunterhaltungsbudget beim Liegenschaftsamt nicht kürzen

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 230 Liegenschaftsamt.

Das Bauunterhaltungsbudget des Liegenschaftsamtes wird in den Haushaltsjahren 2026 und 2027 im FinHH um 1 Mio. EUR p.a. erhöht.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	0	1000
Jahr 2	0	1000
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-Liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-Liste enthalten)	
THH	230 Liegenschaftsamt
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Dem Liegenschaftsamt stand in den vergangenen Jahren ein Bauunterhaltungsbudget von 2 Mio. EUR p.a. im FinHH zur Verfügung. Die Mittel werden im Hinblick auf den Zustand der städtischen Liegenschaften dringend gebraucht. Die im Haushaltsplanentwurf vorgenommene Kürzung um 50% ist daher rückgängig zu machen. Denn nicht vorgenommene Bauunterhaltungsmaßnahmen werden am Ende immer teurer und belasten die kommenden Haushalte dann noch mehr.

### *Gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Interim Aus- und Fortbildungszentrum der Feuerwehr

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 230 Liegenschaftsamt.

Ein interimistische Aus- und Fortbildungszentrum (AFZ) an der Sigmariger Straße ermöglichen.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	1.000	0
Jahr 2	1.250	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-Liste (Rote Liste) enthalten	Ja
Seite (wenn in Anmelde-Liste enthalten)	Anlage 3 zur Finanzplanung - Seite 3
THH	230 Liegenschaftsamt
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Erst in diesem Jahr konnte die Stadt Stuttgart nach zäher und langjähriger Suche eine hinreichend große Fläche an der Sigmaringer Straße 125 in Möhringen zum Bau eines neuen Aus- und Fortbildungszentrum (AFZ) für die Feuerwehr Stuttgart erwerben. Ein neues AFZ wird deshalb dringend gebraucht, da nach endgültiger Schließung der alten Feuerwache 5 in der Tränke (Degerloch) Ende 2026 die Stuttgarter Feuerwehr (Berufsfeuerwehr und Freiwillige Feuerwehren) keine Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten mehr zur Verfügung stehen würden. Mit einem neuen AFZ ist die zwingend erforderlichen Aus- und Fortbildung gesichert.

Bis zum Bau eines neuen AFZ gilt es nun, die Fläche an der Sigmaringer Straße so zu ertüchtigen (z.B. die Bestandsgebäude), dass interimistisch die Aufgaben eines AFZ gewährleistet sind.

### Gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Sanierung Feuerwehrhaus Botnang

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 230 Liegenschaftsamt.

Sanierung des Feuerwehrhauses der Freiwilligen Feuerwehr Botnang.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	38	0
Jahr 2	234	0
Jahr 3	803	0
Jahr 4	113	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-Liste (Rote Liste) enthalten	Ja
Seite (wenn in Anmelde-Liste enthalten)	Anlage 3 zur Finanzplanung - Seite 3
THH	230 Liegenschaftsamt
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

## Begründung/Erläuterung

Wie viele andere Feuerwehrhäuser der Freiwilligen Feuerwehren in Stuttgart ist das Feuerwehrhaus der FFW Botnang stark sanierungsbedürftig. Zudem ist der der Einbau einer Abgasabsauganlage erforderlich. Die Sanierung des Bestandes und Erweiterung ist nun angezeigt.

### *Gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag (Anfrage)**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Ist die Sanierung des Städtischen Frauenhauses gesichert?

**Antrag**

Die Verwaltung berichtet, ob neben der Finanzierung des Interims auch die finanziellen Mittel für die anstehende Sanierung des städtischen Frauenhauses im Haushalt eingestellt sind.

Das städtische Frauenhaus ist – wie auch das autonome Frauenhaus – eine anonyme Schutzeinrichtung für Frauen und Kinder, die von häuslicher Gewalt betroffen sind. Das Gebäude ist in die Jahre gekommen und bedarf dringend der Sanierung, die wir ausdrücklich unterstützen.

*Gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende

Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender

Tillmann Bollow

Sara Dahme

Dr. Maria Hackl

Celine Hirschka

Dejan Perc

Lucia Schanbacher

Clara Streicher

THH	230 Liegenschaftsamt
Seite Anmelde-Liste (wenn vorhanden)	
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

**Haushaltsantrag (Anfrage)**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Anfrage zu den Mietkosten städtischer Kultureinrichtungen in Liegenschaften der Stadt

**Antrag**

Die Stadt betreibt bzw. unterstützt eine Vielzahl von kulturellen Einrichtungen, die sich in städtischen Liegenschaften befinden.

**In diesem Zusammenhang bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen:**

- Welche kulturellen Einrichtungen (Museen, Theater, Musikschulen, Bibliotheken, soziokulturelle Zentren etc.) befinden sich in Liegenschaften, die sich im Eigentum der Stadt befinden oder von städtischen Gesellschaften (z. B. Stadtwerke, Immobiliengesellschaften) verwaltet werden?
- Welche dieser Einrichtungen zahlen Miete oder Pacht an die Stadt oder städtische Gesellschaften?

Bitte jeweils mit Angabe der Höhe der jährlichen Miet- bzw. Pachtzahlungen und der Vertragsgrundlage (z. B. Mietvertrag, Nutzungsvereinbarung).

- Wie hoch sind die Nebenkosten (z. B. Betriebskosten, Instandhaltungsumlagen), die zusätzlich von den jeweiligen Einrichtungen getragen werden?
- In welchen Fällen wird auf Mietzahlungen ganz oder teilweise verzichtet (z. B. aus kulturpolitischen oder gemeinnützigen Gründen)?
- Wie wirken sich die Mietzahlungen der kulturellen Einrichtungen auf deren jährliche Haushalte aus (insbesondere im Verhältnis zu den institutionellen Zuschüssen der Stadt)?
- Gibt es Überlegungen, die Mietstruktur für kulturelle Einrichtungen anzupassen, um deren wirtschaftliche Stabilität und kulturelle Arbeit langfristig zu sichern und eine faire Verhältnismäßigkeit zu gewährleisten?

**Begründung:**

Die Mietkonditionen für städtische Kultureinrichtungen und städtisch geförderte Kulturprojekte haben erheblichen Einfluss auf deren finanzielle Leistungsfähigkeit und die Kulturförderung insgesamt. Eine transparente Übersicht über die Miet- und Nutzungskosten ist daher für die Haushalts- und Kulturpolitik von zentraler Bedeutung. Zudem erachten wir es nicht für sinnvoll Kulturfördergelder über Mieten ins Liegenschaftsamt "umzuschichten".

*Gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende

Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender

Tillmann Bollow

Sara Dahme

Dr. Maria Hackl

Celine Hirschka

Dejan Perc

Lucia Schanbacher

Clara Streicher

THH	230 Liegenschaftsamt
Seite Anmelde­liste (wenn vorhanden)	
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

**Haushaltsantrag (Anfrage)**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
SPD und Volt
Betreff
Sagt die Stadt die IBA'27 ab?

**Antrag**

Die Verwaltung berichtet zur ersten Lesung, welche Mittel für die IBA'27 sowohl im Haushaltsjahr 2026 als auch im Haushaltsjahr 2027 notwendig sind, um die IBA'27 wie geplant durchführen zu können. Wie kann es sein, dass ausgerechnet beim Amt für Stadtplanung und Wohnen und der Stadtkämmerei die notwendigen Mittel für die IBA nicht eingestellt wurden? Die IBA'27 STADTREGION Stuttgart, einhundert Jahre nach der IBA 1927 in Stuttgart muss ein Erfolg werden und die Wege in ein Neues Bauen der Zukunft aufzeigen. Auch, aber gerade in Stuttgart, dem Herzen der Region. Die Stadt läuft hier ohne die notwendigen Mittel Gefahr, sich international zu blamieren. Wir wollen mit diesem Antrag dafür sorgen, dass uns diese Blamage erspart bleibt und die IBA'27 auch in Stuttgart ein Erfolg wird. Nur mit den notwendigen Mitteln kann es gelingen, dass die IBA'27 nachhaltig wirkt und in der gewünschten Qualität sichtbar wird.

*Gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
 Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
 Tillmann Bollow  
 Sara Dahme  
 Dr. Maria Hackl  
 Celine Hirschka  
 Dejan Perc  
 Lucia Schanbacher  
 Clara Streicher

THH	200 Stadtkämmerei 610 Amt für Stadtplanung und Wohnen
Seite Anmelde-Liste (wenn vorhanden)	

(Mitteilungs-) Vorlage	0815/2025 MV HH; 1080/2025 MV HH
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Streichung Investitionszuschuss Objektgesellschaft Schleyer-Halle und Neue Arena GmbH &amp; Co. KG

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 200 Stadtkämmerei.

Wir beantragen die Streichung aller Mittel für die Neue Arena als Nachfolgebau der Schleyer-Halle (Anlage 1 zur Finanzplanung, Seite 12, Ziff. 781).

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	0	-2500
Jahr 2	0	-2500
Jahr 3	0	-20000
Jahr 4	0	-20000
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-liste enthalten)	
THH	200 Stadtkämmerei
(Mitteilungs-) Vorlage	1092/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	247
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Der Neubau einer Halle für 19.000 Zuschauer\*innen aus städtischen Geldern ist in den kommenden Jahren unrealistisch bis illusorisch. Etwaige Überlegungen hinsichtlich einer Finanzierung der Halle über Investoren sind in einem so frühen Status, dass hierfür zum jetzigen Zeitpunkt keine Mittel zur Verfügung gestellt werden sollten.

gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende

Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender

Tillmann Bollow

Sara Dahme

Dr. Maria Hackl

Celine Hirschka

Dejan Perc

Lucia Schanbacher

Clara Streicher

**Haushaltsantrag (Anfrage)**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Handlungsoptionen bei der Einführung der Bettensteuer

**Antrag**

Wie genau soll die geplante Übernachtungssteuer ausgestaltet werden? Welche Überlegungen bestehen seitens der Verwaltung, ob ein fixer Betrag pro Übernachtung zur Anwendung kommt oder ob die Steuer sich aus einem prozentualen Anteil des Übernachtungspreises ergeben wird? Von welchen Bürokratiekosten geht die Verwaltung auf Seiten der Stadt und auf Seiten der Hotellerie aus? Wie viele Stellen müssen im Rahmen der Einführung bei der Stadtkämmerei geschaffen werden? Wie kann die Bettensteuer so ausgestaltet werden, dass Sie möglichst wenig Bürokratiekosten verursacht?

*gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
 Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
 Tillmann Bollow  
 Sara Dahme  
 Dr. Maria Hackl  
 Celine Hirschka  
 Dejan Perc  
 Lucia Schanbacher  
 Clara Streicher

THH	900 Allgemeine Finanzwirtschaft
Seite Anmelde-Liste (wenn vorhanden)	
(Mitteilungs-) Vorlage	1092/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Verantwortungsgerechte Haushaltskonsolidierung – maßvolle Erhöhung der Gewerbesteuer

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 900 Allgemeine Finanzwirtschaft.

Der Hebesatz für die Gewerbesteuer wird bei 430 v.H. festgesetzt.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	-21400	0
Jahr 2	-21400	0
Jahr 3	-21400	0
Jahr 4	-21400	0
Jahr 5	-21400	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-Liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-Liste enthalten)	
THH	900 Allgemeine Finanzwirtschaft
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations-einheit bzw. Stellen-nummer	Funktions-bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW-Vermerk <b>bisher</b>	KW-Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Der Hebesatz für die Gewerbesteuer liegt in Stuttgart seit dem Jahr 2000 unverändert bei 420 v. H. Damit hat die Landeshauptstadt über 25 Jahre hinweg auf eine Anpassung verzichtet – trotz steigender Kosten für Infrastruktur und Daseinsvorsorge. Im Zuge der aktuellen Haushaltskonsolidierung werden weite Teile der Stadtgesellschaft, insbesondere Familien, Beschäftigte im öffentlichen Dienst und Träger sozialer Einrichtungen, mit Einschränkungen und Kürzungen konfrontiert. Dass die Gewerbesteuer als zentrale kommunale Einnahmequelle dabei vollständig unangetastet bleiben soll, ist nicht sachgerecht und nicht solidarisch.

Zudem wurde das Gewerbe im Rahmen der Grundsteuerreform deutlich entlastet. Während andere Kommunen bereits Vergleichszahlen zu den fiskalischen Effekten vorgelegt haben, liegen aus Stuttgart bislang keine entsprechenden Berechnungen vor. Nach den Erfahrungen anderer Städte ist davon auszugehen, dass die Entlastungen dort spürbar waren.

**Vor diesem Hintergrund beantragen wir eine maßvolle Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes um 10 Prozentpunkte, also von 420 v. H. auf 430 v. H.** Diese Anpassung bewegt sich weiterhin im moderaten Bereich und trägt zur gerechten Verteilung der Konsolidierungslasten bei. Wir gehen davon aus, dass die Erhöhung in etwa jener Entlastung entspricht, die den Unternehmen durch die Grundsteuerreform bereits zugutekam.

### *Gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Wohnraum gerecht nutzen – Zweitwohnungssteuer erhöhen

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 900 Allgemeine Finanzwirtschaft.

Die Zweitwohnungssteuer wird auf 20 Prozent der jährlichen Nettokaltmiete erhöht.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	-1600	0
Jahr 2	-1600	0
Jahr 3	-1600	0
Jahr 4	-1600	0
Jahr 5	-1600	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-liste enthalten)	
THH	900 Allgemeine Finanzwirtschaft
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Angesichts der angespannten Haushaltslage und des weiterhin hohen Drucks auf den Wohnungsmarkt ist eine Anpassung der Zweitwohnungssteuer ein wirksames und sozial gerechtes Instrument. Stuttgart verzeichnet seit Jahren einen erheblichen Anteil an Nebenwohnsitzen. Viele dieser Wohnungen bleiben über weite Teile des Jahres ungenutzt, während gleichzeitig die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum steigt. Eine Erhöhung der Zweitwohnungssteuer stärkt den Anreiz, Nebenwohnungen aufzugeben oder als Hauptwohnsitz zu melden, und erhöht zugleich die Einnahmen für die Stadt. Im Vergleich zu anderen Großstädten liegt Stuttgart mit dem bisherigen Hebesatz im unteren bis mittleren Bereich. Eine Anpassung ist daher vertretbar und schafft eine gerechtere Balance zwischen individuellen Wohnentscheidungen und öffentlicher Verantwortung. Die zusätzlichen Einnahmen können gezielt zur Unterstützung wohnungspolitischer Maßnahmen und zur Entlastung sozialer Bereiche eingesetzt werden – insbesondere dort, wo steigende Mieten und Lebenshaltungskosten die Teilhabe am städtischen Leben gefährden.

gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag (Anfrage)**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Eine Grundsteuer C für Stuttgart? Diskutierenswert!

**Antrag****Wir fragen:**

1. Wie viele unbebaute Grundstücke gibt es in Stuttgart schätzungsweise?
2. Wie viele sind davon in der Zeitstufenliste Wohnen? Hierzu liegen also stadtseits konkrete Pläne der Nachverdichtung vor?
3. Welche Instrumente hat die Stadt, um Besitzer\*innen zu überzeugen, nachzuverdichten?
4. Gibt es Überlegungen für die Einführung einer Grundsteuer C?
5. Wie hoch schätzt die Verwaltung die Einnahmen für die Stadt Stuttgart, durch die Einführung der Grundsteuer C?
6. Welche Kosten würden seitens der Verwaltung entstehen?

Nachverdichtung – also Innen- vor Außenbebauung – ist seit Jahren Ziel unserer Wohnungspolitik. Viele Grundstücke sind jedoch in Privatbesitz. Die Stadt hat zwar tolle Pläne der Nachverdichtung, die Besitzer\*innen jedoch wenig Motivation diese zu verwirklichen. Grundstücke mitten in der Stadt, die bereits perfekt erschlossen sind, liegen also brach oder sind nur halb bebaut. Gleichzeitig muss dringend benötigter Wohnraum für teuer Geld dort geschaffen werden, wo vorher keine (Ab-)Wasser-, Energie- oder Straßeninfrastruktur besteht.

Ein vieldiskutiertes Instrument, dem Abhilfe zu schaffen, ist die Grundsteuer C. Für Besitzer\*innen wird demnach eine Steuer fällig, wenn Grundstücke unbebaut bleiben, die auch genutzt werden könnten.

**Gezeichnet**

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
 Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
 Tillmann Bollow  
 Sara Dahme  
 Dr. Maria Hackl  
 Celine Hirschka  
 Dejan Perc  
 Lucia Schanbacher  
 Clara Streicher

THH	900 Allgemeine Finanzwirtschaft
Seite Anmelde-Liste (wenn vorhanden)	
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
SPD und Volt
Betreff
Einstellung Glanzlichter

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 200 Stadtkämmerei.

Wir beantragen die Einstellung der verhältnismäßig teuren Glanzlichter und damit die Einsparung von 300.000 Euro in den Jahren 2026 und 2027.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	-300	0
Jahr 2	-300	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-liste (Rote Liste) enthalten	Ja
Seite (wenn in Anmelde-liste enthalten)	
THH	200 Stadtkämmerei
(Mitteilungs-) Vorlage	1080/2025 MV HH
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Die Glanzlichter erstrahlen zur Winterzeit am Schlossplatz, in der Schulstraße und der Königstraße. Die auffälligen Installationen sind trotz Kooperation mit verschiedenen Partnern sehr teuer. Von den 500.000 Euro jährlich sind bereits 200.000 Euro als Einsparvorschlag eingestellt. Von den verbliebenen 300.000 Euro sollen reduzierte Installationen betrieben werden. Dass etwa 1/3 der Kosten auf Security entfällt, lässt allerdings die Frage aufkommen, ob es nicht günstigere Varianten der Beleuchtung gibt, die keinen eigenen Sicherheitsdienst (in der Höhe) erfordern. Wir sehen, dass eine beleuchtete Innenstadt auch zu einem erhöhten Sicherheitsgefühl beiträgt. Daher sollte ein günstigeres und robusteres Konzept umgesetzt und das Sonderprojekt Glanzlichter eingestellt werden.

gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Streichung Traditionsmorgen Cannstatter Volksfest

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 200 Stadtkämmerei.

Wir beantragen die Streichung aller Gelder für das Historische Volksfest bzw. für den alternativ stattfindenden Traditionsmorgen.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	-100	0
Jahr 2	0	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-Liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-Liste enthalten)	
THH	200 Stadtkämmerei
(Mitteilungs-) Vorlage	1080/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

## Begründung/Erläuterung

Im Rahmen der Budgetbedarfe wurden seitens der Stadtkämmerei 500.000 Euro für das Historische Volksfest angemeldet. Im Rahmen der Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung wurde dieser Betrag auf 100.000 Euro reduziert und stattdessen die Wiedereinführung des Traditionsmorgens ins Spiel gebracht. Der Traditionsmorgen wurde 2024 aus guten Gründen gestrichen, weshalb eine Wiedereinführung abzulehnen ist. Darüber hinaus ist der Mitteleinsatz ineffizient, da das Geld für einen einzigen Vormittag ausgegeben werden würde.

gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende

Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender

Tillmann Bollow

Sara Dahme

Dr. Maria Hackl

Celine Hirschka

Dejan Perc

Lucia Schanbacher

Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
SPD und Volt
Betreff
Sicherheitsdienste im Bürgerservice

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 320 Amt für öffentliche Ordnung.

Wir beantragen für die Sicherheitsdienste im Bürgerservice im Jahr 2026 715.000 Euro und im Jahr 2027 1.300.000 Euro einzustellen. Für die folgenden Jahre 2028 f. jeweils 1.170.000 Euro.

**Finanzielle Auswirkungen**

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	715	0
Jahr 2	1300	0
Jahr 3	1170	0
Jahr 4	1170	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-liste enthalten)	
THH	320 Amt für öffentliche Ordnung
(Mitteilungs-) Vorlage	1064/2025 MV
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Der Einsatz des Sicherheitsdienstes in den hochfrequentierten Kundenbereichen der Ausländerbehörde sowie der Bürgerbüros hat sich in der Praxis bewährt und sollte daher fortgeführt werden.

Die Sicherheitskräfte übernehmen im Auftrag des Amts für öffentliche Ordnung die Steuerung und Lenkung des Kundenverkehrs. Dadurch wird ein geordneter Ablauf sichergestellt, der sowohl die Nachvollziehbarkeit und Verlässlichkeit für die Kundschaft erhöht als auch die Arbeitsprozesse innerhalb der Sachbearbeitung optimiert. Die Mitarbeitenden werden zugleich von konflikträchtigen Diskussionen über die Reihenfolge der Bedienung entlastet, was zu einer spürbaren Effizienzsteigerung in den betroffenen Bereichen führt.

Darüber hinaus trägt die Präsenz des Sicherheitsdienstes wesentlich zur Verbesserung der objektiven Sicherheitslage sowie des subjektiven Sicherheitsempfindens von Kundschaft und Beschäftigten bei. Angesichts der in den letzten Jahren zunehmenden Zahl von Übergriffen auf Mitarbeitende im öffentlichen Dienst kommt der Gewährleistung eines sicheren Arbeitsumfelds besondere Bedeutung zu.

*gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag (Anfrage)**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Wie können Mitarbeitende geschützt werden?

**Antrag**

Im Haushaltsentwurf wird an verschiedenen Stellen beim Sicherheitsdienst gespart. Dies stellt insbesondere beim Amt für öffentliche Ordnung, aber auch beispielsweise beim Jobcenter eine fundamentale Einschränkung des Sicherheitsgefüges dar, denn der Wegfall des Sicherheitsdienstes führt zu einer spürbaren Veränderung der Sicherheitslage in den stark frequentierten Kundenbereichen der Stadtverwaltung. Ohne entsprechende Ersatzmaßnahmen steigt das Risiko von Übergriffen, Bedrohungen und Konflikten, was die Arbeitszufriedenheit, die Gesundheit und die Bindung der Mitarbeitenden an den Arbeitgeber beeinträchtigen kann.

Die Sicherheit der Beschäftigten ist ein zentrales Anliegen der Stadt Stuttgart und wesentliche Voraussetzung für eine funktionierende, bürgerorientierte Verwaltung. Ein schlüssiges Sicherheitskonzept stellt sicher, dass die Mitarbeitenden auch künftig in einem geschützten und verlässlichen Umfeld tätig sein können.

**Wir fragen die Verwaltung daher**, wie sichergestellt werden kann, dass Mitarbeitende und Bürgerinnen und Bürger in einem sicheren Umfeld arbeiten und bedient werden können, wenn massiv am Sicherheitsdienst gespart wird.

*gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
 Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
 Tillmann Bollow  
 Sara Dahme  
 Dr. Maria Hackl  
 Celine Hirschka  
 Dejan Perc  
 Lucia Schanbacher  
 Clara Streicher

THH	100 Haupt- und Personalamt 290 Jobcenter 320 Amt für öffentliche Ordnung
Seite Anmelde- (wenn vorhanden)	
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

**Haushaltsantrag (Anfrage)**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
SPD und Volt
Betreff
Erhalt eines wirksamen Taubenmanagements trotz Haushaltskürzungen

**Antrag**

Das Taubenmanagement in der Stadt ist ein wichtiger Bestandteil der städtischen Ordnung und des Tierschutzes. Es dient dazu, den Taubenbestand zu kontrollieren und eine unkontrollierte Vermehrung mit den damit verbundenen negativen Begleiterscheinungen – wie Verschmutzungen, Gebäudeschäden und Gesundheitsrisiken – zu vermeiden.

Welche Auswirkungen hat die geplante Haushaltskonsolidierung in Höhe von 152.000 Euro pro Jahr auf das bestehende Taubenmanagement der Stadt?

Welche konkreten Maßnahmen oder Projekte wären von dieser Kürzung betroffen?

Ist damit zu rechnen, dass die bisher erreichten Erfolge im Bestandsschutz und in der Populationskontrolle gefährdet werden?

gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
 Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
 Tillmann Bollow  
 Sara Dahme  
 Dr. Maria Hackl  
 Celine Hirschka  
 Dejan Perc  
 Lucia Schanbacher  
 Clara Streicher

THH	320 Amt für öffentliche Ordnung
Seite Anmelde-Liste (wenn vorhanden)	

(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Women's Cycling Grand Prix und Brezel Race - Fortführung in den Jahren 2026 und 2027

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 520 Amt für Sport und Bewegung.

Die notwendigen Mittel zur Fortführung des Women's Cycling Grand Prix und Brezel Race in den Jahren 2026 und 2027 werden bereitgestellt (siehe Vorlagennummer 1057/2025 Anlage 5, Priorität 2).

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	500	0
Jahr 2	500	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-Liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-Liste enthalten)	
THH	520 Amt für Sport und Bewegung
(Mitteilungs-) Vorlage	1057/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Der Women's Cycling Grand Prix Stuttgart wurde erstmals 2023 ausgetragen und ist ein eintägiges internationales Radrennen für Frauen in Baden-Württemberg. Seit seiner Erstaussgabe ist er das einzige Rennen dieser Art in Deutschland und war zunächst in der Kategorie UCI 1.2 klassifiziert. Zur Saison 2024 wurde das Rennen in die höhere Kategorie der UCI Women's ProSeries hochgestuft, was die Teilnahme von mehr erstklassigen Teams ermöglicht. Bei dem Rennen handelt es sich um das wichtigste Eintagesrennen der Frauen-Elite in Deutschland. Teil der Veranstaltung ist das "Jedermann-Rennen" Brezel Race, an dem Hobbysportler\*innen aus ganz Deutschland und den europäischen Nachbarländern teilnehmen. Beide Veranstaltungen sind ein Aushängeschild für die Sportstadt Stuttgart und sollten aus unserer Sicht daher unbedingt weitergeführt werden.

gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag (Anfrage)**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen SPD und Volt
Betreff Notwendige Mittel zum Betrieb vereinseigener Bäder in Stuttgart sicherstellen

**Antrag**

**Die Verwaltung berichtet zur ersten Lesung,** welche Betriebskostenzuschüsse für vereinseigene Bäder notwendig und im Doppelhaushalt 2026/2027 einzustellen sind, um Angebotseinschränkungen bzw. Schließungen zu vermeiden.

*gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
 Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
 Tillmann Bollow  
 Sara Dahme  
 Dr. Maria Hackl  
 Celine Hirschka  
 Dejan Perc  
 Lucia Schanbacher  
 Clara Streicher

THH	520 Amt für Sport und Bewegung
Seite Anmelde-Liste (wenn vorhanden)	
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Österreichischer Platz: Betreuung sichert das Angebot (GRDRs 570/2021 und 514/2023)

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 520 Amt für Sport und Bewegung.

Die notwendigen Mittel für die weitere Bespielung des Österreichischen Platzes werden in den Haushalt eingestellt.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	60	0
Jahr 2	60	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-liste enthalten)	
THH	520 Amt für Sport und Bewegung
(Mitteilungs-) Vorlage	1057/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Der ehemalige Parkplatz beim Österreichischen Platz mit rund 3.000 m<sup>2</sup> ist zentral gelegen und inzwischen ein etablierter Ort für Sport, Bewegung und Begegnung vor allem bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen geworden. An sieben Tagen in der Woche wird der Platz von Sportpädagogen des Gemeinschaftserlebnis Sport betreut. Die Betreuung beinhaltet auch die Verantwortung für den reibungslosen Ablauf der Nutzung, die Aufsicht und die Schlichtung bei Streitfällen. Im Schnitt kommen pro Tag 75 Besucher\*innen. Für die weitere Umsetzung der Sportpädagogischen Betreuung dieser Urban Sports Area am Öschi sind in den Jahren 2026 und 2027 Sachmittel in Höhe von 60 TEUR je Jahr notwendig.

### Gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Weiterführung Nachtschwärmer Gemeinschaftserlebnis Sport (GRDrs 515/2023)

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 520 Amt für Sport und Bewegung.

Die notwendigen Mittel zur Weiterführung des Projekts Nachtschwärmer des GES werden im Haushalt bereitgestellt.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	75	0
Jahr 2	75	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-Liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-Liste enthalten)	
THH	520 Amt für Sport und Bewegung
(Mitteilungs-) Vorlage	1057/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

In den vergangenen beiden Doppelhaushalten wurden zur Umsetzung des Projekts Nachtschwärmer des Gemeinschaftserlebnis Sport (GES) Mittel in Höhe von 75 T € bereitgestellt. Diese Mittel werden gezielt für die Bedürfnisse der Jugendlichen in der Innenstadt verwendet und stellen ein wichtiges pädagogisches Instrument zur Gewaltprävention dar. Dieses erfolgreiche Programm gilt es weiter zu verstetigen.

### Gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Weiterführung des Projekts Digitalisierung im Stuttgarter Sport

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 520 Amt für Sport und Bewegung.

Die notwendigen Mittel zur Weiterführung des Projekts Digitalisierung im Stuttgarter Sport werden im Doppelhaushalt bereitgestellt (GRDRs 516/2023)

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	78	0
Jahr 2	78	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-Liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-Liste enthalten)	
THH	520 Amt für Sport und Bewegung
(Mitteilungs-) Vorlage	516/2023
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

## Begründung/Erläuterung

Der Gemeinderat hat in den vergangenen zwei Doppelhaushalten jeweils 78 T €/a für das Projekt Digitalisierung im Stuttgarter Sport zur Verfügung gestellt. Stand heute sind Anträge von 40 Sportvereinen eingegangen. Der Bedarf wird bei ca. 150 Vereinen gesehen, so dass das Projekt unbedingt fortgesetzt werden muss.

*gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Mittel zur Errichtung von E-Ladesäulen auf Vereinsgeländen aus dem Haushalt streichen

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 520 Amt für Sport und Bewegung.

Die Mittel zur Errichtung von E-Ladesäulen auf Vereinsgeländen werden gestrichen.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	0	-270
Jahr 2	0	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-Liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-Liste enthalten)	
THH	520 Amt für Sport und Bewegung
(Mitteilungs-) Vorlage	1057/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

## Begründung/Erläuterung

Die Errichtung von E-Ladesäulen im Stadtgebiet sind ein wichtiges Mittel um den Umstieg auf die E-Mobilität zu erleichtern. Allerdings sehen wir das nicht als vordringliche Aufgabe des Sportamts. Das Amt selbst hat die Mittel hierfür zu Recht nur auf Platz 18 der Prioritätenliste gesetzt.

## Gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Kein Ersatz der Eishockeybande in der Eiswelt - Instandhaltung aus Investitionspauschale finanzieren

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 520 Amt für Sport und Bewegung.

Die Mittel zum Ersatz der Eishockeybande in der Eiswelt werden aus dem Haushalt gestrichen.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	0	-615
Jahr 2	0	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-liste enthalten)	
THH	520 Amt für Sport und Bewegung
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Die Erneuerung der Eishockeybande wurde vom Sportamt nicht priorisiert. Im Rahmen der angespannten Haushaltslage sind uns andere Investitionen im Sport wichtiger. Die notwendigen Mittel zur Instandsetzung der Eishockeybande können aus der Investitionspauschale bezahlt werden. Eine eigene Veranschlagung der Kosten für eine neue Eishockeybande im Haushalt ist nicht notwendig.

### Gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Investitionszuweisung für Tennisanlage Botnang aus dem Haushalt streichen

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 520 Amt für Sport und Bewegung.

Die Investitionszuweisung an den TC Weißenhof für den Erwerb der Tennisanlage Botnang wird aus dem Haushalt gestrichen (siehe Haushaltsplanentwurf Seite 488, Ziffer 7.520225).

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	0	-520
Jahr 2	0	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-liste enthalten)	
THH	520 Amt für Sport und Bewegung
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Der TC Weißenhof hat im Sportausschuss ein überzeugendes Konzept zur Nachwuchsförderung im Tennis vorgelegt. In Zeiten der Haushaltskonsolidierung setzen wir die Priorität aber auf den Erhalt der bestehenden Strukturen und sehen keinen finanziellen Spielraum für Investitionen in neue Projekte. Aus diesem Grund sind die im Haushaltsplanentwurf vorgesehenen Mittel zu streichen.

*gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Atemschutzausbildung der FFW

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 370 Branddirektion.

Atemschutzausbildung der FFW (Heißausbildung) fördern.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	40	0
Jahr 2	40	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde­liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde­liste enthalten)	
THH	370 Branddirektion
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Die Atemschutzgeräteträger der Freiwilligen Feuerwehr Stuttgart sollten parallel zu den jährlich vorgeschriebenen Belastungsübungen alle vier Jahre eine zusätzliche Heißübung durchführen können. Denn diese Übung dient der Arbeitssicherheit und somit dem Schutz der Feuerwehrleute in Gefährdungssituationen.

Wir unterstützen dieses Anliegen. Wir wollen, dass der ehrenamtliche Einsatz der Feuerwehrleute, der mit großen Risiken für Leib und Leben verbunden ist, gut und qualifiziert/qualifizierend vorbereitet ist.

### *Gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Fortbildung für Truppführer, Gruppenführer und Zugführer der FFW

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 370 Branddirektion.

Fortbildungsbudget für Truppführer, Gruppenführer sowie Zugführer der Freiwilligen Feuerwehr Stuttgart zur Verfügung stellen.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	30	0
Jahr 2	30	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-Liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-Liste enthalten)	
THH	370 Branddirektion
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Das Einsatzgeschehen in den Abteilungen der Freiwilligen Feuerwehr (FFW) in den Stuttgarter Stadtbezirken ist in den letzten Jahren - teilweise sogar erheblich - gestiegen. Hinzu kommt, dass die Führungskräfte in der FFW zusätzliche Fortbildungsaufgaben erfüllen müssen. Deshalb ist ein zusätzliches Fortbildungsbudget für die Truppführer, Gruppenführer sowie Zugführer der Freiwilligen Feuerwehren nicht ein nice to have, sondern dringend erforderlich.

Wir unterstützen dieses Anliegen deshalb ausdrücklich.

### *Gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag (Anfrage)**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
SPD und Volt
Betreff
Sicherstellung des Quartiers- und Leerstandsmonitorings

**Antrag**

Im Haushaltskonsolidierungsvorschlag des Amtes wird die Reduzierung der Sachmittel für das Quartiers- und Leerstandsmonitorings um 12.000 Euro pro Jahr eingebracht. Was bedeutet dies für das Quartiers- und Leerstandsmonitorings konkret? Welche Auswirkungen auf die Erhebung hat die Kürzung und wie wird sichergestellt, dass die wichtigen Daten dazu erhoben und ausgewertet werden können?

*gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
 Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
 Tillmann Bollow  
 Sara Dahme  
 Dr. Maria Hackl  
 Celine Hirschka  
 Dejan Perc  
 Lucia Schanbacher  
 Clara Streicher

THH	120 Statistisches Amt
Seite Anmelde-Liste (wenn vorhanden)	
(Mitteilungs-) Vorlage	1001/2025 MV HH
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Bildungsgerechtigkeit: Ausbildungsticket gerade jetzt nicht einstellen!

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 400 Schulverwaltungsamt.

Das Ausbildungsticket 27 wird nicht eingestellt und hierfür das nötige Budget zur Verfügung gestellt.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	306	0
Jahr 2	337	0
Jahr 3	337	0
Jahr 4	337	0
Jahr 5	337	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-liste enthalten)	
THH	400 Schulverwaltungsamt
(Mitteilungs-) Vorlage	0938/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Azubis, Duale Auszubildende oder Meisterschüler\*innen, die über 27 Jahre alt sind, haben meist nicht den direkten Weg in die Ausbildung genommen. Es handelt sich meist um Menschen, die auf dem zweiten Bildungsweg erst ihren Weg gefunden haben. Die Gründe hierfür sind mannigfach: Persönliche, finanzielle, aber auch gesundheitliche Einschränkungen können ein Grund dafür sein. Muss ich neben meiner Ausbildung jobben, um mir das Leben zu finanzieren? Bin ich schwanger geworden oder muss mich um Familienangehörige kümmern? Wie herausfordernd ist eine Ausbildung?

Die Logik des JugendticketBW ignoriert die persönlichen Umstände der einzelnen. Das führt zu Bildungsungerechtigkeit und das kritisieren wir deutlich. Das Auszubildendenticket Ü27 sollte hier Abhilfe schaffen und für Gerechtigkeit sorgen: Gerade wenn ich es nicht ganz leicht habe im Leben, komme ich trotzdem in die Vorzüge des vergünstigten JugendticketsBW. Das wollen wir gerade jetzt auch weiter ermöglichen.

Wir wollen gerade nicht an jungen Menschen sparen, die es trotz aller Umstände in Ausbildung sind und die eine der dringend benötigten Fachkräfte von morgen sind.

*gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag (Anfrage)**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
SPD und Volt
Betreff
Schülerbeförderung zu Ferienbetreuungsangeboten an den SBBZ

**Antrag**

Im Rahmen der Beratungen zur Umsetzung des Gesetzes zur ganztägigen Förderung von Kindern im Grundschulalter (GaFöG) wurde die Verwaltung beauftragt, zu den Haushaltsberatungen die notwendigen Mittel für die Schülerbeförderung von Schüler\*innen der Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) zu Ferienbetreuungsangeboten darzustellen.

Diese Leistung ist zwar keine Pflichtaufgabe, jedoch für die Teilhabe und Entlastung der betroffenen Familien von großer Bedeutung.

**Wir bitten die Verwaltung daher um die Darstellung der für die Haushaltsjahre 2026/2027 erforderlichen Mittel, um eine Beförderung der Schüler\*innen zu den Ferienbetreuungsangeboten an den SBBZ sicherzustellen.**

*Gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
 Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
 Tillmann Bollow  
 Sara Dahme  
 Dr. Maria Hackl  
 Celine Hirschka  
 Dejan Perc  
 Lucia Schanbacher  
 Clara Streicher

THH	400 Schulverwaltungsamt
Seite Anmelde-Liste (wenn vorhanden)	
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

AVdual verlässlich finanzieren

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 400 Schulverwaltungsamt.

Die Mittel sind zum Ausgleich tariflicher Steigerungen bei den freien Trägern im Rahmen von AVdual zu verwenden.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	137,8	0
Jahr 2	172,8	0
Jahr 3	172,8	0
Jahr 4	172,8	0
Jahr 5	172,8	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-liste enthalten)	
THH	400 Schulverwaltungsamt
(Mitteilungs-) Vorlage	0938/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Die Einführung des Bildungsgangs AVdual an fünf Beruflichen Schulen ab dem Schuljahr 2024/25 und an drei weiteren Schulen ab 2025/26 ist ein wichtiger Schritt, um allen Jugendlichen einen realistischen Anschluss an Ausbildung oder Beschäftigung zu ermöglichen. Damit dieses Konzept seine Wirkung entfalten kann, müssen die personellen und finanziellen Rahmenbedingungen verlässlich abgesichert werden. Im Haushaltsentwurf 2026/27 sind die hierfür notwendigen Mittelbedarfe jedoch nicht vollständig abgebildet. Durch Tarifsteigerungen bei den Trägern entstehen zusätzliche Kosten in Höhe von 137.800 Euro (2026) bzw. 172.800 Euro jährlich ab 2027. Die Absicherung dieser Mittel ist notwendig, um die im Beschluss festgelegte Umsetzung sicherzustellen, Personal- und Trägerverträge einhalten zu können und die Qualität der Übergangsbegleitung zu sichern.

gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Spiel schauen ohne Spielstand? – Sporthallen voll nutzbar halten

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 400 Schulverwaltungsamt.

Die vorgesehene Kürzung der Mittel für Spielstandanzeigen in Turn- und Sporthallen des Schulverwaltungsamts wird zurückgenommen.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	50	0
Jahr 2	50	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-liste enthalten)	
THH	400 Schulverwaltungsamt
(Mitteilungs-) Vorlage	0938/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Die im Haushaltsentwurf vorgesehene Kürzung der Mittel für Spielstandanzeigen in Turn- und Sporthallen (je 50 TEUR) sollte zurückgenommen werden. Auch wenn Spielstandanzeigen für den reinen Schulsport nicht zwingend erforderlich sind, stellen sie für den Vereinssport, insbesondere im Wettkampfbetrieb, eine grundlegende technische Voraussetzung dar. Viele Sporthallen werden in Stuttgart sowohl schulisch als auch durch Vereine genutzt. Eine funktionierende Anzeigetechnik ist daher Teil einer zeitgemäßen und multifunktionalen Hallenausstattung. Sie gewährleistet einen reibungslosen Ablauf des Trainings- und Wettkampfbetriebs, ist Voraussetzung für die Austragung offizieller Spiele und trägt zur Attraktivität der Sportstandorte bei. Die gemeinsame Nutzung von Sporthallen durch Schulen und Vereine erfordert eine Ausstattung, die beiden Bedürfnissen gerecht wird. Die vorgesehene Kürzung würde hingegen die Qualität und Nutzbarkeit der Hallen einschränken und wäre ein falsches Signal an die zahlreichen ehrenamtlich getragenen Sportvereine in der Stadt.

### Gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Pauschale für Um- und Ausbau in der Kindertagesbetreuung

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 510 Jugendamt.

Damit wird eine Pauschale für Um- und Ausbauvorhaben der Kindertagesbetreuung des städtischen und der freien Träger im Ergebnishaushalt eingerichtet.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	1.000	0
Jahr 2	1.000	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-Liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-Liste enthalten)	
THH	510 Jugendamt
(Mitteilungs-) Vorlage	0883/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Die Sicherstellung und Weiterentwicklung der Kindertagesbetreuung ist eine der zentralen Aufgaben der Stadt. Neben Neubauvorhaben entstehen zunehmend Bedarfe für Umbauten, Erweiterungen und Anpassungen bestehender Einrichtungen. Im Haushaltsentwurf sind zwar rund 20 Mio. Euro pro Jahr für investive Maßnahmen vorgesehen, jedoch keine Mittel im Ergebnishaushalt für vorwiegend kleinere Anpassungen und Maßnahmen, sowohl in städtischen Einrichtungen als auch bei den freien Trägern. Gerade diese Maßnahmen sind oft entscheidend, um die Betreuung zu sichern und den Betrieb aufrechtzuerhalten. Zur flexiblen und bedarfsgerechten Umsetzung wird daher eine pauschale Bereitstellung von zwei Mal 1 Mio. Euro (für die Jahre 2026 und 2027) im Ergebnishaushalt beantragt. Die Mittel sollen sowohl den städtischen als auch den freien Trägern zur Verfügung stehen und gezielt für Um- und Ausbaumaßnahmen, kleinere Sanierungen und notwendige Anpassungen in bestehenden Einrichtungen eingesetzt werden können.

*gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Kürzung des Bonuscard-Budgets zurücknehmen

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 510 Jugendamt.

Die Streichung des Bonuscard-Budgets in Kitas, Schülerhäusern und Ganztagschulen wird zurückgenommen.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	616	0
Jahr 2	616	0
Jahr 3	616	0
Jahr 4	616	0
Jahr 5	616	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-liste enthalten)	
THH	510 Jugendamt
(Mitteilungs-) Vorlage	0883/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations-einheit bzw. Stellen-nummer	Funktions-bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW-Vermerk <b>bisher</b>	KW-Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Das Bonuscard-Budget ist ein bewährtes Instrument, um soziale Teilhabe in der frühkindlichen und schulischen Bildung gezielt zu fördern. Tageseinrichtungen für Kinder und Schülerhäuser erhalten derzeit 100 € pro BonusCard-Inhaber\*in, Ganztageschulen 50 € pro Kind.

Die Mittel werden unmittelbar für Angebote in den Bereichen Musik und Kultur, Bewegung, Gesundheit, individuelle Unterstützung sowie Bekleidung und Schuhe eingesetzt. Diese Zuschüsse ermöglichen es Einrichtungen, Kindern aus einkommensschwachen Familien zusätzliche Förderungen, Ausflüge oder Anschaffungen zu ermöglichen, die über das reguläre Bildungs- und Betreuungsangebot hinausgehen.

Die im Haushaltsentwurf vorgesehene Kürzung des Bonuscard-Budgets gefährdet diese niedrigschwelligen Unterstützungsangebote. Ohne eine Rücknahme der Kürzung müssten Einrichtungen die entstehenden Mehrkosten aus ihren ohnehin knappen Betriebsbudgets decken – was zu einem Wegfall oder einer deutlichen Reduzierung der geförderten Aktivitäten führen würde.

### Gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Substanz sichern – Bauunterhaltungsbudget der Stuttgarter Jugendhaus gGmbH erhöhen

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 510 Jugendamt.

Die Förderung für die laufende Bauunterhaltung der Stuttgarter Jugendhausgesellschaft wird um 700 TEUR p.a. erhöht.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	700	0
Jahr 2	700	0
Jahr 3	700	0
Jahr 4	700	0
Jahr 5	700	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-liste enthalten)	
THH	510 Jugendamt
(Mitteilungs-) Vorlage	0883/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Die Stuttgarter Jugendhaus gGmbH betreibt einen großen Teil ihrer Einrichtungen in städtischen Liegenschaften, die ihr zur Nutzung überlassen wurden. Die Verantwortung für den baulichen Unterhalt dieser Gebäude liegt im Wesentlichen bei der Jugendhausgesellschaft. Das derzeit zur Verfügung stehende Bauunterhaltungsbudget ist für den tatsächlichen Bedarf deutlich zu niedrig bemessen. Ohne eine Erhöhung der Mittel kann die stjjg ihrer Verantwortung für den Erhalt der Gebäude nur eingeschränkt nachkommen. Eine Erhöhung des Bauunterhaltungsbudgets ist notwendig, um Substanzverlust vorzubeugen und die Einrichtungen für Kinder und Jugendliche in einem sicheren, funktionsfähigen Zustand zu erhalten. Sie trägt unmittelbar dazu bei, die sozialen und pädagogischen Angebote der Jugendhaus gGmbH langfristig zu sichern und Investitionsstau zu vermeiden.

*gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Jugendfarm Botnang – Sanierung der Holzwerkstatt sichern

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 510 Jugendamt.

Die Mittel werden zur Förderung der Sanierung der Holzwerkstatt auf der Jugendfarm Botnang eingesetzt.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	0	0
Jahr 2	97	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-liste enthalten)	
THH	510 Jugendamt
(Mitteilungs-) Vorlage	0883/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Die Jugendfarm Botnang ist seit vielen Jahren ein zentraler Ort der offenen Kinder- und Jugendarbeit im Stadtbezirk. Auf dem Gelände erleben Kinder handwerkliche, naturpädagogische und soziale Bildung in einem praxisnahen Umfeld. Besonders die Holzwerkstatt hat hierbei eine große Bedeutung, da sie Kindern die Möglichkeit bietet, Kreativität, Feinmotorik und Verantwortungsbewusstsein zu entwickeln. Das Gebäude der Holzwerkstatt ist inzwischen in einem sanierungsbedürftigen Zustand. Mit der Bereitstellung der erforderlichen Mittel im Doppelhaushalt 2026/2027 wird der Fortbestand dieses wichtigen pädagogischen Angebots gesichert. Die Maßnahme trägt zur Substanzerhaltung der Einrichtung, zur Sicherheit der Kinder und zur Kontinuität der handlungsorientierten Bildungsarbeit auf der Jugendfarm bei.

*gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Ausstattung für das Spielhaus im Unteren Schlossgarten sichern

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 510 Jugendamt.

Mit den Mittel wird die Ausstattung des Spielhauses finanziert.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	80	0
Jahr 2	0	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeleiste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmeldeleiste enthalten)	
THH	510 Jugendamt
(Mitteilungs-) Vorlage	0883/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Das Spielhaus wird von der Stuttgarter Jugendhaus gGmbH betrieben und bietet ein attraktives, niedrigschwelliges Angebot für Kinder und Familien mitten im Schlossgarten. Für den Betrieb der Einrichtung werden Mittel für Mobiliar und sonstige Ausstattung benötigt. Ohne die Ausstattung ist der Betrieb der Einrichtung nicht möglich.

*gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Mobilier und Ausstattung für den neuen Jugendtreff in der Melunerstraße sichern

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 510 Jugendamt.

Die Mittel werden für die Erstausrüstung des neuen Jugendtreffs in der Melunerstraße eingesetzt.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	30	0
Jahr 2	45	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-Liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-Liste enthalten)	
THH	510 Jugendamt
(Mitteilungs-) Vorlage	0883/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Die Stuttgarter Jugendhaus gGmbH nimmt im Doppelhaushaltszeitraum die Einrichtung in der Melunerstraße 54 in Betrieb. Für die Aufnahme des Betriebs werden Mittel für Mobiliar und sonstige Ausstattung benötigt. Diese Grundausstattung ist notwendige Bedingung für den Start der pädagogischen Arbeit in der Einrichtung.

*gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Mobiliar und Ausstattung für den Jugendtreff 7 Morgen

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 510 Jugendamt.

Für die Ausstattung des Jugendtreffs 7 Morgen werden in 2026 und 2027 je 50 TEUR bereitgestellt. Zur Gegenfinanzierung wird der im Haushaltsentwurf enthaltene Ansatz für Mein Schlossplatz in den beiden Jahren um diesen Betrag reduziert.

**Finanzielle Auswirkungen**

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	0	0
Jahr 2	0	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-Liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-Liste enthalten)	
THH	510 Jugendamt
(Mitteilungs-) Vorlage	0883/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

## Begründung/Erläuterung

Die Stuttgarter Jugendhaus gGmbH betreibt an der Asperger Straße 41a mit dem Jugendtreff 7 Morgen eine Einrichtung der offenen Kinder- und Jugendarbeit, die ein wichtiger Treffpunkt für Jugendliche im Stadtbezirk Stammheim ist. Der Standort bietet Raum für Freizeitgestaltung, soziale Begegnung und pädagogische Begleitung im Alltag. Für die Sicherung des Betriebs und die Aufrechterhaltung eines attraktiven, funktionalen Angebots ist die Ausstattung erforderlich.

*gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag (Anfrage)**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Mehrbedarf beim Neubau des Jugendtreffs Camp Feuerbach

**Antrag**

Der Neubau des Jugendtreffs Camp Feuerbach durch die Stuttgarter Jugendhaus gGmbH ist abgeschlossen. Im Zuge der Umsetzung kam es zu Kostensteigerungen, die sachlich begründet und nachvollziehbar sind. Da das Projekt im Auftrag und im Interesse der Stadt realisiert wurde, ist es aus Sicht unserer Fraktion selbstverständlich, dass der Träger eine Förderung zur Erstattung der Mehrkosten erhält.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Verwaltung um Beantwortung folgender Fragen:

1. Aus welchen Gründen wurde der entsprechende Mehrbedarf im Haushaltsentwurf nicht berücksichtigt?
2. Wie sollen die entstandenen Mehrkosten gedeckt werden, wenn keine Mittel im Entwurf vorgesehen sind?
3. Erkennt die Verwaltung an, dass die Stuttgarter Jugendhaus gGmbH einen Anspruch auf Ausgleich der nachweislich entstandenen Mehrkosten hat?

gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
 Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
 Tillmann Bollow  
 Sara Dahme  
 Dr. Maria Hackl  
 Celine Hirschka  
 Dejan Perc  
 Lucia Schanbacher  
 Clara Streicher

THH	510 Jugendamt
Seite Anmelde-Liste (wenn vorhanden)	
(Mitteilungs-) Vorlage	0883/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Jugendfarm Birkach sichern – Nachfinanzierung für die Umstrukturierung des Farmgeländes

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 510 Jugendamt.

Die Mittel werden zur Nachfinanzierung der Umstrukturierung des Farmgeländes der Jugendfarm Birkach verwendet.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	98	0
Jahr 2	0	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-liste enthalten)	
THH	510 Jugendamt
(Mitteilungs-) Vorlage	0883/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Die Jugendfarm Birkach leistet seit vielen Jahren einen zentralen Beitrag zur offenen Kinder- und Jugendarbeit im Stadtbezirk und darüber hinaus. Das Gelände der Jugendfarm ist ein wichtiger Erfahrungs- und Lernort, an dem Kinder Selbstwirksamkeit, Verantwortung und Gemeinschaft erleben. Im Zuge notwendiger Umstrukturierungen und baulicher Anpassungen des Farmgeländes sind Mehrausgaben entstanden, die über die ursprünglich veranschlagten Mittel hinausgehen. Um den Fortbestand und die Funktionsfähigkeit der Einrichtung zu sichern, ist eine Nachfinanzierung erforderlich. Sie gewährleistet, dass die begonnenen Maßnahmen abgeschlossen werden können und das Gelände auch künftig den aktuellen Anforderungen entspricht.

gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag (Anfrage)**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Zustand des Gebäudes Forum 3 e. V. – Sanierungsbedarf Sanitäranlagen und Leitungen

**Antrag**

Das Gebäude des Forum 3 e. V. in der Gymnasiumstraße 21 ist ein zentraler Ort für kulturelle und gesellschaftliche Arbeit in der Innenstadt. Im Zusammenhang mit dem Antrag zur Sanierung der Sanitäranlagen einschließlich Ab- und Nutzwasserleitungen bitten wir die Verwaltung um Auskunft zu folgenden Punkten:

1. In welchem baulichen Zustand befinden sich die Sanitäranlagen sowie die Ab- und Nutzwasserleitungen im Gebäude?
2. Welche Schäden oder Mängel sind bekannt (z. B. Undichtigkeiten, hygienische oder sicherheitstechnische Probleme)?
3. Wie dringend schätzt die Verwaltung die beantragte Sanierung ein?

gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende

Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender

Tillmann Bollow

Sara Dahme

Dr. Maria Hackl

Celine Hirschka

Dejan Perc

Lucia Schanbacher

Clara Streicher

THH	510 Jugendamt
Seite Anmelde-Liste (wenn vorhanden)	
(Mitteilungs-) Vorlage	0883/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

**Haushaltsantrag (Anfrage)**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Kindertreff im Projekt „Zukunft Münster 2050“ – weiterhin keine Klarheit über Miete und Erstausrüstung

**Antrag**

Im Verwaltungsausschuss wurde von der Verwaltung zugesagt, zeitnah Klarheit über die Mietkonditionen für den künftigen Kindertreff im Projekt „Zukunft Münster 2050“ zu schaffen. Trotz dieser Zusage liegt bis heute keine verbindliche Aussage zur Höhe und Förderfähigkeit der Miete vor. Ebenso sind die erforderlichen Mittel für die Erstausrüstung des Kindertreffs im Haushaltsentwurf 2026/2027 bislang nicht berücksichtigt.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Verwaltung um Beantwortung folgender Fragen:

1. Warum liegt trotz der Zusage im Verwaltungsausschuss noch keine verbindliche Klärung der Mietkonditionen für den Kindertreff vor?
2. Bis wann ist mit einer endgültigen Absprache zwischen der Stadt, der Baugenossenschaft Münster e.G. und der Stuttgarter Jugendhaus gGmbH zu rechnen?
3. Warum sind die Mittel für die Miete und Erstausrüstung des Kindertreffs nicht im Haushaltsentwurf enthalten, und auf welchem Weg sollen diese bereitgestellt werden?
4. Welche Risiken bestehen für den geplanten Eröffnungstermin im Jahr 2027, falls Miet- und Ausstattungsfragen nicht zeitnah geklärt werden?

*Gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende

Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender

Tillmann Bollow

Sara Dahme

Dr. Maria Hackl

Celine Hirschka

Dejan Perc

Lucia Schanbacher

Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

„Stuttgarter Spielräume“ vollständig umsetzen – Kinder ohne Kita-Platz nicht zurücklassen

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 510 Jugendamt.

Mit den bereitgestellten Mitteln werden die Stuttgarter Spielräume im vollen Umfang gemäß 0129/2024 BV umgesetzt.

**Finanzielle Auswirkungen**

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	198,8	0
Jahr 2	204,4	0
Jahr 3	204,4	0
Jahr 4	204,4	0
Jahr 5	204,4	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-Liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-Liste enthalten)	
THH	510 Jugendamt
(Mitteilungs-) Vorlage	0883/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations-einheit bzw. Stellen-nummer	Funktions-bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW-Vermerk <b>bisher</b>	KW-Vermerk <b>neu</b>
3560 ; 3400	0,1 ; 0,5		51-00-7 ; 51-00-16	Sachbearbeiter/-in	EG13 ; A11		

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

## Begründung/Erläuterung

Mit dem Konzept der „Stuttgarter Spielräume“ schuf die Landeshauptstadt ein niedrigschwelliges Angebot für Kinder, die (noch) keinen Kita-Platz erhalten haben. Diese Spielräume sind ein wichtiger Baustein, um Entwicklungs- und Teilhabechancen zu sichern, Eltern zu entlasten und Übergänge in die frühkindliche Bildung zu erleichtern. Von den insgesamt 20 beschlossenen Standorten sind im Haushaltsentwurf derzeit nur 16 Standorte berücksichtigt. Um das vom Gemeinderat beschlossene Ziel vollständig umzusetzen, ist die Förderung von vier weiteren Spielräumen bei freien Trägern erforderlich. Damit kann sichergestellt werden, dass auch Kinder in Stadtteilen mit besonders hohem Bedarf erreicht werden. Darüber hinaus entsteht durch die zusätzliche Umsetzung ein entsprechender Stellenbedarf für Förderung, Koordination, pädagogische Begleitung und fachliche Unterstützung. Diese Ressourcen sind notwendig, um Qualität, Sicherheit und Kontinuität in der Arbeit der freien Träger zu gewährleisten.

*gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Förderung des Projekts „E:DU – Eltern und Du“ anpassen

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 510 Jugendamt.

Mit den bereitgestellten Mitteln wird die Förderung des Angebots "E:DU – Eltern und Du" des Eltern-Kind-Zentrums West erhöht.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	6,5	0
Jahr 2	7	0
Jahr 3	7	0
Jahr 4	7	0
Jahr 5	7	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-liste enthalten)	
THH	510 Jugendamt
(Mitteilungs-) Vorlage	0883/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations-einheit bzw. Stellen-nummer	Funktions-bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW-Vermerk <b>bisher</b>	KW-Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Das pädagogische Projekt „E:DU – Eltern und Du“ ist Teil der Frühen Hilfen und richtet sich an Familien mit Unterstützungsbedarf. Es stärkt Elternkompetenz, wirkt präventiv und trägt zur Stabilisierung familiärer Lebenslagen bei. Die Nachfrage nach den Angeboten ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen, zugleich sind die Sachkosten – insbesondere für pädagogische Materialien, Lizenzen, Versandkosten sowie Infrastruktur und Verwaltung – erheblich angewachsen.

Da die Projektförderung pauschal erfolgt und keine dynamische Anpassung an Preisentwicklungen vorsieht, entsteht für die Träger ein strukturelles Defizit. Die bislang gewährten Pauschalen decken die tatsächlichen Ausgaben nicht mehr ab. Dies betrifft insbesondere Fahrtkosten der Hausbesucher\*innen, Materialkosten, Versicherungen, Internet, Telefon und Bewirtung im Rahmen der Gruppentreffen. Zur Sicherung der Fortführung und Qualität des Projekts ist eine Anpassung der Förderung erforderlich. Die Pauschalförderung sollte aufgehoben und eine Abrechnung der tatsächlich entstandenen Kosten ermöglicht werden. Zudem ist eine Erhöhung der Verwaltungskostenpauschale notwendig, um Personal- und Infrastrukturaufwand realistisch abzubilden.

*gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Berufliche Integration stärken – Kofinanzierung der Beratungsstelle für Migrantinnen sichern

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 510 Jugendamt.

Die beantragten Mittel werden zur Kofinanzierung einer 0,5-Stelle bei der Kontaktstelle Frau und Beruf eingesetzt.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	20,4	0
Jahr 2	22,4	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-Liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-Liste enthalten)	
THH	510 Jugendamt
(Mitteilungs-) Vorlage	0883/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Die Kontaktstelle Frau und Beruf Stuttgart, getragen von BeFF e. V., unterstützt Frauen in beruflichen Übergangs- und Entwicklungssituationen und leistet damit einen zentralen Beitrag zur Fachkräftesicherung und Gleichstellung. Das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg hat eine 50%-Personalstelle zur Beratung und Begleitung von Migrantinnen bewilligt. Die Förderung des Landes deckt rund 60 % der Kosten ab. Für die Sicherstellung der Durchführung ist daher eine kommunale Kofinanzierung durch die Landeshauptstadt Stuttgart erforderlich. Ohne diesen Beitrag kann die Stelle nicht umgesetzt werden, obwohl der Bedarf eindeutig belegt ist. Die Maßnahme ermöglicht gezielte Unterstützung bei beruflicher Orientierung, Qualifizierung und Integration, fördert wirtschaftliche Eigenständigkeit und trägt zur besseren Nutzung vorhandener Fachkräftepotenziale bei.

*gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Verstetigung des Beratungsangebots "Recht auf Zukunft"

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 510 Jugendamt.

Die Mittel werden zur Verstetigung von 0,8 Stellenanteilen im Angebot "Recht auf Zukunft" verwendet.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	73,8	0
Jahr 2	75,1	0
Jahr 3	75,1	0
Jahr 4	75,1	0
Jahr 5	75,1	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-Liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-Liste enthalten)	
THH	510 Jugendamt
(Mitteilungs-) Vorlage	0883/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Das Projekt „Recht auf Zukunft“ der AGDW bietet Beratung und Begleitung für zugewanderte Familien aus EU-Staaten, die sich in prekären Lebensverhältnissen befinden. Viele der Ratsuchenden sind von Wohnungslosigkeit bedroht oder leben in städtischen Sozialunterkünften. Die häufigsten Herkunftsländer liegen in der Ost-EU, insbesondere in Rumänien und Bulgarien. Das Beratungsangebot unterstützt die Familien in Fragen von Wohnen, Arbeit, Existenzsicherung, Gesundheit, Bildung und Teilhabe und trägt damit wesentlich zur Stabilisierung ihrer Lebenssituation und zur gesellschaftlichen Integration bei. Aktuell ist ein Stellenanteil von 0,8 Fachkraftstellen (von insgesamt 2,0) befristet. Um das erfolgreiche und notwendige Angebot aufrechtzuerhalten, ist die Fortführung dieser 80 % Stelle erforderlich.

*gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Auswärtige Ferienerholung weiterentwickeln – Förderrichtlinien an heutige Bedarfe anpassen

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 510 Jugendamt.

Die Förderung zur auswärtigen Ferienerholung wird in folgenden Punkten überarbeitet:

1. Förderung kürzerer Maßnahmen

Nach den aktuellen Richtlinien werden Maßnahmen erst gefördert, wenn sie mindestens vier Tage dauern. Dies schließt viele Wochenendfreizeiten und Kurzmaßnahmen aus, die pädagogisch sinnvoll sind. Künftig sollen Maßnahmen ab einer Übernachtung förderfähig sein.

2. Anpassung der Fördersätze

Die Kosten für Reisen, Unterkünfte und Verpflegung sind deutlich gestiegen. Die bisherigen Fördersätze decken den tatsächlichen Aufwand der Träger nicht mehr. Daher wird beantragt, die Tagessätze wie folgt anzupassen:

- für Teilnehmende mit Bonuscard oder materieller Bedürftigkeit: von 11 € auf 15 € pro Tag,
- für Betreuungspersonen: von 9 € auf 13 € pro Tag.

3. Beschleunigung der Auszahlung

Zwischen Antragstellung und Auszahlung der Fördermittel vergehen derzeit häufig mehrere Monate. Diese Verzögerung führt bei vielen Trägern zu Liquiditätsengpässen. Die Verwaltung soll daher prüfen, wie die Bearbeitungs- und Auszahlungsdauer verkürzt werden kann.

4. Flexibilisierung des Betreuungsschlüssels

Der derzeitige Betreuungsschlüssel ist zu eng gefasst. Eine Anpassung auf 1:3 bis 1:8 ermöglicht es den Trägern, den tatsächlichen Bedarfen der Kinder und Jugendlichen flexibler gerecht zu werden.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	13,6	0
Jahr 2	13,6	0
Jahr 3	13,6	0

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
Jahr 4	13,6	0
Jahr 5	13,6	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-Liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-Liste enthalten)	
THH	510 Jugendamt
(Mitteilungs-) Vorlage	0883/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

### **Änderung im Stellenplan**

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### **Begründung/Erläuterung**

Die Maßnahmen der auswärtigen Ferienerholung bieten Stuttgarter Kindern und Jugendlichen wichtige Bildungs-, Begegnungs- und Erholungsmöglichkeiten außerhalb des städtischen Umfelds. Sie stärken soziale Kompetenzen, fördern Selbstständigkeit und leisten einen wertvollen Beitrag zur Chancengleichheit – insbesondere für Kinder aus Familien mit geringem Einkommen. Die derzeit gültigen Förderrichtlinien stammen aus dem Jahr 2008 und wurden seither nicht überarbeitet. Angesichts veränderter pädagogischer, sozialer und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen ist eine Anpassung dringend erforderlich.

### *Gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
SPD und Volt
Betreff
Partnerschaft für Demokratie

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 810 Bürgermeisteramt.

Wir beantragen die aufgeführten Mittel zur Fortführung der Partnerschaft für Demokratie im bisherigen Umfang. Mit den bereits im Haushaltsentwurf enthaltenen Mitteln ergibt sich eine Zuwendung in Höhe von 210 TEUR p.a. an den Stadtjugendring Stuttgart.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	185	0
Jahr 2	185	0
Jahr 3	185	0
Jahr 4	185	0
Jahr 5	185	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-liste (Rote Liste) enthalten	Ja
Seite (wenn in Anmelde-liste enthalten)	
THH	810 Bürgermeisteramt
(Mitteilungs-) Vorlage	1053/2025 MV HH
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Die Stuttgarter „Partnerschaft für Demokratie“ (PfD) ist ein wesentliches Element der Mikroförderung. Sie unterstützt zivilgesellschaftliche Initiativen, organisiert Demokratiekonferenzen und fördert den Austausch zwischen verschiedenen Akteurinnen und Akteuren.

Eine Reduzierung der Mittel im Bereich der Demokratieförderung würde langfristig die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Projekte gefährden und die Widerstandsfähigkeit der Stadt gegenüber antidemokratischen Tendenzen verringern.

Demokratieförderung ist eine Investition in die Zukunft: Sie stärkt die gesellschaftliche Teilhabe und hilft, Demokratiefeindlichkeit vorzubeugen. In einer Zeit zunehmender Polarisierung und wachsender gesellschaftlicher Spannungen muss dies ein zentrales Anliegen kommunaler Politik sein und bleiben.

*gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Förderung des Büros für Diskriminierungskritische Arbeit Stuttgart

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 810 Bürgermeisteramt.

Wir beantragen eine Erhöhung des jährlichen Zuschusses an das Büro für Diskriminierungskritische Arbeit Stuttgart für 2026 in Höhe von 36.000 Euro und für 2027 in Höhe von 37.850 Euro.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	36	0
Jahr 2	38	0
Jahr 3	38	0
Jahr 4	38	0
Jahr 5	38	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-Liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-Liste enthalten)	
THH	810 Bürgermeisteramt
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Mit der Ausgründung des BfDA aus dem Stadtjugendring zum 01.07.2024 ist das Büro als eigenständiger Verein mit der Antidiskriminierungsarbeit betraut. Demzufolge sind auch die entsprechenden Overheadkosten nunmehr allein vom BfDA zu leisten. Die für eigenständige Träger sonst übliche Anpassung der Personal- und Sachkostensteigerungen erfolgen beim BfDA bisher noch nicht. Insoweit beantragen wir gesondert die o.g. Anpassung, die sich für 2026 wie folgt zusammensetzt:

- zusätzlicher Bedarf für Personalmittel im Rahmen des Festbetrags: 22.000 Euro
- Mehrbedarf für Sachmittel im Rahmen des Festbetrags: 5.000 Euro
- zusätzlicher Bedarf für Sachmittel im Rahmen der Verwaltungsmittel: 9.000 Euro

*gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Modellprojekt zur aufsuchenden Qualifizierungsoffensive für Frauen

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 290 Jobcenter.

Das Modellprojekt zur aufsuchenden Qualifizierungsoffensive für Frauen ist umzusetzen.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	175	0
Jahr 2	58,3	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-Liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-Liste enthalten)	
THH	290 Jobcenter
(Mitteilungs-) Vorlage	0288/2025 MV
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Mit dem Modellprojekt sollen arbeitssuchende Frauen sowie Frauen in prekären Beschäftigungsverhältnissen erreicht werden. Im Rahmen des Projektes sollen Frauen zu sehr niederschweligen Weiterbildungs- oder Qualifizierungsmaßnahmen motiviert werden, um eine Beschäftigung aufnehmen zu können und/oder ihre berufliche Situation zu verbessern.

### *Gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag (Anfrage)**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Kürzungen des Fahrdienstes für Menschen mit Behinderung - Konsequenzen?

**Antrag****Wir beantragen:**

Die Verwaltung berichtet über die Konsequenzen der geplanten Kürzung des Fahrdienstes für Menschen mit Behinderung (Anlage 2 der Vorlage 1098/2025 BV) in Höhe von jährlich 100.000.- €.

In Anlage 2 der Vorlage 1098/2025 BV schlägt die Verwaltung eine Kürzung des Fahrdienstes für Menschen mit Behinderung in Höhe von jährlich 100.000.- € vor. Aus dieser Anlage geht jedoch nicht hervor, wie viele Menschen mit Behinderung in welchem Umfang davon betroffen sind. Wir erbitten deshalb um Auskunft darüber, was diese Kürzungen konkret für die Betroffenen bedeuten.

*Gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
 Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
 Tillmann Bollow  
 Sara Dahme  
 Dr. Maria Hackl  
 Celine Hirschka  
 Dejan Perc  
 Lucia Schanbacher  
 Clara Streicher

THH	500 Amt für Soziales und Teilhabe
Seite Anmelde-Liste (wenn vorhanden)	
(Mitteilungs-) Vorlage	1098/2025 BV - Anlage 2

Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Sicherung der UN-BRK-Beratungsstelle des Zentrums Selbstbestimmtes Leben (ZsL)  
- HSK zurücknehmen**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 500 Amt für Soziales und Teilhabe.

Sicherung der UN-BRK-Beratungsstelle des Zentrums Selbstbestimmtes Leben (ZsL) - HSK zurücknehmen.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	48	0
Jahr 2	48	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-liste enthalten)	
THH	500 Amt für Soziales und Teilhabe
(Mitteilungs-) Vorlage	1098/2025 BV - Anlage 2
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

In Anlage 2 der Vorlage 1098/2025 BV schlägt die Verwaltung eine Kürzung der Mittel für die UN-BRK-Beratungsstelle des Zentrums Selbstbestimmtes um jährlich 48.000.- € vor. Wir sprechen uns gegen diese Kürzung aus und betragen, diese zurückzunehmen.

Im Zentrum selbstbestimmtes Leben (ZsL), einem langjährigen Träger der Behindertenhilfe, werden verschiedene Beratungsmöglichkeiten angeboten. Institutionell von der Stadt gefördert ist auch die UB-BRK-Beratungsstelle mit einem Stellungumfang von 0,5 VZÄ.

Die Rücknahme der Kürzung für die UN-BRK-Beratungsstelle stellt für den Träger nach dessen Auskunft ein schmerzhaftes Minimum dar, bei dem die sozialraumorientierten Tätigkeiten des ZsL sowie die UN-BRK Sensibilisierung aufrechterhalten werden könnte.

### Gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Sicherung des Inklusiven Tanzprojektes „Zeit zum Tanzen“ - HSK zurücknehmen

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 500 Amt für Soziales und Teilhabe.

Sicherung des Inklusiven Tanzprojektes „Zeit zum Tanzen“ - HSK zurücknehmen

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	10	0
Jahr 2	10	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-liste enthalten)	
THH	500 Amt für Soziales und Teilhabe
(Mitteilungs-) Vorlage	1098/2025 BV - Anlage 2
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

In Anlage 2 der Vorlage 1098/2025 BV schlägt die Verwaltung eine Kürzung der Mittel für den Zeit zum Tanzen vor von jährlich 10.000.- € vor.

Wir sprechen uns gegen diese Kürzung aus und betragen, diese zurückzunehmen.

Das Projekt „Zeit zum Tanzen hat sich aus kleinen Anfängen zu einem vielfältigen Projekt für Menschen mit Handicaps, insbesondere für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen oder Erkrankungen entwickelt. Neben dem monatlichen offenen Tanztreff bietet der Verein ein wöchentliches Trainingsangebot für alle Menschen an. Die aus Zeit zu Tanzen hervorgegangene inklusive Formation Happy People wurde bereits zweimal in Folge Landesmeister von Baden-Württemberg. Die Formation versteht sich auch als Botschafter für Inklusion und geht z.B. in Seniorenheime.

Die Kürzung würde das Aus des gesamten Projektes bedeuten. Dies darf mit Blick auf die Menschen, die davon betroffen sind, nicht eintreten, weshalb wir die Mittel weiterhin zur Verfügung stellen wollen.

### Gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Sicherung der Beschwerdestelle des Stadtseniorenrats – HSK zurücknehmen

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 500 Amt für Soziales und Teilhabe.

Sicherung der Beschwerdestelle des Stadtseniorenrats – HSK zurücknehmen.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	0	0
Jahr 2	50 TEUR	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde­liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde­liste enthalten)	
THH	500 Amt für Soziales und Teilhabe
(Mitteilungs-) Vorlage	1098/2025 - Anlage 2
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

In Anlage 2 der Vorlage 1098/2025 BV schlägt die Verwaltung eine Kürzung der Mittel für das Jahr 2027 in Höhe von 50.000 € vor. Wir sprechen uns gegen diese Kürzung aus und beantragen, diese zurückzunehmen.

Der Stadt seniorenrat stellt sich gerade neu auf. Mit einer Neubesetzung der Beratungsstelle, finanziert mit dem bewilligten städtischen Zuschuss, geht eine erweiterte konzeptionelle Ausrichtung der Beratungsstelle einher. Neben dem Kerngeschäft, weiterhin eine neutrale Beschwerdestelle zu sein, an die sich Senior\*innen und deren Angehörige richten können, ist das Augenmerk auch auf die Sicherung der Qualität in den Einrichtungen gerichtet.

Wir tragen diesen Neuanfang mit und wollen nicht, dass mit der geplanten Kürzung dieser wieder gestoppt werden würde.

### Gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Sicherung der Begegnungsstätte Treffpunkt in Bad Cannstatt - HSK zurücknehmen

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 500 Amt für Soziales und Teilhabe.

Sicherung der Begegnungsstätte Treffpunkt in Bad Cannstatt - HSK zurücknehmen.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	20	0
Jahr 2	45	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-liste enthalten)	
THH	500 Amt für Soziales und Teilhabe
(Mitteilungs-) Vorlage	1098/2025 BV - Anlage 2
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations-einheit bzw. Stellen-nummer	Funktions-bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW-Vermerk <b>bisher</b>	KW-Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

In Anlage 2 der Vorlage 1098/2025 BV schlägt die Verwaltung eine Kürzung der Mittel für die Begegnungsstätte Treffpunkt in Bad Cannstatt vor, 20.000.- € im Jahr 2026 sowie 45.000.- € im Jahr 2027 vor. Wir sprechen uns gegen diese Kürzung aus und beantragen, diese zurückzunehmen.

Der Treffpunkt in der Gnesener Straße in Bad Cannstatt ist weit mehr als „nur“ eine Begegnungsstätte für Menschen mit Behinderung. Der Treffpunkt hat sich über die letzten Jahrzehnte zu einer vielfältigen Bildungsstätte für Menschen mit Behinderung entwickelt. Der TREFFPUNKT ist einer der wenigen Orte in Stuttgart, an dem Bildungsangebote trägerübergreifend und für das gesamte Stadtgebiet angeboten werden. Ziel ist es, Menschen mit und ohne Behinderung außerhalb ihrer Wohn- und Arbeitssituation Bildung, Begegnung und gemeinsames Erleben zu ermöglichen.

Von den geplanten Kürzungen wären auch Projekte betroffen, die eine hohe öffentliche Sichtbarkeit und gesellschaftliche Wirkung haben, darunter:

- der TREFFPUNKT - Chor mit vielen Auftritten in der Öffentlichkeit
- die Gästeführer\*innen-Gruppe,
- inklusive Sportangebote wie die Unified-Basketballmannschaft,

Die geplanten Kürzungen würden die Angebotsstruktur gravierend einschränken. Das Ziel des Treffpunktes, Inklusion und Teilhabe von Menschen mit kognitiven Einschränkungen in Stuttgart weiter voranzubringen, würde einen deutlichen Rückschlag erhalten.

### Gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Sicherung des Treffpunkts Süd des Bürgerkreises Stuttgart – HSK zurücknehmen

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 500 Amt für Soziales und Teilhabe.

Sicherung des Treffpunkt Süd des Bürgerkreises Stuttgart – HSK zurücknehmen.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	2,5	0
Jahr 2	2,5	0
Jahr 3	2,5	0
Jahr 4	2,5	0
Jahr 5	2,5	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-Liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-Liste enthalten)	
THH	500 Amt für Soziales und Teilhabe
(Mitteilungs-) Vorlage	1098/2025 BV - Anlage 2
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations-einheit bzw. Stellen-nummer	Funktions-bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW-Vermerk <b>bisher</b>	KW-Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

In Anlage 2 der Vorlage 1098/2025 BV schlägt die Verwaltung eine Kürzung der Mittel für den Treffpunkt Süd um jährlich 2500.- € vor.

Wir sprechen uns gegen diese Kürzung aus und beantragen, diese zurückzunehmen.

Der Bürgerkreis leistet seit über 40 Jahren – im Stillen – eine sehr wertvolle Unterstützung für Menschen mit psychischen Erkrankungen. Der Treffpunkt Süd, mittlerweile räumlich beheimatet im Kneippweg in Bad Cannstatt, ist ein niedrigschwelliges Angebot, das in dieser Form die Regelangebote nicht leisten könnten.

Die geplante Kürzung würde das Aus des Treffpunkts Süd bedeuten, aber nicht nur das. Neben dem eigentlichen Treffpunkt würde dieses Aus auch zur Folge haben, dass die Offene Herberge e.V. sowie die Initiative Psychiatrie-Erfahrener (IPE) ihre Räume verlieren würden.

Diese Institutionen haben sich aus der Betroffenen-Selbsthilfe entwickelt und sind wichtige niedrigschwellige Anlauf- und Beratungsstellen für Menschen mit psychischen Erkrankungen. Das Ende des Treffpunkts Süd würde das gesamte wertvolle Netzwerk in seinem Bestand massiv gefährden. Viele Menschen mit psychischen Erkrankungen würden einen zentralen Ort für Begegnung, Beratung und Selbstwirksamkeit verlieren. Sie würden eine zentrale Unterstützung verlieren und in ihre häusliche Einsamkeit zurückgeworfen werden.

### Gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Das Angebot Beratungsstelle für Suchtgefährdete und -kranke des Blauen Kreuzes muss erhalten bleiben

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 500 Amt für Soziales und Teilhabe.

Wir beantragen weiterhin die Förderung des Blauen Kreuzes, auch ab 2027 mit 50 TEUR p.a..

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	0	0
Jahr 2	50	0
Jahr 3	50	0
Jahr 4	50	0
Jahr 5	50	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-liste enthalten)	
THH	500 Amt für Soziales und Teilhabe
(Mitteilungs-) Vorlage	1098/2025 BV - Anlage 2
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Die Stadtverwaltung hat dem Gemeinderat mit der GRDRs 1098/2025 BV weitreichende Einsparvorschläge unterbreitet. Das Amt für Soziales und Teilhabe hat in der Anlage „Maßnahmenübersicht nach Erfassungsschluss“ unter anderem vorgeschlagen, die Förderung der psychosozialen Beratungsstelle für Suchtgefährdete und -kranke des Blaukreuz-Zentrums Stuttgart in Bad Cannstatt für die Zeit ab 01.01.2027 gesamthaft einzustellen.

Dies würde nicht nur den Verlust der Landesförderung für die Beratungsstelle bedeuten, sondern der Verein müsste vermutlich weitere Angebote beenden, da bisherige Synergieeffekte nicht weiter genutzt werden könnten und für die übrig bleibenden Angebote eine Kostensteigerung zukommen würde.

### Gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Sicherung des Projektes „Machen wir was“ in Trägerschaft von Kultur für alle e.V. - HSK zurücknehmen

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 500 Amt für Soziales und Teilhabe.

Sicherung des Projektes „Machen wir was“ in Trägerschaft von Kultur für alle e.V. - HSK zurücknehmen.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	16	0
Jahr 2	16	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-Liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-Liste enthalten)	
THH	500 Amt für Soziales und Teilhabe
(Mitteilungs-) Vorlage	1098/2025 BV - Anlage 2
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations-einheit bzw. Stellen-nummer	Funktions-bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW-Vermerk <b>bisher</b>	KW-Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

In Anlage 2 der Vorlage 1098/2025 BV schlägt die Verwaltung eine Kürzung der Mittel für das Projekt „Machen wir was“ in Trägerschaft von Kultur für alle e.V. in Höhe von 20.000 € vor im Jahr 2027 vor. Wir sprechen uns gegen diese Kürzung aus und betragen, diese Kürzung teilweise zurückzunehmen.

Der Verein Kultur für Alle e.V. leistet mit dem Projekt MACHEN WIR WAS! seit vielen Jahren einen wichtigen Beitrag zur sozialen und inklusiven Teilhabe in Stuttgart. Seit 2014 können Menschen mit und ohne Behinderung Interessens- und Unterstützungsprofile unter [www.machen-wir-was.de](http://www.machen-wir-was.de) anlegen und zu gemeinsamen Freizeittreffen verabreden. Der Bürger\*in ohne Handicap steht dabei dem/der Partner\*in zur Seite. Möglich sind aber auch Begegnungen zwischen zwei Menschen mit Behinderung, die sich gegenseitig unterstützen.

Seit dem Doppelhaushalt 2016/2017 wird das Projekt von der Stadt Stuttgart gefördert. Das Projekt ist sehr erfolgreich. Nach der Kürzung um 20.000.- € würde der Träger Kultur für alle e.V. dafür noch 10.000.- € erhalten, womit das Projekt in seinem Bestand gefährdet ist.

Wir wollen dieses Projekt weiter gefördert sehen und betragen als Deckungsbeitrag die Streichung des neuen Projekt Kulturbegleiter (vgl. Teilhaushalt 500).

Die dafür geplanten Mittel in Höhe von jährlich 16.000.- € für die Jahre 2026 und 2027 sollen stattdessen für die Weiterführung des Projekts MACHEN WIR WAS! verwendet werden.

### Gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag (Anfrage)**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Welche Auswirkungen haben die Sparmaßnahmen bei der FamilienCard?

**Antrag**

Die FamilienCard dient nicht nur Familien mit einem Einkommen knapp über der Armutsgrenze Vergünstigungen bei KiTa Gebühren oder bei Eintrittspreisen verschiedener Angebote, sondern sie soll allen Kindern und Jugendlichen die Teilhabe am vielfältigen Freizeit und Bildungsangeboten in Stuttgart ermöglichen.

Hierzu stehen den Kindern und Jugendlichen ein Guthaben von 60 Euro jährlich zur Verfügung, das sie bei vielen verschiedenen Partner\*innen einsetzen können. In der GRDRs 1098/2025 BV wird eine Kürzung des Gesamtbudgets von 250 TEUR p.a. vorgeschlagen. Wir bitten um die Darlegung der Auswirkungen auf die anspruchsberechtigten Familien in Stuttgart und Beantwortung der Frage, wie viele Familien aufgrund der Kürzungen des Budgets von diesem Angebot nicht mehr profitieren können.

*Gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
 Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
 Tillmann Bollow  
 Sara Dahme  
 Dr. Maria Hackl  
 Celine Hirschka  
 Dejan Perc  
 Lucia Schanbacher  
 Clara Streicher

THH	500 Amt für Soziales und Teilhabe
Seite Anmelde-Liste (wenn vorhanden)	
(Mitteilungs-) Vorlage	1098/2025 BV - Anlage 2
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Den Betrieb im Café 72 weiterhin aufrecht erhalten

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 500 Amt für Soziales und Teilhabe.

Wir beantragen, dass die Förderung der Stelle der hauswirtschaftlichen Kraft in den Jahren 2026 und 2027 weiter mit 56 TEUR p.a. gefördert wird.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	56	0
Jahr 2	56	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-Liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-Liste enthalten)	
THH	500 Amt für Soziales und Teilhabe
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Das Café 72 ist in Bad Cannstatt eine zentrale Anlaufstelle für Menschen in sozialen Schwierigkeiten. Seit längerem ist eine Veränderung der Bedarfslagen bei den Besucher\*innen zu beobachten, weshalb die Pädagogischen Fachkräfte deutlich intensiver im Einzel- sowie im Gruppensetting agieren müssen und deshalb können Gruppenangebote wie gemeinsame Koch- und Verpflegungsangebote von Seiten der pädagogischen Fachkräfte nicht verlässlich aufrechterhalten werden. Das Essensangebot ist jedoch ein zentraler Bestandteil des Angebots, da die Besucher\*innen im Café 72 dort zum Teil ihre einzige Mahlzeit erhalten. Zur Aufrechterhaltung des bedarfsgerechten Angebots muss die Stelle einer hauswirtschaftlichen Kraft weiterhin gefördert werden.

### Gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Stellenaufstockung in den 8 Gemeindepsychiatrischen Zentren

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 500 Amt für Soziales und Teilhabe.

Stellenaufstockung in den 8 Gemeindepsychiatrischen Zentren ermöglichen.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	440	0
Jahr 2	440	0
Jahr 3	440	0
Jahr 4	440	0
Jahr 5	440	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-liste enthalten)	
THH	500 Amt für Soziales und Teilhabe
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

In den Gemeindepsychiatrischen Zentren (GPZ) wird seit Jahrzehnten eine wirkungsvolle Arbeit für Menschen mit psychischen Erkrankungen geleistet. Seit Jahren hat sich an der jeweiligen Organisationsstruktur nichts geändert, weshalb fehlende Leitungsarbeit en passant mitgetragen werden muss. Dies hat wiederum zur Folge, dass diese Zeit für die Arbeit mit Klient\*innen fehlt und damit weniger Klient\*innen betreut werden können, während gleichzeitig der Bedarf in den letzten Jahren erheblich gestiegen ist.

Die Träger der 8 GPZs haben deshalb beantragt, jeweils 0,5 VZÄ zu bezuschussen, um diese Schieflage zu Gunsten der Klient\*innen lösen zu können.

Wir unterstützen diesen Antrag, da angesichts steigender Zahlen von Menschen mit psychischen Erkrankungen jeder Cent gut investiert ist, der die Lebenssituation der Betroffenen verbessert.

### Gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

## Haushaltsantrag (Anfrage)

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Arbeitsgelegenheiten (AGH) nach dem AsylbLG

### Antrag

Die Verwaltung beantwortet folgende Fragen zu den Arbeitsgelegenheiten ( AGHs) nach dem Asylbewerberleistungsgesetz:

1. Welche Maßnahmen werden von der Sozialverwaltung ergriffen, um die zukünftig fehlenden AGH-Plätze in den sozialen Einrichtungen zu kompensieren?
2. Welche finanziellen Mittel (einschließlich der notwendigen Regiekosten für die freien Träger) wären erforderlich, um AGHs nach dem AsylbLG weiterhin zur Verfügung zu stellen, und zwar für 30 Plätze oder für 40 Plätze oder für 50 Plätze?  
Bitte jeweils gesondert darstellen.

Mit der Vorlage 0406/2024 BV hat der Gemeinderat beschlossen, die Arbeitsgelegenheiten nach § 67 SGB XII rechtssicher in die Zuständigkeit der Stadt Stuttgart zu übertragen. Mit der gleichen Vorlage wurde auch beschlossen, einen Teil der infolge der Kürzungen des Eingliederungstitels im Jobcenter reduzierten Arbeitsgelegenheiten ebenfalls in kommunale Verantwortung zu übernehmen und Menschen mit Fluchthintergrund nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) zur Verfügung zu stellen. Ein Grund für diese Übernahme war auch, dass damit die soziale Infrastruktur von Fahrradwerkstätten, Tafelläden, Fairkauf sowie dem Programm Arbeit statt Drogen gesichert werden konnte.

Ende 2025 enden diese Übertragungen. Nachdem die Fortführung der AGHs nach § 67 SGB XII über den vorliegenden Haushaltsentwurf gesichert sind, stellt sich uns die Frage nach der Fortführung von AGHs nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bzw. den Folgen, wenn diese Form der AGHs eingestellt werden.

Wir sind der Meinung, dass auch diese AGHs – freiwillig von den Bewerbern angenommen - dazu beitragen können, Menschen mit Fluchthintergrund dem Arbeitsmarkt näher zu bringen, gleichwohl grundsätzlich gesetzliche Regelungen zur Arbeitserlaubnis zielführender wären. Daneben stellt sich uns die Frage, ob und in welcher Form die ggf. fehlenden AGH-Plätze in den sozialen Einrichtungen, z.B. den Tafelläden, kompensiert werden können.

*Gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

THH	500 Amt für Soziales und Teilhabe
Seite Anmelde-Liste (wenn vorhanden)	
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Erforderliche Aufstockung der Mittel für den Arbeitskreis Leben (AKL)

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 500 Amt für Soziales und Teilhabe.

Erforderliche Aufstockung der Mittel für den Arbeitskreis Leben (AKL).

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	66	0
Jahr 2	66	0
Jahr 3	66	0
Jahr 4	66	0
Jahr 5	66	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-liste enthalten)	
THH	500 Amt für Soziales und Teilhabe
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Der Arbeitskreis Leben (AKL) leistet Präventionsarbeit und bietet Unterstützung von Menschen in Lebenskrisen und bei Suizidgefahr. Außerdem begleitet der AKL Menschen, die mit dem Suizid, z.B. eines Angehörigen, umgehen müssen.

Mit einer Zuwendungsvereinbarung von 2008 fördert die Stadt Stuttgart zwei Fachkraftstellen und 1,25 VZÄ Verwaltungsstelle. Der AKL e.V. hat immer versucht, so viele Mittel wie möglich für Personal und Ausstattung selbst zu akquirieren. Infolge des gestiegenen Beratungsbedarfs hat der AKL eine Erhöhung des städtischen Zuschusses beantragt, um eine weitere 70% Fachkraftstelle (Sozialarbeiter m/w/d) für die Präventionsarbeit sowie die Erhöhung des fallbezogenen Bedarfs und eine Aufstockung der Verwaltungsstelle um 15% finanzieren zu können.

Wir unterstützen diesen Antrag ausdrücklich, da das Angebot des AKL in dieser Form nicht von anderen Angeboten des Regelsystems zur Verfügung gestellt werden kann.

### Gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Mieterhöhung von ProKids übernehmen

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 500 Amt für Soziales und Teilhabe.

Mieterhöhung von ProKids übernehmen.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	33	0
Jahr 2	33	0
Jahr 3	33	0
Jahr 4	33	0
Jahr 5	33	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-liste enthalten)	
THH	500 Amt für Soziales und Teilhabe
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

ProKids ist ein seit 20 Jahren etabliertes Angebot in Trägerschaft des Caritasverbandes für Stuttgart, das Kinder von Eltern mit Suchterkrankungen begleitet. So wird in Gruppenangeboten Kindern und Jugendlichen ermöglicht, soziale und psychische Belastungen zu reduzieren sowie ein gesundes Selbstbewusstsein aufzubauen und eigene Stärken zu entwickeln.

Genehmigt von der Stadt Stuttgart hat der Träger 2024 sein Angebot ausgeweitet (Psychologische Frühintervention sowie zusätzliche Beratungsangebote zu FASD) und die nun dazu erforderlichen Räume angemietet. Für diesen Mehrbedarf an Mietkosten beantragt der Träger einen erhöhten städtischen Zuschuss.

Wir unterstützen diesen Antrag, da die Angebote von ProKids in dieser Form gebraucht werden. Diese Kinder sind besonderen Herausforderungen ausgesetzt und sie sowie ihre Eltern erhalten in ProKids eine bedarfsgerechte Unterstützung.

### Gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Aufstockung des Zuschusses für das Angebot Aufwind

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 500 Amt für Soziales und Teilhabe.

Aufstockung des Zuschusses für das Angebot Aufwind.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	83	0
Jahr 2	83	0
Jahr 3	83	0
Jahr 4	83	0
Jahr 5	83	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-Liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-Liste enthalten)	
THH	500 Amt für Soziales und Teilhabe
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations-einheit bzw. Stellen-nummer	Funktions-bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW-Vermerk <b>bisher</b>	KW-Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Aufwind ist ein seit Jahren etabliertes spezifisches Angebot, gemeinsam getragen von den Trägern der Gemeindepsychiatrischen Zentren das Kinder von Eltern mit psychischer Erkrankung begleitet. Wenn Eltern psychisch erkrankt sind, leiden darunter immer auch die Kinder. Sie fühlen sich oft schuldig, wenn es Vater oder Mutter schlecht geht. Sie haben niemanden, der ihnen die Krankheit erklärt. Aus Scham und Angst, ihre Kinder zu verlieren, wenden sich die Eltern häufig nicht an das Hilfesystem. In Krisenzeiten müssen die Kinder dann sehr früh große Verantwortung innerhalb der Familie übernehmen.

Aufgrund des gestiegenen Bedarfs beantragen die Träger eine Aufstockung des städtischen Zuschusses, um eine weitere Fachkraft mit 1 ZVÄ anstellen zu können.

Wir unterstützen diesen Antrag, da die betroffenen Kinder besonderen Herausforderungen ausgesetzt sind und sie mit Aufwind eine bedarfsgerechte Unterstützung im Umgang mit dieser schwierigen Situation erhalten.

### Gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Arbeit des Autonomen Frauenhauses sichern

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 500 Amt für Soziales und Teilhabe.

Arbeit des Autonomen Frauenhauses sichern.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	119	0
Jahr 2	119	0
Jahr 3	119	0
Jahr 4	119	0
Jahr 5	119	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-liste enthalten)	
THH	500 Amt für Soziales und Teilhabe
(Mitteilungs-) Vorlage	0985/2025 MV HH
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations-einheit bzw. Stellen-nummer	Funktions-bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW-Vermerk <b>bisher</b>	KW-Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Frauen helfen Frauen e.V. Stuttgart betreibt seit 1983 mit dem Autonomem Frauenhaus eine anonyme Schutzereinrichtung für Frauen und Kinder, die von häuslicher Gewalt betroffen sind. Das Autonome Frauenhaus verfügt über 40 Plätze. Und: Die 2018 in Kraft getretene Istanbul-Konvention verpflichtet alle staatlichen Stellen, Gewalt zu verfolgen und zu beseitigen. Um der Verpflichtung nachzukommen, müssen Hilfsangebote bedarfsgerecht ausgestattet sein.

Die Aufgabenvielfalt in den Frauenhäusern – dies trifft auch für das Frauenhaus in städtischer Trägerschaft zu - kann in steigendem Maße aufgrund neuer Entwicklungen nicht mehr mit der bisherigen Personalausstattung erfüllt werden. Die notwendige Qualität und erforderliche Achtsamkeit in der Betreuung und Beratung leiden sehr darunter. Auch steigen die Hochrisikofälle (Schwere der Gewalt, Partner mit Zugang zu Waffen), in denen eine fundierte Gefährdungseinschätzung und Erstellung eines Sicherheitskonzepts unabdingbar sind. Auch die digitale Gewalt durch technische Hilfsmittel oder digitale Medien (Abwehr von Ortung, Überwachung, Tracking, Bedrohung im digitalen Raum, Veröffentlichung von privaten Aufnahmen) ist gestiegen und erfordert weitere Ressourcen.

Vor diesem Hintergrund beantragt der Träger Frauen helfen Frauen eine Erhöhung des städtischen Zuschusses, um so weitere 1,3 VZÄ Fachkräfte beschäftigen zu können.

Wir unterstützen diesen Antrag ausdrücklich, da häusliche Gewalt an Frauen (an der auch oft die Kinder massiv leiden) mittlerweile enorm zugenommen hat und den Frauen und Kindern bedarfsgerecht geholfen werden muss.

*Gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Das Forum Hospitalviertel muss weiter gefördert werden

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 500 Amt für Soziales und Teilhabe.

Das Forum Hospitalviertel muss weiter gefördert werden.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	28,3	0
Jahr 2	28,3	0
Jahr 3	28,3	0
Jahr 4	28,3	0
Jahr 5	28,3	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde­liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde­liste enthalten)	
THH	500 Amt für Soziales und Teilhabe
(Mitteilungs-) Vorlage	0985/2025 MV HH
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Die Zuständigkeit für die Belange des Forum Hospitalviertel e. V. wurde in diesem Jahr dem Amt für Soziales und Teilhabe übertragen. Nach jahrelanger, auch von der Stadt Stuttgart geförderter erfolgreicher Arbeit des Forum wäre dieses Engagement ohne Fortsetzung der städtischen Förderung mit dem Zuständigkeitswechsel beendet.

Deshalb unterstützen wir den Antrag des Forums Hospitalviertel auf einen Zuschuss von insgesamt 28.300 €, mit dem u.a. eine 0,3 VZÄ Fachkraft finanziert werden kann. Die enorm erfolgreiche Arbeit sollte fortgesetzt werden.

Wir weisen darauf hin, dass in der Vorlage 0985/2025 MV HH allem Anschein nach andere als die beantragten Beträge stehen.

*Gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

## Haushaltsantrag (Anfrage)

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
--

SPD und Volt
--------------

Betreff
---------

Stadtteil- und Familienzentren, Stadtteilhäuser, Begegnungsstätten - was nun?
---

### Antrag

Die Stadtteil- und Familienzentren, die Stadtteilhäuser sowie die Begegnungsstätten, ob mit oder ohne Plus-Modul, bilden in den Stadtbezirken zentrale Orte für Familien und Kinder sowie Senior\*innen. Sie können und werden bei der geplanten sozialen Quartiersentwicklung eine wichtige Rolle spielen. Bereits heute sind vor allem die Stadtteil- und Familienzentren sowie Stadtteilhäuser niederschwellige Orte der Familienbildung, wo Eltern en passant wichtige Impulse für ihre Erziehungsarbeit bekommen.

1. In Anlage 3 der Vorlage 0503/2025 MV, beraten im SGA am 28.7.2025, wurden neue Infrastrukturvorhaben und Planungen aufgelistet, wobei verschiedene Projekte mit der Anmerkung versehen waren, dass hierzu Mittelanträge gestellt werden sollen. Legt man den Haushaltsplanentwurf neben diese Auflistungen, bleiben – Stand heute – viele Fragen offen.

Deshalb fragen wir:

Welche Projekte sind bis wann fertig?

Bis wann müssen jeweils Mittel für die Ausstattung und den laufenden Betrieb zur Verfügung gestellt sein?

2. In der Anlage 2 der Vorlage 1098/2025 BV werden Kürzungen für die Begegnungsstätten für Ältere für St. Monika in Bad Cannstatt, Pfostenwäldle in Feuerbach, Haus am Lindenbachsee sowie mit dem Titel „BfÄ, BG Plus, STH, 32 Einrichtungen, Umstrukturierungen im Personalbereich/geringere Pauschalen“ weitere Kürzungen in Höhe von 120.000.- € für das Jahr 2027 vorgeschlagen.

Wir fragen:

Welche Auswirkungen haben die aufgelisteten Kürzungen für die namentlich genannten Einrichtungen?

Welche Auswirkungen hat die Kürzung um 120.000.- € für welche Einrichtungen?

3. Mittagstische sind ein zentraler Baustein, vor allem der Begegnungsstätten, weil damit Menschen mit kleinem Geldbeutel die Möglichkeit auf eine warme Mahlzeit

haben. Trotz steigender Kosten müssen sozial verträgliche Preise mit Rabatt für Menschen mit Bonuscard angeboten werden

Wir fragen:

Wie wird sichergestellt, dass diese Angebote auch in Zukunft zur Verfügung stehen?

4. Die Träger der Einrichtungen haben gemeinsam einen Antrag zur Verbesserung der personellen Ausstattung eingereicht. Eine angemessene Personalausstattung dient nicht zuletzt auch der Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit vor Ort.

Wir fragen:

Wie schätzt die Verwaltung die beantragten Personalbedarfe und die zugrunde gelegte Fördersystematik ein?

Sollte diese als Zielausstattung der Einrichtungen angestrebt werden?

gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

THH	500 Amt für Soziales und Teilhabe
Seite Anmelde-Liste (wenn vorhanden)	
(Mitteilungs-) Vorlage	0503/2025 MV ; 1098/BV - Anlage 2
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Die Wohnberatung des DRK Kreisverbands Stuttgart erhalten

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 500 Amt für Soziales und Teilhabe.

Wir beantragen die Reduzierung der Förderung der Wohnberatungsstelle des DRK auf 45 TEUR ab 2027, anstatt der kompletten Streichung der Förderung, wie in der GRDRs 1098/2025 BV vorgeschlagen.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	0	0
Jahr 2	45	0
Jahr 3	45	0
Jahr 4	45	0
Jahr 5	45	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-liste enthalten)	
THH	500 Amt für Soziales und Teilhabe
(Mitteilungs-) Vorlage	1098/2025 BV - Anlage 2
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Die Menschen in Stuttgart sollen so lange wie möglich in ihrem eigenen Wohnraum wohnen bleiben. Um dies zu ermöglichen, bedarf es barrierefreien oder barrierearmen Wohnraum. Die Wohnberatungsstelle bietet hier eine Anlaufstelle für die Menschen in Stuttgart, um sich beraten zu lassen für ihr Leben im Alter. Zusätzlich ist die Teilnahme an dem Beratungsangebot unter anderem beim DRK Voraussetzung, um Fördermittel für Maßnahmen zur barrierefreien Umgestaltung des eigenen Wohnraums zu erhalten.

### Gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag (Anfrage)**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
SPD und Volt
Betreff
Einführung einer Miete für die Fachberatungsstelle für wohnungslose Frauen

**Antrag**

Die Zentrale Frauenberatung ist eine Fachberatungsstelle und damit eine zentrale Anlaufstelle für Frauen in Not und wichtige Vermittlungsstelle in das Hilfesystem.

Vor wenigen Tagen erteilte uns der Hinweis, dass ab dem 1.1.2026 Mietkosten für die Fachberatungsstelle anfallen sollen. Bisher konnten die Räume für das Beratungsangebot mietfrei genutzt werden.

**Wir bitten daher um die Beantwortung folgender Fragen:**

1. Warum wird ab dem 1.1.2026 Miete für die Fachberatungsstelle erhoben?
2. Wie hoch werden die Mietkosten jährlich für die zentrale Frauenberatungsstelle ausfallen?
3. Werden die Mietkosten automatisch in die Fördersystematik der Fachberatungsstelle aufgenommen?  
Wenn die Mietkosten nicht automatisch in die Fördersystematik aufgenommen werden, welche Auswirkungen hat dies auf das Beratungsangebot bzw. in welchem Umfang kann das Beratungsangebot noch aufrechterhalten werden?

*Gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
 Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
 Tillmann Bollow  
 Sara Dahme  
 Dr. Maria Hackl  
 Celine Hirschka  
 Dejan Perc  
 Lucia Schanbacher  
 Clara Streicher

THH	500 Amt für Soziales und Teilhabe
Seite Anmelde-Liste (wenn vorhanden)	
(Mitteilungs-) Vorlage	

Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Hilfe bei Wohnungslosigkeit - Fortführung von TürÖffner als Weg aus der Wohnungslosigkeit

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 500 Amt für Soziales und Teilhabe.

Wir beantragen die Fortführung der Förderung des Projekts TürÖffner mit 130 TEUR und 132 TEUR in 2026 und 2027.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	130	0
Jahr 2	132	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-Liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-Liste enthalten)	
THH	500 Amt für Soziales und Teilhabe
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

TürÖffner Stuttgart ist ein Projekt, mit dem das Freiwilligenzentrum Kaleidoskop und katholische Gemeinden gemeinsam bezahlbaren Wohnraum an Menschen vermitteln, die auf dem allgemeinen Wohnungsmarkt wenig Chancen haben. Dabei sind sie umfassend und nachhaltig tätig: Von der Akquise des Wohnraums, der Sichtung und Bewertung bis hin zur Mieter\*innenauswahl und ggf. der Sozialbetreuung von Mieter\*innen und Betreuung der Vermieter\*innen werden alle Beteiligten im Projekt so lange begleitet, wie sie diese Begleitung brauchen. Über das Netzwerk, z.B. über Kirchengemeinden, Banken, Stiftungen und engagierte Stuttgarter\*innen, konnten wir seit 2020 ca. 160 Personen in 53 Wohnungen unterbringen und zahlreiche langfristige, eigenständige Mietverhältnisse ermöglichen.

Damit ist TürÖffner ein weiterer Baustein neben Housing First und Wohnenplus, um Vermieter\*innen zu akquirieren und Menschen aus der Wohnungslosigkeit in ein langfristig gesichertes Wohnverhältnis zu vermitteln. Insbesondere die Vernetzung in die Kirche ist hier ein gelingender Faktor für das Angebot und damit eine gute Ergänzung in der Angebotslandschaft.

### Gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Hilfen bei Wohnungslosigkeit - Erhöhung des Zuschusses Fachberatungsstellen und Tagesstätten

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 500 Amt für Soziales und Teilhabe.

Wir beantragen die Erhöhung des Zuschusses für die Fachberatungsstellen und Tagesstätten in der Wohnungsnotfallhilfe.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	243	0
Jahr 2	183	0
Jahr 3	309	0
Jahr 4	309	0
Jahr 5	309	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-liste enthalten)	
THH	500 Amt für Soziales und Teilhabe
(Mitteilungs-) Vorlage	0985/2025 Anlage 5
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Für viele Menschen in Wohnungsnot oder ohne festen Wohnsitz sind die Tagesstätten sowie die Fachberatungsstellen einer der ersten und zentralen Anlaufstellen, um Unterstützung zu erhalten oder im Wohnungsnotfallhilfesystem weitervermittelt zu werden. Insbesondere aufgrund der steigenden Zahlen von von Wohnungslosigkeit betroffenen Menschen bedarf es zuverlässige Anlaufstellen mit ausreichend Kapazität, den individuellen Bedarfen der Menschen nachzukommen.

### *Gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag (Anfrage)**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
SPD und Volt
Betreff
Hilfe bei Wohnungslosigkeit - Erfrierungsschutz für Kinder und Familien

**Antrag**

Der befristete Erfrierungsschutz für Kinder und ihre Angehörige wurde mit dem Beschluss des Gemeinderats am 31.07.2025 in ein Regelangebot der Zentralennotübernachtung überführt. Viele soziale Einrichtungen melden deutlich höhere Bedarfe zurück als die aktuelle Platzkapazität zulässt.

In der Anlage 3 zur Mitteilungsvorlage 0985/2025 MV HH wird unter 2.3. ein Budget für den Erfrierungsschutz für Kinder und Familien von 448T/650T Euro ausgewiesen, dieses Budget soll für die Haushaltskonsolidierung um 263T/372T Euro gekürzt werden.

Aufgrund der erhöhten Bedarfe bitten wir um Beantwortung folgender Fragen:

- Wie hoch ist der Platzbedarf von Kindern und Familien im Erfrierungsschutz?
- Inwieweit können aktuell Plätze im Erfrierungsschutz vorgehalten werden?
- Welche Folgen hat die Kürzung für die Unterbringung und Versorgung von Kindern und Familien ohne festen Wohnsitz?

Gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
 Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
 Tillmann Bollow  
 Sara Dahme  
 Dr. Maria Hackl  
 Celine Hirschka  
 Dejan Perc  
 Lucia Schanbacher  
 Clara Streicher

THH	500 Amt für Soziales und Teilhabe
-----	-----------------------------------

Seite Anmelde-Liste (wenn vorhanden)	
(Mitteilungs-) Vorlage	1098/2025 BV - Anlage 2
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

**Haushaltsantrag (Anfrage)**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Welche Gefahren drohen durch die Tigermücke und welche Maßnahmen können gegen sie ergriffen werden?

**Antrag**

In Stuttgart Weilimdorf konnte bereits 2023 eine Population der Asiatischen Tigermücke nachgewiesen werden. Die Tigermücke sorgt in einer größeren Population nicht nur dafür, dass die Menschen in Stuttgart sich nicht mehr in ihren Gärten und Außengeländen aufhalten können, sondern sie überträgt diverse Krankheiten, die in Deutschland noch nicht endemisch sind.

Bisher wurden verstärkt Maßnahmen durch das Gesundheitsamt getroffen, um die Menschen in Stuttgart in den betroffenen Gebieten zu sensibilisieren und die Population der Tigermücken einzudämmen. Diese Maßnahmen zeigten Wirkung und es konnte eine größere Verbreitung verhindert werden.

Wir bitten daher um eine Risikoeinschätzung der Folgen, wenn die Maßnahmen zur Eindämmung der Tigermücke nicht fortgesetzt werden.

Die Tigermücke überträgt Krankheiten wie FSME, dem Dengue-Fieber, Chikungunya-Virus oder Malaria, die eine Mortalitätsrate von 0,1 bis 5 % aufweisen.

**Daher bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen:**

Welche Krankheiten können durch die Tigermücke verbreitet werden und welche Folgen hat dies für die betroffenen Personen sowie das Gesundheitssystem in Stuttgart?

*Gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
 Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
 Tillmann Bollow  
 Sara Dahme  
 Dr. Maria Hackl  
 Celine Hirschka  
 Dejan Perc  
 Lucia Schanbacher  
 Clara Streicher

THH	530 Gesundheitsamt
Seite Anmelde-Liste (wenn vorhanden)	1
(Mitteilungs-) Vorlage	0982/2025 - Anlage 5
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

**Haushaltsantrag (Anfrage)**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Interdisziplinäre Frühförderung durch Fundevogel

**Antrag**

Das Angebot richtet sich an Kinder mit Entwicklungsauffälligkeiten oder einer Behinderung, ab Geburt bis zum Schuleintritt. Es bietet eine ganzheitliche, interdisziplinäre und familienorientierte Diagnostik, Beratung, Unterstützung, Förderung und Therapie an. Fundevogel ergänzt hier das kommunale Angebot der interdisziplinären Frühförderstelle, um Bedarfen der Kinder und Familien in Stuttgart gerecht zu werden. In der Vergangenheit entstand eine Finanzierungslücke für den Träger Fundevogel, wodurch ein Verlust des Angebotes drohte. Für 2026 ist noch eine Förderung durch das Gesundheitsamt in Höhe von 29 TEUR veranschlagt.

Wir bitten um eine Einschätzung, ob die Förderung ausreicht um langfristig das Angebot im bisherigen Umfang aufrecht zu erhalten.

*Gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
 Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
 Tillmann Bollow  
 Sara Dahme  
 Dr. Maria Hackl  
 Celine Hirschka  
 Dejan Perc  
 Lucia Schanbacher  
 Clara Streicher

THH	530 Gesundheitsamt
Seite Anmeldeleiste (wenn vorhanden)	2
(Mitteilungs-) Vorlage	0982/2025 - Anlage 3
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Weiter Gemeinsam gegen FGM/C in Stuttgart

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 530 Gesundheitsamt.

Wir beantragen die dauerhafte Förderung der Maßnahme Gemeinsam gegen FGM/C in Stuttgart von Afrokids International e.V., FiZ, Wildwasser e.V. und Yasemin in Höhe von 78,1 TEUR.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	78	0
Jahr 2	78	0
Jahr 3	78	0
Jahr 4	78	0
Jahr 5	78	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-Liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-Liste enthalten)	
THH	530 Gesundheitsamt
(Mitteilungs-) Vorlage	0982/2025 - Anlage 5
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Weibliche Genitalbeschneidung (FGM/C) ist ein gravierender Eingriff in die Unversehrtheit des Körpers und die sexuelle Selbstbestimmung von Frauen und Mädchen. Sie ist eine der schwerwiegendsten Menschenrechtsverletzungen und kann schwerwiegende körperliche Komplikationen und erhebliche seelische Belastungen zur Folge haben. Die meisten betroffenen Frauen leiden ein Leben lang darunter.

Um die körperliche sowie sexuelle Selbstbestimmung zu fördern bedarf es weiterhin eine Sensibilisierung und Aufklärung von (potentiell) Betroffenen, Fachkräften im Sozial- und Gesundheitsdienst sowie Angehörigen. Neben den verschiedenen Schulungen und Fachtagen ist die Communityarbeit der Angebotsträger ein wichtiger Bestandteil.

Mit den beantragten Ressourcen könnten die Angebote der Beratungsstellen fortgeführt und die Zielzahlen erhöht werden.

### *Gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Kürzere Wartezeiten durch eine Erweiterung des Testangebots der AIDS Hilfe

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 530 Gesundheitsamt.

Wir beantragen die einmalige Erhöhung des Budgets für das Testangebot der AIDS Hilfe Stuttgart e.V. für 2026 um 34,9 TEUR und eine dauerhafte Erhöhung des Budgets ab 2027 um 23,1 TEUR.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	35	0
Jahr 2	23	0
Jahr 3	23	0
Jahr 4	23	0
Jahr 5	23	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-Liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-Liste enthalten)	
THH	530 Gesundheitsamt
(Mitteilungs-) Vorlage	0982/2025 - Anlage 5
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Die Fallzahlen von positiven Testungen stiegen in den letzten Jahren weiter an. Um die Verbreitung von STIs und STDs einzudämmen benötigt es nicht nur eine gute primäre Präventionsstrategie, sondern auch ein ausreichendes Testangebot. Ohne lange Wartezeiten, damit Infektionen nicht weiterverbreitet werden oder schnell behandelt werden können, um eine langfristige Erkrankung zu vermeiden. Damit verschiedene Zielgruppen angesprochen werden können, bedarf es eines breiten Testangebots, weshalb die AIDS Hilfe Stuttgart eine wichtige Partnerin in der Stuttgarter Gesundheitsfürsorge ist.

Die notwendige Erweiterung des Testangebots auf weitere STI erfordert einen umfangreichen Umbau der Infrastruktur, weshalb zusätzliche Mittel bereitgestellt werden müssen, um den Bedarf besser abdecken zu können.

### Gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Clearingstelle für Menschen ohne Krankenversicherung

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 530 Gesundheitsamt.

Wir beantragen die Förderung einer Clearingstelle für Menschen ohne Krankenversicherung in Stuttgart für einen dreijährigen Projektzeitraum von 2026 - 2028.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	152	0
Jahr 2	173	0
Jahr 3	184	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-Liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-Liste enthalten)	
THH	530 Gesundheitsamt
(Mitteilungs-) Vorlage	0982/2025 - Anlage 5
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations-einheit bzw. Stellen-nummer	Funktions-bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW-Vermerk <b>bisher</b>	KW-Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Ziel der Clearingstelle ist es, eine zentrale Anlaufstelle zu schaffen, die Betroffene bei der Re-Integration in das Krankenversicherungssystem unterstützt. Im Doppelhaushalt werden die Personalkosten beantragt: 1 VZK Sozialarbeiter\*in (inkl. Projektleitung): 70,5 TEUR/Jahr, 1 VZK Sozialversicherungsfachangestellte\*: 65 TEUR/Jahr, 0,5 VZK Verwaltungskraft: 26 TEUR/Jahr, 0,25 VZK Gesundheitsplanung (Gesundheitsamt): 22,3 TEUR/Jahr. Die Gesamtsumme der Personalkosten beläuft sich somit auf 183.800 EUR pro Jahr. Zusätzlich wurde eine Projektförderung durch das Sozialministerium für eine halbe Stelle (0,5 VZK) bis zum 31. März 2027 bewilligt. Die Förderung vom Land umfasst 31.470 EUR im Jahr 2026 und 10.490 EUR im Jahr 2027. Hierdurch reduziert sich der beantragte städtische Zuschuss auf 152.400 EUR für das Jahr 2026, 173.400 EUR für das Jahr 2027 und 183.800 EUR für das Jahr 2028.

Für die benötigten Sachmittel und für den Gesundheitsfonds wurden Stiftungsmittel in Höhe von insgesamt rund 400.000 EUR in Aussicht gestellt. Diese Mittel stehen nur dann zur Verfügung, wenn die Clearingstelle im Haushalt beschlossen wird und die Personalkosten zu 100% gefördert werden.

Wenn Menschen langfristig (wieder) in das Krankenversicherungssystem überführt werden können, verbessert dies zum einen die gesundheitliche Versorgung der Menschen in Stuttgart und zum anderen entlastet es die sozialen Sicherungssysteme, womit knapper werdende finanzielle Ressourcen effizienter eingesetzt werden können.

### Gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Baurechtsamt muss weiter laufen! Bürgerservice ausbauen statt stoppen!

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 630 Baurechtsamt.

Wir beantragen:

- 1) Der Bürgerservice bauen wird nicht eingeschränkt.
- 2) Die Digitalisierung wird auch zukünftig extern gemacht und das Personal bekommt den Rücken frei, um seine Arbeit im Baurechtsamt auszuüben und damit die Stadt am Laufen zu halten.
- 3) Auch zukünftig können Kund\*innen im Baurechtsamt kopieren.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	85	0
Jahr 2	80	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-Liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-Liste enthalten)	
THH	630 Baurechtsamt
(Mitteilungs-) Vorlage	0988/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Das Baurechtamt hat landläufig keinen guten Ruf. Das hängt aber nicht an den Menschen, die dort arbeiten. Ganz im Gegenteil: Das hängt vor allem mit einer schleppenden Digitalisierung vor allem von Seiten des Landes zusammen sowie einer chronischen Unterbesetzung des Amtes.

Menschen, die in dieser Stadt bauen wollen, kämpfen dadurch mit ewigen Prozessen, was zu massivem Frust führt. Vor allem weil wir dringend Wohnraum in Stuttgart benötigen und dafür gebaut und umgebaut werden muss.

Im Rahmen der Konsolidierung den Service im Baurechtsamt nun weiter einzuschränken und stattdessen meterweise Akten zu digitalisieren, ist absurd. Das ist das Gegenteil von dem, was die Menschen in dieser Stadt zu Recht erwarten.

Vor allem weil die Einsparungen mit 85 000 und 80 000 Euro im Jahr wirklich keine nennenswerte Einsparung ergeben.

Dieses Geld ist deutlich besser im Baurechtsamt angelegt und in der Arbeit, die dort gemacht wird.

gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag (Anfrage)**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Orga-Untersuchung Bebauungsplanverfahren und Baugenehmigungsverfahren - Wie geht es weiter?

**Antrag**

Die Verwaltung stellt zur ersten Lesung dar, welche konkreten Bedarfe die oben genannte Organisations-Untersuchung ergeben hat und wie sich diese im Haushalt wiederfinden. Neben den notwendigen Stellen und Mitteln wird auch dargestellt, in wie weit eine weitere Begleitung durch die Firma Ramboll sinnvoll erscheint, welche Mittel hierfür notwendig sind und ob diese schon veranschlagt sind.

*Gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
 Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
 Tillmann Bollow  
 Sara Dahme  
 Dr. Maria Hackl  
 Celine Hirschka  
 Dejan Perc  
 Lucia Schanbacher  
 Clara Streicher

THH	610 Amt für Stadtplanung und Wohnen 630 Baurechtsamt
Seite Anmelde-Liste (wenn vorhanden)	
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

**Haushaltsantrag (Anfrage)**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Keine Verzögerung bei der Entwicklung beim Stadtentwicklungsprojekt Rosenstein

**Antrag**

Die Verwaltung stellt zur ersten Lesung dar, welche konkreten Maßnahmen beim Stadtentwicklungsprojekt Rosenstein in den Jahren 2026 und 2027 anstehen und klärt die Frage, ob die im Haushaltsplanentwurf enthaltenen Mittel (Pauschale) ausreichend sind, um das Projekt ohne Verzögerung voran zu bringen. Dabei wird auch dargestellt, welche Mittel zur Vergrämung in diesen beiden Jahren benötigt werden. Das Projekt Stuttgart Rosenstein ist das größte Innenentwicklungsprojekt in Stuttgart. Hier sollen neue und bezahlbare Wohnungen entstehen, die Stuttgart dringend benötigt. Zudem wird der Rosensteinpark erweitert, Arbeitsplätze entstehen und die Stadtstruktur wird nachhaltig modernisiert und städtebaulich verbunden. Hier darf es unter keinen Umständen zu Verzögerungen kommen, nur weil nicht genügend Mittel in den Haushalt eingestellt sind.

*Gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
 Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
 Tillmann Bollow  
 Sara Dahme  
 Dr. Maria Hackl  
 Celine Hirschka  
 Dejan Perc  
 Lucia Schanbacher  
 Clara Streicher

THH	810 Bürgermeisteramt 610 Amt für Stadtplanung und Wohnen 670 Garten-, Friedhofs-, und Forstamt
Seite Anmelde-Liste (wenn vorhanden)	
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	

Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	
----------------------------------	--

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Wo liegen die stadtplanerischen Schwerpunkte in den kommenden zwei Jahren?

### **Antrag**

Betrachtet man im Bereich des Amtes für Stadtplanung und Wohnen den Umsetzungsstand zum DHH 2024/2025 zeigt sich, dass die personellen Kapazitäten des Amtes nicht ausgereicht haben, um allen Aufgaben, welche seitens des Gemeinderats an das Amt heran getragen wurden, gerecht zu werden. Viele Projekte konnten nicht bearbeitet werden. Im Hinblick auf den kommenden Doppelhaushalt gilt es dem entsprechend zu priorisieren. Aus Sicht der Fraktionsgemeinschaft SPD und Volt sind dabei insbesondere folgende Projekte wichtig, weshalb zu den Haushaltsberatungen folgende Fragen von der Verwaltung beantwortet werden:

### **Wilhelmsplatz autofrei**

Hier lässt sich mit verhältnismäßig geringem Aufwand schon jetzt ein erster Schritt in Richtung des neuen Stadtraums B14 gehen. Hier kann die Stadt zeigen, dass sie ihre Planungen konsequent in konkrete Maßnahmen überführt. Gibt es Hinderungsgründe, das Projekt zeitnah anzugehen?

### **Bürgerhospital**

Leider wurden die Planungsmittel anderen Projekten zugeführt. Da der Umbau des Bürgerhospitals beim Bauen im Bestand Maßstäbe gesetzt hat, wäre es schade, wenn die städtebauliche Einbindung des Gebäudes nicht umgesetzt wird. Gibt es Hinderungsgründe, das Projekt zeitnah anzugehen?

### **Rote Wand Killesberg**

Wie ist der Stand hinsichtlich der Diskussionen mit dem dort aktiven Investor? Welche Handlungsoptionen hat die Stadt, um dort zeitnah eine Wohnbebauung realisieren zu lassen?

### **Quartiersmanagement Leonhardsvorstadt**

Warum wird das Projekt im Rahmen des Sanierungsgebiets Stuttgart 33 fortgeführt? Welche Auswirkungen hinsichtlich der inhaltlichen Arbeit im Quartiersmanagement sind damit verbunden?

## Verkehrskonzept Degerloch

Das Verkehrskonzept Degerloch steht bereits seit vielen Jahren in der Warteschleife. Gibt es Hinderungsgründe, das Projekt zeitnah anzugehen?

## Umbau Schillerstraße

Wie geht es nach dem Wettbewerb für Schillerstraße und Arnulf-Klett-Platz weiter? Stehen ausreichend Haushaltsmittel zur Verfügung um neben den kurzfristigen Maßnahmen zur Eröffnung des neuen Tiefbahnhofs auch den mittelfristigen Umbau der Schillerstraße voranzutreiben?

Welche Projekte müssten zurückgestellt werden, um eine Planung der obigen Projekte zu ermöglichen? Wie plant das Stadtplanungsamt zukünftig die Planungsaufgaben zu priorisieren und dabei den Gemeinderat einzubinden? Macht es Sinn Projekte wie den "Ausbau des Mobilfunknetzes" oder die "Planungsmaßnahmen für den Fußverkehr" fortzuführen, obwohl im letzten Doppelhaushalt kein Mittelabfluss erfolgt ist?

*gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

THH	610 Amt für Stadtplanung und Wohnen
Seite Anmelde-Liste (wenn vorhanden)	
(Mitteilungs-) Vorlage	0815/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

**Haushaltsantrag (Anfrage)**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
SPD und Volt
Betreff
Quo vadis Milieuschutzsatzungen?

**Antrag**

In den Neufestsetzungen im Budget des Amt für Stadtplanung und Wohnen waren im letzten Doppelhaushalt 58.000 Euro für Soziale Erhaltungssatzungen (Milieuschutzsatzungen) hinterlegt. Warum sind diese Mittel nicht abgeflossen? Was ist notwendig, um es dem Amt für Stadtplanung und Wohnen zu ermöglichen, in den kommenden zwei Jahren potenzielle Quartiere für Milieuschutzsatzungen zu identifizieren? Milieuschutzsatzungen sind ein ganz wichtiges Mittel, um die Mieten im Zaum zu halten und die Umwandlung von Wohnraum in Eigentumswohnungen zu verhindern. Entsprechende Satzungen sind daher grundsätzlich zu erlassen, wenn dies rechtlich möglich ist.

*gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
 Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
 Tillmann Bollow  
 Sara Dahme  
 Dr. Maria Hackl  
 Celine Hirschka  
 Dejan Perc  
 Lucia Schanbacher  
 Clara Streicher

THH	610 Amt für Stadtplanung und Wohnen
Seite Anmelde-Liste (wenn vorhanden)	
(Mitteilungs-) Vorlage	0815/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

**Haushaltsantrag (Anfrage)**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
SPD und Volt
Betreff
Das Ende der Umsetzung vom Erlebnisraum Neckar?

**Antrag**

Bedarfe für Maßnahmen im Rahmen der Umsetzung der Masterplans "Erlebnisraum Neckar" wurden für die Jahre 2026 bis 2030 für die Projekte Wagrainstraße/Ikone (1,21 Millionen Euro), Lindenschulviertel (2. und 3. BA, 1,96 Millionen Euro), Wasenufer (7,08 Millionen Euro) und Rosensteinufer (7,33 Millionen Euro) angemeldet. Vorgesehen sind im Entwurf des Doppelhaushalts für Tiefbauarbeiten am Neckar nun lediglich Mittel für den Sicherheitshafen (0,84 Millionen Euro), für welchen ursprünglich deutlich geringe Mittel (0,24 Millionen Euro) angemeldet waren. Gleichzeitig erstellt das Stadtplanungsamt weiterhin "Grünplanerische Konzepte zum Erlebnisraum Neckar". (Siehe Teilhaushalt 610.)

Kann mit den für den Sicherheitshafen zur Verfügung stehenden Mitteln zumindest das Projekt "Hechtkopf" umgesetzt werden?

Warum erstellt das Stadtplanungsamt weiterhin grünplanerische Konzepte, obwohl für deren Umsetzung als auch für die Umsetzung bereits geplanter Projekte in den kommenden fünf Jahren keinerlei Mittel vorgesehen sind?

Macht es unter Anbetracht der zurzeit vorgesehenen Mittel Sinn, weiterhin am Masterplan "Erlebnisraum Neckar" festzuhalten?

Wenn keine bauliche Maßnahmen am Neckarufer in den kommenden Jahren erfolgen, welche alternativen Möglichkeiten gibt es, den Neckar als Naherholungsraum zu qualifizieren und Freizeitgestaltung am und auf dem Neckar möglich zu machen?

gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
 Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
 Tillmann Bollow  
 Sara Dahme  
 Dr. Maria Hackl  
 Celine Hirschka  
 Dejan Perc  
 Lucia Schanbacher  
 Clara Streicher

THH	610 Amt für Stadtplanung und Wohnen 660 Tiefbauamt
Seite Anmelde-Liste (wenn vorhanden)	
(Mitteilungs-) Vorlage	1092/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

**Haushaltsantrag (Anfrage)**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Energiesparprogramm: Wie und wann gelingt der Mittelabfluss? Und ab wann wird damit CO2 eingespart?

**Antrag****Wir fragen:**

1. Wie viel Geld steht für neue Energiesparmaßnahmen in 26 und 27 zur Verfügung?
2. Wie viel Budget aus Ermächtigungsübertragungen vergangener Haushaltsjahre stehen zur Verfügung?
3. Wie viel Geld wird aus dem Energiesparprogramm im Jahr 26 und 27 abfließen?

Klar ist, es darf kein Förderstopp geben. Das heißt es muss genügend Budget im Energiesparprogramm sein, damit dies nicht passiert und Menschen, die energetisch sanieren daran gehindert werden. Wir müssen dafür sorgen, dass dies mehr Menschen tun und das entsprechende Budget, das wir für diesen Zweck zur Verfügung stellen, auch abfließt. Das ist der Sinn von Förderprogrammen.

Dass dies nicht so erfolgreich funktioniert, wie man sich das wünschen könnte, zeigt sich im Jahresabschluss. Die Frage ist, inwiefern wir nachbessern können, damit mehr und schneller energetisch saniert wird.

*Gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
 Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
 Tillmann Bollow  
 Sara Dahme  
 Dr. Maria Hackl  
 Celine Hirschka  
 Dejan Perc  
 Lucia Schanbacher  
 Clara Streicher

THH	610 Amt für Stadtplanung und Wohnen
Seite Anmelde-Liste (wenn vorhanden)	
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

**Haushaltsantrag (Anfrage)**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Was passiert in den Sanierungsgebieten?

**Antrag**

Anhand der für die einzelnen Sanierungsgebiete eingestellten Mittel ist nicht ersichtlich, welche Teilprojekte mit diesen Mitteln umgesetzt werden können. Wir bitten um eine Übersicht, welche Maßnahmen innerhalb der Sanierungsgebiete mit dem im Haushalt eingestellten Mitteln und aus Ermächtigungsübertragungen der Vorjahre in 2026 und 2027 angegangen werden sollen. Insbesondere bitten wir um Auskunft zu den Sanierungsgebieten "Stuttgart 28" und "Münster 1". Ist mit den für die Tiefbaumaßnahmen im Sanierungsgebiet "Stuttgart 28" vorgesehenen Mitteln der Umbau des Bismarckplatz möglich? Ist mit den für das Sanierungsgebiet "Münster 1" vorgesehenen Mitteln der Umbau der Freibergstraße möglich?

*gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
 Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
 Tillmann Bollow  
 Sara Dahme  
 Dr. Maria Hackl  
 Celine Hirschka  
 Dejan Perc  
 Lucia Schanbacher  
 Clara Streicher

THH	610 Amt für Stadtplanung und Wohnen
Seite Anmelde-Liste (wenn vorhanden)	
(Mitteilungs-) Vorlage	1092/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Streichung Förderprogramm Urbanes Grün

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 610 Amt für Stadtplanung und Wohnen.

Wir beantragen die Streichung des Förderprogramms "Urbanes Grün".

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	-250	0
Jahr 2	-250	0
Jahr 3	-250	0
Jahr 4	-250	0
Jahr 5	-250	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde­liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde­liste enthalten)	
THH	610 Amt für Stadtplanung und Wohnen
(Mitteilungs-) Vorlage	0815/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

## Begründung/Erläuterung

Das Förderprogramm „Urbanes Grün“ sollte eingestellt werden, da seine Wirksamkeit in Anbetracht der Neuordnung der Stuttgarter Förderlandschaft und aufgrund der Kleinteiligkeit der innerhalb des Programms umgesetzten Maßnahmen in keinem angemessenen Verhältnis zum Mitteleinsatz steht. Darüber hinaus wären unserer Wahrnehmung nach viele geförderte Maßnahmen voraussichtlich auch ohne städtische Unterstützung umgesetzt worden, sodass der Förderzweck nur teilweise erreicht wird.

gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende

Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender

Tillmann Bollow

Sara Dahme

Dr. Maria Hackl

Celine Hirschka

Dejan Perc

Lucia Schanbacher

Clara Streicher

**Haushaltsantrag (Anfrage)**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Auflösung der Rücklagen des Stuttgarter Eigentumsprogramms (SEP)

**Antrag**

Im Rahmen der Beratungen über das Stuttgarter Eigentumsprogramms (SEP) hat eine Mehrheit des Gemeinderats deutlich gemacht, dass in Zeiten begrenzter Ressourcen dort keine vordringliche kommunale Aufgabe gesehen wird. Dennoch läuft das Programm aktuell weiter. Unseres Erachtens sind die noch nicht durch Förderbescheide gebundenen Rücklagen aus dem Stuttgarter Eigentumsprogramm (SEP) aufzulösen und das Programm entsprechend einzustellen. Der Gemeinderat ist über die Höhe der aufzulösenden Rücklagen aus dem Stuttgarter Eigentumsprogramm zu informieren.

*gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
 Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
 Tillmann Bollow  
 Sara Dahme  
 Dr. Maria Hackl  
 Celine Hirschka  
 Dejan Perc  
 Lucia Schanbacher  
 Clara Streicher

THH	610 Amt für Stadtplanung und Wohnen
Seite Anmelde-Liste (wenn vorhanden)	
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Haushaltsantrag (Anfrage)

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Der KLIMOPASS: eine Chance für die Förderung von Klimaanpassung in dieser Stadt.

### Antrag

#### Wir fragen:

1. Inwiefern hat die Stadtverwaltung von dem Landesförderprogramm KLIMOPASS bislang profitiert?
2. Wurden hierfür in der Vergangenheit Gelder wie beispielsweise für den Hitzeaktionsplan beantragt?
3. Wie plant die Verwaltung an der nächsten Förderrunde zu partizipieren?
4. Braucht die Verwaltung hierfür finanzielle Mittel?

Klimaanpassung, klingt nett, ist aber eine der größten Herausforderungen der nächsten Jahre für Stuttgart. Tun wir es nicht, müssen wir mit Kosten in Milliardenhöhe rechnen.

Hier gehts nicht nur um die Gesundheit von Menschen und die Lebensqualität, sondern auch um Gefahrenabwehr und Standortfaktoren für die Wirtschaft.

KLIMOPASS soll Kommunen finanziell unterstützen, sich an ein verändertes Klima anzupassen. Hierfür werden bis zu 70 Prozent der Kosten vom Land Baden-Württemberg bezahlt. Vor allem die Beschattung im öffentlichen Raum und an Haltestellen, aber auch die Installation von Trinkwasserspendern oder zugehörige Machbarkeitsstudien werden finanziert.

Bei der Diskussion um das Klimawandelanpassungskonzept Stuttgart (KLIMAKS) ist immer wieder deutlich geworden, dass die federführende Abteilung über keinerlei finanzielle Maßnahmen zur Umsetzung der Projekte und Maßnahmen verfügt – ein Problem, das wir seit Jahren bei sogenannten Querschnittsaufgaben beobachten. Das könnte KLIMOPASS ändern. Dadurch könnten kleinere Klimaanpassungsmaßnahmen mit vergleichsweise gering tatsächlich umgesetzt werden – ein Problem, das wir seit Jahren bei sogenannten Querschnittsaufgaben beobachten.

#### *Gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Deja Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

THH	360 Amt für Umweltschutz
Seite Anmelde­liste (wenn vorhanden)	
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Haushaltsantrag (Anfrage)

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Das Energieberatungszentrum als zentraler Akteur der Klimawende: Wie können wir das EBZ retten?

### Antrag

Das Energieberatungszentrum (EBZ) ist als regionale Energie- und Klimaagentur der Ort, wo die Klimaschutzbestrebungen des Landes Baden-Württemberg, aber genauso der Landeshauptstadt auf die Straße gebracht werden: Durch fundierte, detaillierte und praxisnahe Beratung, Werbung für die Energie- und Klimawende sowie jede Menge Unterstützung. Die Wichtigkeit des EBZs beim Klimawandel wird auch durch die Förderung des Landes deutlich.

Um diese Aufgabe mit der nötigen Schlagkraft erfüllen zu können, braucht es ein klares commitment der Stadt. Eine Stadt, die die Klimawende will. Und das hat auch mit einer ausreichenden und vor allem sicheren Finanzierung zu tun. Gerade weil erste Rechtsverfahren die Subventionierung des EBZs zum Inhalt hatten und wir damit rechnen können, dass dies nicht das letzte Mal war.

### Wir fragen:

1. Wie viel Geld bekommt die Stadt vom Land Baden-Württemberg für das EBZ?  
Wie viel bekommt das EBZ am Ende von diesem Budget?
2. Wie viel Gesamtbudget benötigt das EBZ im Jahr?
3. Welche Konsequenz zieht die Stadtverwaltung aus den Rechtsverfahren wegen Wettbewerbsverzerrung, die gegen sie geführt werden/wurden?
4. Wie können wir das EBZ als regionale Energieagentur und zentralen Akteur der Klimawende retten?
5. Welchen Reformbedarf sieht die Stadtverwaltung?

### Gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc

Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

THH	360 Amt für Umweltschutz
Seite Anmelde­liste (wenn vorhanden)	
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Klimaschutz müssen alle machen! Welche Bedarfe haben Ämter und Eigenbetriebe?

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 200 Stadtkämmerei  
360 Amt für Umweltschutz.

**Wir beantragen** das zusätzliche Budget aus 4,56 Mio. EUR und 6,27 Mio. EUR in 2026 und 2027 (ErgHH) sowie von 14,23 Mio. EUR in 2026 sowie 10,83 Mio. EUR in 2027 (FinHH) (inklusive 2,85 Mio. EUR (ErgHH) und 5,7 Mio. EUR (FinHH) in 2028) aus der Pauschale „Klimaschutzmaßnahmen für Eigenbetriebe und Klinikum“ auf konkret geplante Projekte in den jeweiligen Eigenbetrieben, dem Klinikum und den Fachämtern zu veranschlagen.

**Wir fragen** zudem die Beteiligungsverwaltung, welche konkreten Klimaschutzmaßnahmen und energetischen Sanierungen der Eigenbetriebe in den nächsten zwei (bis drei Jahren) anstehen, die auf dieses Budget zurückgreifen könnten.

1. Welche weiteren Klimaschutzmaßnahmen könnten die Ämteretats durch Geld aus dem Contracting an anderer Stelle entlasten? Vor allem das Schulverwaltungs-, das Liegenschafts- sowie das Tiefbauamt, die konkret Budgets für Bau- und Sanierungs benötigen.
2. Wie viel ungebundene Mittel stehen aus den Vorjahren aus dem Contracting zur Verfügung?

Das Contracting war ein absolutes Erfolgskonzept und hat Stuttgart bereits vor mehr als 20 Jahren Klimaschutz ermöglicht. Doch energetische Maßnahmen zur Energieeinsparung und zum Klimaschutz, die früher für viele eine „unnötige-Spielerei“ waren, sind heute durch die Energierichtlinie fester Bestandteil der Planungen der zuständigen Fachämter.

Klimaschutz ist keine Spielerei mehr, sondern muss Teil moderner Projektplanung sein. Das haben auch die letzten inzwischen verstanden.

Klimaschutz kostet trotzdem weiterhin Geld. Dies muss auch unbürokratisch und schnell zur Verfügung stehen, damit Planungsprozesse verschlankt werden. Daher können wir nicht - wie früher üblich - Budgettöpfe mit vielen Millionen füllen, ohne konkrete Projekte hinterlegt zu haben. Dafür sind die Einschnitte im Jugend- und Sozialamt zu drastisch, bei der aktuellen Haushaltslage.

## Gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

## Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	0	0
Jahr 2	0	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-Liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-Liste enthalten)	
THH	200 Stadtkämmerei 360 Amt für Umweltschutz
(Mitteilungs-) Vorlage	0847/2025, Anlage 3, 2.26 und 4.6.
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations-einheit bzw. Stellen-nummer	Funktions-bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW-Vermerk <b>bisher</b>	KW-Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

## Begründung/Erläuterung

## Haushaltsantrag (Anfrage)

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
--

SPD und Volt
--------------

Betreff
---------

Heizungsprogramm: Energiewende schaffen, mit allen!
---

### Antrag

#### Wir fragen:

1. Wie viele Wärmepumpen wurden im letzten Jahr gefördert?
2. Wie viele Mittel sind hierfür insgesamt abgeflossen?
3. Wie gelingt uns mit dem neuen städtischen Förderprogramm der Hochlauf an Wärmepumpen, die im NetZero Stuttgart vorgesehen sind?
4. Wie können wir mit unbürokratischen und schnellen Prozessen mehr Menschen motivieren eine Wärmepumpe einzubauen? Führt ein Lärmgutachten für die Förderung einer Wärmepumpe zum gewünschten Effekt?
5. Ist die Förderung des Wärmenetzanschlusses, das im Heizungsprogramm vorgesehen ist, kompatibel mit den Bundesförderprogrammen?
6. Inwiefern sieht unser Heizungsförderprogramm eine soziale Komponente vor? Wie unterstützen wir Menschen, die sich teure energetische Sanierung nicht oder nur schwer leisten können?
7. Wann tritt das neue Heizungsprogramm in Kraft und ab wann wird hieraus gefördert?
8. Mit wie viel Mittelabfluss des neuen Heizungsprogramms wird im Jahr 26 und 27 gerechnet?
9. Die Energiewende muss uns gelingen! Das steht nicht zur Diskussion. Dafür muss es uns gelingen, dass wir Menschen motivieren umzustellen, Hürden abbauen und gleichzeitig unter die Arme greifen – organisatorisch und finanziell.

NetZero Stuttgart hat aufgezeigt, vor was für einer Aufgabe wir mit der Energiewende stehen.

Allein 3500 Wärmepumpen, müssen pro Jahr eingebaut werden, um das Ziel der Klimaneutralität 2035 zu erreichen. Hiervon sind wir nach Zahlen aus 2024 und 2025 weit entfernt. Nicht anders sieht es bei anderen Energieträgern aus.

Fragt man Energieberater, dann klagen diese über sehr hohe Hürden wie Lärmgutachten, die vorausgesetzt werden, damit eine Wärmepumpe durch die Stadt Stuttgart gefördert wird.

Eine Gruppe, die bei der Energiewende oft vergessen wird, ist die, die zwar eine Immobilie als Alterssicherung besitzen, jedoch über keine nennenswerten Rücklagen verfügen, um ein Gebäude energetisch sanieren zu können. In einer WEG kann dies, wenn mehrheitlich beschlossen, sogar zum Verlust der Alterssicherung führen, wenn die umgelegten Kosten nicht gestemmt werden können. Je älter man ist, desto

drastischer, weil auch Kreditinstitute zurückschrecken. Am Ende schaffen wir die Energiewende jedoch nur mit allen, auch mit Menschen, die nicht über die nötigen Rücklagen verfügen. Hier gibt es Handlungsbedarf, da auch von Bundesseite hier bisher keine Lösung bereitsteht.

Wir müssen uns regelmäßig die Frage stellen, inwiefern unsere Ziele mit den städtischen Förderprogrammen auch wirklich erreicht werden und gegebenenfalls nachjustieren. Nur wenn Menschen mitmachen, gelingt uns der Kraftakt klimaneutral zu werden. Klar ist auch, dass die kommunalen Förderprogramme hierfür angemessen und realistisch ausgestattet werden müssen.

*Gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

THH	360 Amt für Umweltschutz
Seite Anmelde-Liste (wenn vorhanden)	
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Verzicht auf kleinteilige Energiesparmaßnahmen

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 360 Amt für Umweltschutz.

Wir beantragen die Streichung der Nutzersensibilisierung in Sportstätten und Vereinen.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	-25	0
Jahr 2	-25	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-Liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-Liste enthalten)	
THH	360 Amt für Umweltschutz
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Auch wenn das Einsparen von Energie und die Sensibilisierung der Bevölkerung für dieses Thema von großer Bedeutung sind, wird die betreffende Maßnahme im Kontext eines Sparhaushalts als nicht prioritär und in ihrer Wirkung als zu kleinteilig eingeschätzt. Daher beantragen wir, auf die Umsetzung zu verzichten.

gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Haushaltsanpassung: Schwerpunktsetzung bei Maßnahmen zur Nachwuchsgewinnung

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 360 Amt für Umweltschutz.

Wir beantragen die Streichung der Maßnahmen zur Unterstützung des Handwerks bei der Nachwuchsgewinnung an Gymnasien.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	-28	0
Jahr 2	-28	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-liste enthalten)	
THH	360 Amt für Umweltschutz
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Angesichts der aktuellen Haushaltslage ist es erforderlich, Einsparpotenziale konsequent zu nutzen. Da in den kommenden beiden Jahren sowohl die Messe „Hands up“ als auch die Kampagne „KlimaAzubi im Handwerk“ finanziell unterstützt werden, beantragen wir, die Maßnahme „Nachwuchsgewinnung an Gymnasien“ vorübergehend aus dem Förderportfolio zu streichen.

Hierdurch kann ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung geleistet werden. Zudem ist die Wirksamkeit dieser Maßnahme anzuzweifeln, sodass eine Priorisierung anderer, zielgerichteterer Projekte sinnvoll erscheint.

gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
SPD und Volt
Betreff
Let's Putz in Stuttgart retten!

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 670 Garten-, Friedhofs-, und Forstamt.

Wir beantragen:

Let's Putz wird weiterhin in den Stadtbezirken durchgeführt und die nötigen Finanzmittel für das wohl bekannteste Programm für Stadtsauberkeit bereitgestellt.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	4	0
Jahr 2	4	0
Jahr 3	4	0
Jahr 4	4	0
Jahr 5	4	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-liste enthalten)	
THH	670 Garten-, Friedhofs-, und Forstamt
(Mitteilungs-) Vorlage	1045/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Let's Putz kennt man überall: Mit Eimer und Greifzange bewaffnet wird der Müll im Bezirk gesammelt.

Doch hier gehts nicht nur um Sauberkeit, sondern vor allem um die Sensibilisierung der Menschen im Umgang mit Müll. Gerade für Kinder ist das Müllsammeln eindrücklich und zukünftig wird sich jede und jeder gut überlegen, ob sie oder er nochmal was an den Straßenrand schmeißt.

Dieses nachhaltige Programm für Stadtsauberkeit wollen wir nicht aufkündigen. Auch deshalb, weil das Ende von Let's Putz heißen würde, dass die AWS einmal im Jahr in den Bezirken eine "Grundreinigung" durchführen müsste. Gleichzeitig konfrontiert mit mehr Müll durch eine fehlende "Müllerziehung".

gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Neues Spielplatzbudget: Jedes Kind verdient einen Spielplatz und jedes Quartier einen Treffpunkt

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 670 Garten-, Friedhofs-, und Forstamt.

Ein neues Spielplatzbudget im Sinne der Klimagerechtigkeit - gegen Armut und für soziale Teilhabe in besonders belasteten Quartieren - in dieser Stadt.

Es umfasst ein Budget in Höhe von 2 Mio. Euro in diesem Doppelhaushalt.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	1 000	0
Jahr 2	1 000	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeleiste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmeldeleiste enthalten)	
THH	670 Garten-, Friedhofs-, und Forstamt
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations-einheit bzw. Stellen-nummer	Funktions-bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW-Vermerk <b>bisher</b>	KW-Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Rotes Flatterband, zugenagelte Spielgeräte und Zäune um kaputte Spielgeräte müssen ein Ende in Stuttgart haben!

Wir wollen bestehende Spielplätze in den Quartieren sichern. Im Sinne von "kurze Beine, kurze Wege" sollen alle Stuttgarter Kinder einen Spielplatz haben. Aber Spielplätze sind mehr: Sie sind wichtige Aufenthaltsorte und Quartierstreffpunkte. Das wird häufig unterschätzt. Diese wollen wir stärken und vor allem für die Zukunft sichern.

Das geht einerseits durch ein flexibles Budget und agile Strukturen, die auch kurzfristig Reparaturen ermöglichen. Andererseits, indem wir bereits jetzt unsere Spielplätze an immer heißere Sommer anpassen. Denn gerade im Sommer brauchen die Menschen Quartierstreffpunkte. Hierauf muss ein großer Fokus in Zukunft liegen.

Um die nötige Flexibilität zu schaffen, führen wir die Pauschalen für Sanierungen und Erneuerungen (Spielgeräteersatz und Investitionspauschale Kinderspielplätze) zusammen.

In Rücksprache mit dem AK Spielflächen werden damit möglichst viele quartiersnahe Spielplätze in Stand gehalten - angefangen da, wo es im Sinne des Armutsindex\*, des Index für körperliche Aktivität und soziale Teilhabe\* am dringendsten ist. Also dort, wo klimabedingt am meisten Nachbesserungsbedarf ist und gleichzeitig die Kinder am sozial-schwächsten sind. Wir brauchen in Zeiten klammer Kassen keine Spielplätze mit Leuchtturmwirkung, sondern müssen die Kinder in Stuttgart bestmöglich versorgen.

Gleichzeitig erhöhen wir das neue Spielplatzbudget (Spielgeräteersatz und Investitionspauschale Kinderspielplätze) um die bereits im Bau befindlichen Projekte (s. Investitionsliste Einzelmaßnahmen) und geben Spielraum für die Fachverwaltung zu arbeiten, statt zu bremsen. Einzelprojekte werden im jeweiligen Budget abgebildet. Dies ermöglicht bis zu sieben größere oder 15 kleinere Spielplatzprojekte im Doppelhaushalt umzusetzen sowie den Unterhalt der Spielplätze besser zu organisieren.

Damit jedes Kind - und damit auch die Eltern und Großeltern, auch wenn es keinen eigenen Garten hat, einen Spielplatz in Laufweite hat.

\*Das Quartiersmonitoring Soziale Stadtentwicklung ist ein gemeinsames Projekt des Statistischen Amtes mit den jeweiligen Fachämtern und liefert Daten auf Quartiersebene, mit denen früh Handlungsbedarfe in den Themenfeldern Armut, Wohnraum, Umwelt/Gesundheit erkannt und dann zielgerichtet umgesetzt werden können.

gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Klimaanpassung muss weitergehen! Bäume in der ganzen Stadt nicht absterben lassen.

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 670 Garten-, Friedhofs-, und Forstamt.

**Wir beantragen**

die Kürzungen aus dem KLIMAKS zur Nachpflanzung von Bäumen in der Stadt sowie den Erhalt und Vitalitätssicherung der Stadtbäume zurückzunehmen. Hierfür werden die Maßnahmen im Killesbergpark (1045/2025MV Anlage 3, Nr. 1.21-1.26) um einen Doppelhaushalt geschoben.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	425	0
Jahr 2	806	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde­liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde­liste enthalten)	
THH	670 Garten-, Friedhofs-, und Forstamt
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit  bzw.  Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk <b>bisher</b>	KW- Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

## Begründung/Erläuterung

### Begründung:

Wir werden zur heißesten Großstadt Deutschlands. Das bedeutet unerträgliche Zustände für die Stuttgarterinnen und Stuttgarter. Doch was kann man tun? Bäume pflanzen, die Schatten spenden.

Das ist leichter gesagt als getan und leider auch teurer als man sich vorstellt. Aber es führt langfristig kein Weg daran vorbei. Doch gerade deshalb dürfen wir jetzt keine Vollbremsung hinlegen und dort sparen, wo es um die Gesundheit vieler und die Lebensqualität aller Menschen in Stuttgart geht. Hier muss mit Hochdruck weitergearbeitet werden. Wir stehen vor riesigen Aufgaben, genau hier zu kürzen, wäre fatal.

Gleichzeitig müssen Maßnahmen wie die Neubepflanzung des Killesbergparkes dafür hinten anstehen, ja.

Doch in Zeiten knapper Kassen geht es darum, dass wir die richtigen Weichen für die Zukunft stellen: Und da steht Klimaanpassung vor Parksanierung. Schattige Wohngebiete vor schönen Beeten.

gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Waldfriedhof und Betriebshof Logauweg: Ausbildung stärken, Mitarbeiter\*innen ernst nehmen und die Zukunft in die Hand nehmen!

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 670 Garten-, Friedhofs-, und Forstamt.

Die Sanierung des Betriebshofs Waldfriedhof und Logauweg wird nicht länger aufgeschoben, sondern angegangen. Hierfür werden die nötigen Finanzmittel eingestellt.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	0	2 220
Jahr 2	0	2 930
Jahr 3	0	5 000
Jahr 4	0	5 300
Jahr 5	0	4130
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-Liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-Liste enthalten)	
THH	670 Garten-, Friedhofs-, und Forstamt
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations-einheit bzw. Stellen-nummer	Funktions-bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW-Vermerk <b>bisher</b>	KW-Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Der Stadtgrün Betriebshof Filder im Logauweg ist stark in die Jahre gekommen. Der Zustand ist nichtmehr haltbar und die Sanierung kein weiteres Mal mehr aufschiebbar.

Gleichzeitig ist es der Ort, wo wir die Auszubildenden des Garten-, Friedhof- und Forstamtes willkommen heißen. Der Ort, wo Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seit Jahren über den Zustand ihrer Sanitär- und Aufenthaltsräume klagen. Der Ort, wo die Kantine, die auch von der AWS mitgenutzt wird, stark in die Jahre gekommen ist. Das passt nicht zusammen, wenn die Stadt Stuttgart die "Zukunft" ausbilden und für ihre Angestellten eine gute Arbeitgeberin sein möchte.

Der Logauweg ist auch der Ort wo Klimaanpassung, die wir immer fordern, ihren Anfang findet. Dort wo klimaresistente und mehrjährige Pflanzen gezüchtet werden sollen, um Arbeit und damit auch Geld einzusparen, damit unsere Stadt nachhaltig grün wird.

Das gleiche Bild im Betriebshof des Waldfriedhofes, wo sich im Winter die Mitarbeitenden wegen der Kälte in den Gebäuden reihenweise krankmelden müssen. Ein Projekt, dass seit Jahren aufgeschoben wird und trotz klammer Kassen, jetzt keinen Aufschub mehr duldet.

So geht man einfach nicht mit den Beschäftigten unserer Stadt um.

*gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag (Anfrage)**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Vollbremsung im Radverkehr: Welche Projekte sind betroffen und warum?

**Antrag****Wir fragen:**

1. Welche Radverkehrsmaßnahmen wie im Unterausschuss Mobilität berichtet, werden erstmal auf Eis gelegt und nicht weiterverfolgt?
2. Welchen Grund gibt es für diese Priorisierung?
3. Was bräuchte es für die konsequente Umsetzung von Radverkehrsinfrastruktur in dieser Stadt?

Wie im Unterausschuss Mobilität berichtet, sind erschreckend viele Maßnahmen der Radinfrastruktur, die in den letzten Jahren für hohe Wellen gesorgt haben, nun nicht finanziert. Dies wäre für diejenigen, die sich auf den Weg gemacht haben eine befriedende Lösung für alle zu suchen, ein Schlag ins Gesicht. Denn die Hängepartie geht weiter und damit auch die Diskussionen vor Ort. Gleichzeitig erwarten Menschen auch, dass Projekte, die über Jahre diskutiert wurden, irgendwann kommen. Ansonsten führt es vor Ort oft zu Verständnislosigkeit und Frust: Weil "die Politik" und "die Verwaltung" zwar schwätzen, aber nicht liefern.

*Gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
 Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
 Tillmann Bollow  
 Sara Dahme  
 Dr. Maria Hackl  
 Celine Hirschka  
 Dejan Perc  
 Lucia Schanbacher  
 Clara Streicher

THH	660 Tiefbauamt
-----	----------------

Seite Anmelde-Liste (wenn vorhanden)	
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

**Haushaltsantrag (Anfrage)**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
SPD und Volt
Betreff
Hauptradroute 2 gestoppt? Was wird aus der echten Fahrradstadt?

**Antrag**

**Wir fragen:**

- Was sind die Konsequenzen, wenn in 2026 und 2027 keine weiteren Gelder in die Hauptradroute 2 fließen, wie im Haushaltsentwurf vorgesehen?
- Welche Projekte fallen konkret in den 3. Bauabschnitt, der damit nicht realisiert wird?
- Kann man trotzdem seriös mit den Mitteln von Bund und Land planen?
- Laufen wir Gefahr die Mittel von Bund und Land auch an einem bestimmten Punkt wieder zurückgeben zu müssen?

Wir wollen zur echten Fahrradstadt werden und sind seit Jahren beim Umbau der Hauptradroute 2. Wenn die 3. Ausbaustufe nicht kommt, dann müssen wir wissen, welche Projekte nicht kommen, um das vor Ort auch erklären zu können.

Wir sind der Meinung, dass wir Fördergelder, die wir bekommen, auch abgreifen sollten, bevor wir im Nachgang das Projekt ohne Fördermittel finanzieren müssen.

*Gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
 Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
 Tillmann Bollow  
 Sara Dahme  
 Dr. Maria Hackl  
 Celine Hirschka  
 Dejan Perc  
 Lucia Schanbacher  
 Clara Streicher

THH	660 Tiefbauamt
Seite Anmelde-Liste (wenn vorhanden)	
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

**Haushaltsantrag**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Lebendige Quartiere: Klimaangepasste Fußwege und Plätze stärken

**Antrag**

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 660 Tiefbauamt.

Wir beantragen 300 TEUR um zentrale Wege und Plätze nicht nur instand zu setzen, sondern auch an die Herausforderungen der Klimaanpassung anzupassen – etwa durch entsiegelte Flächen, Verschattungen, Sitzmöglichkeiten und gute Aufenthaltsqualität. Finanziert werden diese Ausgaben aus dem Budget für Straßenunterhaltung.

**Finanzielle Auswirkungen**

	<b>EHH</b>	<b>FHH</b>
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	0	0
Jahr 2	0	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde-liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde-liste enthalten)	
THH	660 Tiefbauamt
(Mitteilungs-) Vorlage	0983/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

## Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations-einheit bzw. Stellen-nummer	Funktions-bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW-Vermerk <b>bisher</b>	KW-Vermerk <b>neu</b>

\*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

### Begründung/Erläuterung

Mit diesem Antrag setzen wir uns für die konsequente Umsetzung des Fußverkehrskonzepts ein – konkret dort, wo die Menschen tagtäglich zu Fuß unterwegs sind: Auf dem Weg zur Kita, zum Supermarkt, zur Schule oder zur Bushaltestelle. Besonders in den Quartieren ist eine barrierefreie, sichere und klimaangepasste Fußinfrastruktur entscheidend für Lebensqualität und soziale Teilhabe.

Wir machen das nicht "nur", weil Fußwege verbessert gehören, sondern weil es eine Frage der sozialen Gerechtigkeit ist. Fußwege sind Lebensadern im Alltag vieler Menschen – und besonders häufig sind es Frauen und Kinder, die diese Wege gehen. Sie leisten den Großteil der sogenannten Care-Arbeit: bringen Kinder zur Kita, erledigen Einkäufe oder begleiten ältere Angehörige.

Hinzu kommt: Gerade im Sommer werden die Quartiere zunehmend zum Lebensmittelpunkt – insbesondere für Menschen, die nicht verreisen oder sich kühlere Rückzugsorte leisten können. Plätze und Wege in den Wohnvierteln übernehmen dann eine wichtige Funktion als sozialer Aufenthaltsort für alle Generationen. Eine gute Gestaltung dieser Räume fördert gesunde Nachbarschaft, stärkt das Miteinander und schafft echte Lebensqualität direkt vor der Haustür.

Eine klimaangepasste Fußverkehrsinfrastruktur ist deshalb nicht nur ein Beitrag zum Klimaschutz, sondern auch zur Geschlechtergerechtigkeit, zur Familienfreundlichkeit, zur sozialen Gesundheit und zur urbanen Resilienz. Es geht um gerechte Wege für alle!

### Gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
Tillmann Bollow  
Sara Dahme  
Dr. Maria Hackl  
Celine Hirschka  
Dejan Perc  
Lucia Schanbacher  
Clara Streicher

**Haushaltsantrag (Anfrage)**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Wilhelmsschule in Wangen braucht bessere und größere Flächen im Außenbereich!

**Antrag**

Im Rahmen der Einrichtung der Ganztagschule an der Wilhelmsschule Wangen standen und stehen umfangreiche bauliche Maßnahmen am Schulstandort bevor. Neben der Sanierung der Bestandsgebäude Bau 1 und Bau 2 wird auch ein Erweiterungsbau mit Unterrichtsräumen und Ganztagsräumen auf dem Schulgrundstück errichtet. Im Zuge dieser Baumaßnahmen wird sich der vorhandene Schulhof um die Fläche des Erweiterungsbaus reduzieren. Um den Jugendlichen und insbesondere den Kindern genügend Bewegungsflächen zur Verfügung zu stellen, wurden verschiedene Maßnahmen geprüft.

Eine konkrete Möglichkeit, der Schule eine kurz- bis mittelfristige Verbesserung zu ermöglichen, wäre die Erweiterung des Schulgrundstücks um einen Teil des Straßenraums der Gingener Straße zwischen dem Schulgrundstück und dem neuen Betriebshof der AWS. Da es sich hierbei um eine öffentliche Verkehrsfläche handelt und auch der Wegfall von öffentlichen Parkplätzen betroffen wäre, muss ein Einziehungsverfahren durchgeführt werden, um die Verkehrsfläche umwidmen zu können und für schulische Zwecke nutzbar zu machen.

Bitte stellen sie die Kosten für die für die Umsetzung und die weitere Planung dar, die es benötigt die baulichen Maßnahmen bis Ende 2027 durchzuführen und welche Mittel hierfür in den DHH 26/27 eingestellt werden müssten.

*Gezeichnet*

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende  
 Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender  
 Tillmann Bollow  
 Sara Dahme  
 Dr. Maria Hackl  
 Celine Hirschka  
 Dejan Perc  
 Lucia Schanbacher  
 Clara Streicher

THH	660 Tiefbauamt
Seite Anmelde-Liste (wenn vorhanden)	
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	